

Technische Universität Dresden

Wintersemester 2021 / 2022

Fakultät Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften

Institut für Germanistik / Institut für Politikwissenschaft

Professur für Germanistische Linguistik und Sprachgeschichte

Bachelorarbeit

zur Erlangung des akademischen Grades Bachelor of Arts (B.A.) im
Bachelor-Studiengang Politikwissenschaft:

**„Der politische Sprachgebrauch zur Inklusion und Barrierefreiheit:
Eine komparative polito-linguistische Analyse der
Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2021“**

vorgelegt von:

Christina Ullrich

Studiengang: Politikwissenschaft (B. A.), 7. Semester

eingereicht bei:

Herr Prof. Dr. Alexander Lasch

Inhaber der Professur für Germanistische Linguistik und
Sprachgeschichte

Zweitgutachten erfolgt durch:

Frau Prof. Dr. Anja Besand

Inhaberin der Professur für Didaktik der politischen Bildung

eingereicht am:

19.12.2021

Abstract

Inklusion markiert ein Kernelement der demokratischen Grundordnung und beinhaltet eine politische Dimension. Als Teilbereich der Inklusion hat die Barrierefreiheit in den letzten Jahren ebenfalls an Bedeutung gewonnen. Dies lässt sich u. a. auf die völkerrechtliche Verankerung innerhalb des *Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung* (abgekürzt: UN-BRK) zurückführen. Anstelle einer defizit-orientierten Darstellung von Menschen mit Beeinträchtigung, welche für lange Zeit den Diskurs überwog, tritt eine inklusionsfokussierte Repräsentation in den Vordergrund, die eine Behinderung nicht als Handicap versteht, sondern vielmehr als Ausdruck von gesellschaftlicher Vielfalt.

Die vorliegende Bachelorarbeit verfolgt die Zielsetzung, den politischen Sprachgebrauch zur Barrierefreiheit und Inklusion im Kontext der Bundestagswahl 2021 zu rekonstruieren. Die Kernaussagen der UN-BRK werden rekapituliert sowie verschiedene Inklusionskonzepte vorgestellt. Inklusion wird als ein kontroverses Politikfeld eingeordnet, wozu sich die Parteien unterschiedlich positionieren. Dies schlägt sich unmittelbar in den Wahlprogrammen nieder, in welchen die politischen Akteur:innen inhaltliche Schwerpunkte setzen und sich sprachlich voneinander abgrenzen. Um den Aussagewert von Wahlprogrammen bewerten zu können, erfolgt eine interdisziplinäre Einordnung aus politikwissenschaftlicher und linguistischer Perspektive.

Im empirischen Teil der Arbeit werden die Wahlprogramme von AfD, CSU, CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken als Textkorpora berücksichtigt. Dafür erfolgen sowohl eine quantitative Betrachtung in Form einer Frequenzanalyse als auch eine qualitative Auseinandersetzung anhand von polito-linguistischen Methoden. Es zeigt sich eine Tendenz, dass, je linker eine Partei im politischen Spektrum zu lokalisieren ist, desto eher weist diese Präferenzen und sprachliche Wertschätzung für die Themenfelder Inklusion, Barrierefreiheit sowie eine Politik für Menschen mit Behinderungen auf. Weiterhin erfolgt ein Exkurs zu Wahlprogrammen in Einfacher, Leichter bzw. leicht verständlicher Sprache sowie ein Ausblick auf den Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	I
Abkürzungsverzeichnis.....	II
1. Einleitende Betrachtung	1
2. Theoretische Grundlagen	3
2.1 Forschungsstand zur Barrierefreiheit und Inklusion	3
2.2 Die UN-Behindertenrechtskonvention.....	5
2.3 Definitive Annäherungen an den Inklusionsgedanken.....	6
2.4 Inklusionsvorstellungen kontrovers betrachtet	8
2.5 Rekapitulation	9
3. Wahlprogramme interdisziplinär betrachtet	10
3.1 Politikwissenschaftliche Kontextualisierung.....	10
3.1.1 Demokratietheoretische Einordnung	10
3.1.2 Akteurszentrierte Einordnung	10
3.1.3 Fusion beider Ansätze	11
3.2 Linguistische Kontextualisierung.....	11
3.2.1 Wortebene.....	11
3.2.2 Argumentationsmuster	13
3.3 Rekapitulation	14
4. Empirisch-analytischer Teil.....	15
4.1 Quantitative Analyse.....	15
4.1.1 Auswahl der Textkorpora.....	15
4.1.2 Methodische Vorgehensweise	15
4.2 Rekapitulation	17
4.3 Qualitative Analyse.....	17
4.3.1 Die Alternative für Deutschland (AfD).....	18
4.3.2 Die Unionsparteien (CSU, CDU)	19
4.3.3 Die Freie Demokrat:innen (FDP)	21
4.3.4 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD).....	23
4.3.5 Bündnis 90/Die Grünen.....	24
4.3.6 Die Linke	27

4.4	Exkurs: Wahlprogramme leicht verständlich.....	29
4.5	Parteienvergleich zur Barrierefreiheit und Inklusion.....	30
5.	Diskussion und Rekapitulation der Ergebnisse	31
6.	Ausblick	33
	Literaturverzeichnis	35
	Anhang.....	42

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Frequenzanalyse Wahlprogramme (eigene Darstellung)	16
Abbildung 2: Wordcloud AfD	18
Abbildung 3: Wordcloud Unionsparteien	20
Abbildung 4: Wordcloud FDP	21
Abbildung 5: Wordcloud SPD	23
Abbildung 6: Wordcloud Bündnis 90/Die Grünen.....	25
Abbildung 7: Wordcloud Die Linke	27

Abkürzungsverzeichnis

AfD:	Alternative für Deutschland
Anmerk. d. Verf.:	Anmerkungen der Verfasserin
Art.:	Artikel
BGG:	Behindertengleichstellungsgesetz
BITV:	Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung
BMAS:	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BTHG:	Bundesteilhabegesetz
bzgl.:	bezüglich
bzw.:	beziehungsweise
ca.:	circa
CDU:	Christlich-Demokratische Union
CSU:	Christlich-Soziale Union
d. h.	das heißt
ebd.:	ebenda
et al.:	et alia
FDP:	Freie Demokrat:innen
ff.	folgende Seiten
ggf.:	gegebenenfalls
GMF:	gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
NAP:	Nationaler Aktionsplan
NS:	Nationalsozialismus
s.:	siehe
SGB:	Sozialgesetzbuch
SoVD:	Sozialverband Deutschland
SPD:	Sozialdemokratische Partei Deutschland
u.:	und
u. a.:	unter anderem
UN:	United Nations
UN-BRK:	UN-Behindertenrechtskonvention
VN:	Vereinte Nationen
vgl.:	vergleiche
WfMB:	Werkstätten für Menschen mit Behinderung
z. B.:	zum Beispiel

1. Einleitende Betrachtung

In welchem Verhältnis stehen Demokratie und Inklusion zueinander? Oder anders gefragt: Funktioniert eine Demokratie überhaupt ohne Inklusion? Dazu äußert sich Jürgen Dusel, der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, in einem Interview¹:

Inklusion ist keine Mode, sondern ein ganz wichtiger Bestandteil unserer Demokratie. Es geht um Gleichberechtigung, es geht um Chancengleichheit, es geht um soziale Gerechtigkeit. Das sind die Grundwerte für eine demokratische Gesellschaft.

Seit über 10 Jahren ist das *Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung* (im Folgenden: UN-BRK) Bestandteil des deutschen Rechts. Es verpflichtet alle ratifizierenden Staaten zu mehr Sensibilität im Umgang mit Personen mit Beeinträchtigungen, mehr Barrierefreiheit auf allen Ebenen sowie zu einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Trotz der weitreichenden Forderungen des völkerrechtlichen Abkommens ist die Lebenswirklichkeit vieler Menschen mit Behinderung geprägt von Vorurteilen, Exklusionspraktiken und Barrieren². Dass nach wie vor enormer Handlungsbedarf besteht, belegt weiterhin der erste Staatenbericht zur UN-BRK aus dem Jahr 2015, in welchem der Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen über 60 Kritikpunkte und anschließende Empfehlungen formuliert hat (vgl. Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen 2018: 2).

Bestimmend für die Konvention ist der Inklusionsgedanke: Kein Mensch soll aufgrund der körperlichen oder geistigen Konstitution ausgeschlossen werden (vgl. Aktion Mensch 2021). Barrierefreiheit ist ein wichtiger Teilaspekt der Inklusion und forciert den Abbau von sprachlichen, baulichen oder digitalen Hürden. Dabei sind Barrierefreiheit und Inklusion keineswegs ausschließlich positiv konnotierte Themen, vielmehr zeigt sich, dass es sich um „semantisch als auch politisch umkämpfte Felder“ (vgl. Girnth/Hofmann 2016: 9) handelt. Dies lässt sich darauf zurückführen, „dass der Begriff der Inklusion und die damit verbundenen (Umsetzungs-)Konzepte sehr disparat interpretiert werden“ (Felder/Schneiders 2016: 7). Jene kontroverse Debatte zwingt alle politischen Parteien dazu, sich entsprechend zu positionieren und folglich sind die Themen Inklusion und Barrierefreiheit Bestandteil des Bundestagswahlkampfes 2021. Dies spiegelt sich unmittelbar in den Wahlprogrammen wider, in welchen die Parteien thematische Schwerpunkte setzen und sich sprachlich voneinander abgrenzen (vgl. Girnth/Hofmann 2016: 7). Der Wahlkampf ist gleichzeitig ein Wettbewerb um Macht: Die im

¹ Abrufbar unter: <https://www.fdst.de/aktuellesundpresse/imgespraech/juergen-dusel/> (Stand: 04.12.2021).

² Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes sind beispielsweise lediglich 57 % aller Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt integriert und rund 16 % der behinderten Menschen im Alter von 25 bis 44 Jahren besitzen keinen allgemeinen Schulabschluss (2021: 13).

Bundestag vertretenen Parteien möchten ihren Einfluss im Parlament verteidigen oder erweitern. Dies berührt die Deutungshoheit im politischen Diskurs sowie die sprachliche Besetzung wichtiger Themen des Bundestagswahlkampfes.

Daher beschäftigt sich die vorliegende Bachelorarbeit mit folgender Fragestellung: Welche Muster lassen sich im politischen Sprachgebrauch zur Inklusion und Barrierefreiheit erkennen? Dafür soll eine komparative polito-linguistische Analyse der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2021 von der Linken, Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, FDP, CDU, CSU sowie der AfD erfolgen. Weitere anknüpfende Fragestellungen lauten: Welche der genannten Parteien befassen sich mit inklusionspolitischen Maßnahmen? Welchen Stellenwert messen diese den Themen jeweils zu? Gibt es verschiedene Vorstellungen über Inklusion zwischen den Parteien?

Diese komplexe Fragestellung erfordert eine interdisziplinäre Auseinandersetzung, weshalb Methoden aus der Polito-Linguistik angewandt werden, die an der Schnittstelle zwischen Linguistik und Politikwissenschaft angesiedelt sind. Die Bezeichnung Polito-Linguistik geht auf den Sprachwissenschaftler Armin Burkhardt (1996) zurück (Niehr 2015: 140) und verwendet „pragmalinguistische, semantische, textlinguistische und diskurslinguistische Ansätze“ (Girnth/Hofmann 2016: 7), um politische Kommunikation zu analysieren. Die Disziplin verfolgt einen „weiten Politikbegriff“ (ebd.: 8), womit sowohl die Dimensionen *polity* (Strukturen), *policy* (Inhalte) als auch *politics* (Prozesse) eingeordnet werden können. Die dieser Bachelorarbeit zugrundeliegende Analyse der Wahlprogramme in komparativer Perspektive lässt Rückschlüsse auf die inhaltliche Positionierung (*policy*-Orientierung) der Parteien zur Inklusionspolitik zu. Dies ist auch im Hinblick auf die Veränderung des politischen Systems von Relevanz (Kämper 2017: 1). Die zunehmende Ausdifferenzierung des Parteiensystems erfordert eine verstärkte Auseinandersetzung mit den jeweiligen (ideologischen) Positionen, um klare politische Profile zu bestimmen:

Es wird angesichts der zunehmenden Besetzung politischer Ränder zunehmend wichtiger, die sprachliche Repräsentation politischer Profile zu erkennen, die sprachliche Vergegenwärtigung politischer Strategien zu wissen, [...] Leitwörter und ihre Bedeutungsstruktur zu kennen. Insbesondere diese sind in politischen Programmen insofern von Bedeutung, als die Texte wohl reflektiert sind, Bekenntnischarakter haben und von einer mehr oder weniger großen Parteiöffentlichkeit approbiert sind (ebd.: 2017: 2).

Daher sollen im ersten Kapitel unter Rückgriff auf die UN-BRK verschiedene Inklusionsverständnisse und die sich daraus ergebenden Kontroversen erörtert werden. Im zweiten Teil werden Wahlprogramme aus politikwissenschaftlicher und linguistischer Perspektive eingeordnet. Die anschließende Analyse der Wahlprogramme besteht aus einem quantitativen Ansatz in Form einer Frequenzanalyse und einer qualitativen Betrachtung mithilfe von polito-linguistischen Methoden. Weiterhin erfolgt ein Vergleich aller betrachteten Parteien sowie ein Exkurs zu Programmen in leicht verständlicher Sprache. Anschließend werden die Ergebnisse

kritisch eingeordnet und diskutiert. Im abschließenden Kapitel wird ein Ausblick auf die Verankerung von Inklusion und Barrierefreiheit im Koalitionsvertrag des Ampel-Bündnisses gegeben.

2. Theoretische Grundlagen

2.1 Forschungsstand zur Barrierefreiheit und Inklusion

Die Auseinandersetzung mit Inklusionsthemen (und dem angrenzenden Forschungsbereich der Barrierefreiheit) ist von gesellschaftlichen sowie historischen Entwicklungen abhängig und unterliegt einer kontinuierlichen Veränderung (Fritzsche 2009: 140). Die Forschungsperspektiven sind eng verknüpft mit der Betrachtung der Kategorie „Behinderung“: Ändern sich die Zuschreibungen und Vorstellungen über Menschen mit Behinderung, hat dies ebenfalls Auswirkungen auf die wissenschaftliche Auseinandersetzung zur Inklusion (vgl. Trescher 2018: 14). Um zu ergründen, wie sich die Forschung zu diesen Themengebieten entwickelt hat, ist es notwendig, den Diskurs über Menschen mit Behinderung zu rekonstruieren und gesellschaftliche sowie politische Rahmenbedingungen mitzubetrachten.

Bis in die 1970er Jahre überwog eine defizit-orientierte Darstellung von Menschen mit Behinderung, v. a. in Hinblick auf deren Erwerbstätigkeit (Bösl 2010: 6; Fritzsche 2009: 140). Leistungsfähigkeit und Produktivität galten als entscheidende Bewertungskriterien. Menschen mit Beeinträchtigung, die diesen Anforderungen nicht gerecht werden konnten, wurden als „leistungsgestört“ bzw. „lebensuntüchtig“ (Bösl 2010: 6) klassifiziert. Eine Behinderung wurde v. a. mit Leid gleichgesetzt und die den Diskurs dominierende Vorstellung lautete, dass das Leben der betroffenen Personen nicht erfüllend sein könne. Gleichzeitig gab es wenig Einflussmöglichkeiten von Seiten behinderter Personen, das gesellschaftliche Bild über sich selbst zu beeinflussen (ebd.: 7). Sie wurden nur selten in die öffentliche Debatte integriert und lebten überwiegend in „Sonderstrukturen“ abseits der restlichen Gesellschaft (Felder/Schneiders 2016: 13). Inklusion wurde zu dieser Zeit überwiegend in den Gesundheits- und Sportwissenschaften thematisiert, hierbei v. a. im Hinblick auf die physische Rehabilitation von Personen mit körperlichen Beeinträchtigungen zur „Wiederherstellung des anzustrebenden Normal-Zustandes“ (ebd.).

Eine erste Veränderung ließ sich durch öffentliche Aktionen sowie Demonstrationen von Selbsthilfebewegungen und Behindertenverbänden in den 1980er Jahren erkennen, die eine Abkehr vom „Opferstatus“ forderten und für mehr Selbstbestimmung eintraten (Bösl 2010: 10; Buchner 2016: 13). Zeitgleich haben sich die *Disability Studies* als Teilbereich der Forschung entwickelt, die tradierte Sichtweisen über Menschen mit Behinderung zu überwinden gedenken (Wegschneider 2013:

217). Damit wurde eine Abkehr von der rein medizinischen Betrachtung von Menschen mit Behinderung erreicht und stattdessen eine positive Identität von Behinderung (Wegschneider 2013: 217) gefördert. Folglich wurde das Konzept der Inklusion auf weitere gesellschaftliche Teilbereiche ausgeweitet, wobei v. a. in der Pädagogik (Jahr 2017: 48) Potenziale, Umsetzungsmöglichkeiten sowie Hemmnisse von schulischer Inklusion debattiert werden. „Sonderstrukturen“ für Menschen mit Beeinträchtigung werden zunehmend in Frage gestellt (Felder/Schneiders 2016: 14) und stattdessen Konzepte wie „Eine Schule für alle“ diskutiert. Außerdem bildete sich die inklusive politische Bildung als eigene Teildisziplin heraus, die politische Inhalte, Prozesse und Strukturen für alle Bürger:innen erfahrbar machen möchte. Zu nennen ist in diesem Kontext beispielsweise das „Handbuch Inklusion international: globale, nationale und lokale Perspektiven auf Inklusive Bildung“ von Köpfer et al. (2021).

Auch auf verfassungsrechtlicher Ebene ließen sich Veränderungen erkennen: Der Artikel 3 des Grundgesetzes wurde 1994 um den Passus „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ (Bösl 2010: 11) erweitert. Im Jahr 2002 wurde das „Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung“ (BGG) wirksam, dessen Mittelpunkt eine „umfassend verstandene Barrierefreiheit, die sich nicht auf die Beseitigung baulich-technischer Barrieren beschränkt“ (ebd.) bildet. Es wurde hervorgehoben, dass der Inklusionsgedanke u. a. durch den Abbau von Barrieren realisiert werden kann. Barrierefreiheit und Inklusion sind zwar zwei angrenzende Konzepte, die aber nicht gleichgesetzt werden dürfen (Maaß/Rink 2020: 39). Hürden und Exklusionsphänomene können „physischer, kommunikativer oder auch diskursiver Art sein“ (ebd.). Barrierefreiheit strebt den Abbau jener Hürden an und vollzieht sich auf unterschiedlichen Ebenen (baulich, digital, sprachlich). Im Zuge der Emanzipationsbewegung von Menschen mit Behinderung entwickelten sich zahlreiche Regelwerke zur Umsetzung von Einfacher, Leichter bzw. leicht verständlicher Sprache, die das Recht auf informelle Selbstbestimmung und den Abbau von sprachlichen Hürden forcieren und als eine Form der barrierefreien Kommunikation (Bock et. al 2017: 11) eingeordnet werden können. Dazu wird vorrangig in den Sprachwissenschaften geforscht, wie beispielsweise in der Arbeit „Wahlprogramme in Leichter Sprache – Eine korpuslinguistische Annäherung“ (2014) von Susanne J. Ekat, Esther Germann, Alexa Lintner und Corinne Soland. Weiterhin wird Leichte Sprache im Hinblick auf die Teilhabechancen von Menschen mit kognitiver Behinderung thematisiert, wie beispielsweise in der Studie „Barrierefreie Kommunikation als Voraussetzung und Mittel für die Partizipation benachteiligter Gruppen – Ein (polito-)linguistischer Blick auf Probleme und Potenziale von Leichter und einfacher Sprache“ (2015) von Bettina Bock.

Einen Meilenstein stellt die UN-Behindertenrechtskonvention dar: Eine Beeinträchtigung soll nicht mehr als Defizit betrachtet, sondern vielmehr als Bestandteil gesellschaftlicher Vielfalt (*Diversity*-Orientierung) akzeptiert werden (Bielefeldt 2009: 6-7; Fritzsche 2009: 140). Zahlreiche Abhandlungen befassen sich mit der

Konvention und ordnen diese gesellschaftskritisch ein, wie beispielsweise „Zum Innovationspotenzial der UN-Behindertenrechtskonvention“ von Heiner Bielefeldt (2009) oder „Integration, Diversity, Inklusion: Anmerkungen zu aktuellen Debatten in der deutschen Migrationsgesellschaft“ von Viola B. Georgi (2015).

Eine weitere Verrechtlichung konnte durch die Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung (BITV) erzielt werden, welche öffentliche Institutionen dazu verpflichtet, Inhalte und Informationen barrierefrei anzubieten, während inklusionspolitische Maßnahmen durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) vorangebracht wurden. Weiterhin lässt sich ein Trend erkennen, dass Inklusion (neben der Pädagogik sowie der inklusiven politischen Bildung) zunehmend Bestandteil einer politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung wird. Wichtige Forschungsarbeiten hierzu sind beispielsweise „Der Ort der Inklusion in den politischen Grundorientierungen der modernen Demokratie – ein Diskussionsvorschlag“ von Jahr (2017) oder „Inklusion als Anti-Diskriminierungsstrategie“ von Bittlingmayer und Sahrai (2017). Ein weiteres wichtiges Momentum stellt die Beendigung der Wahlrechtsausschlüsse dar. Durch eine im Jahr 2018 erlassene Änderung des Bundeswahlrechts sind Menschen mit kognitiver Behinderung nun ebenfalls zur Stimmabgabe berechtigt, was rund 85 000 Menschen³ in Deutschland betrifft. Die Bundestagswahl 2021 ist eine der ersten Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, bei der alle Menschen mit Beeinträchtigungen abstimmen dürfen und als potentielle Wähler:innen adressiert werden. In diesem Kontext wird zur Verständlichkeit von Programmen geforscht. Einen wichtigen Beitrag hierzu leistet die Studie „Wahlprogramme im Vergleich: Die Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2021 im Vergleich aller Bundestagswahlen seit 1949“ der Universität Hohenheim⁴ (2021). Dabei werden vorrangig Komplexitäts-Unterschiede der einzelnen Programme untersucht und anhand des Hohenheimer-Verständlichkeits-Index gemessen. Jedoch gibt es noch weiteren Forschungsbedarf dahingehend, wie Inklusion und Barrierefreiheit in den einzelnen Programmen interpretiert werden. Diesen Umstand möchte die nachfolgende Bachelorarbeit aufgreifen und einen Beitrag zur sprachwissenschaftlichen Einordnung parteiprogrammatischer Eckpunkte leisten.

2.2 Die UN-Behindertenrechtskonvention

Die UN-BRK reiht sich in eine Tradition vorangegangener internationaler Menschenrechtsabkommen (Bielefeldt 2009: 13) ein. Sie dient als Bekräftigung der Allgemeinen Menschenrechte und akzentuiert die Bedürfnisse sowie Forderungen von Menschen mit Behinderungen (ebd.). Die darin formulierten Grundsätze

³ Abrufbar unter: <https://www.deutschlandfunk.de/wahlkampf-fuer-menschen-mit-behinderung-barrierefreiheit-100.html> (Stand: 11.12.2021).

⁴ Abrufbar unter: https://www.uni-hohenheim.de/uploads/media/Wahlprogramm-Check_2021_Bundestagswahl.pdf (Stand: 12.11.2021).

wurden gemeinsam mit Selbstvertreter:innen⁵ und Trägern der Behindertenhilfe entwickelt (Wegschneider 2017: 218). Im Jahr 2008 wurde die Konvention durch den Bundestag sowie den Bundesrat ratifiziert und ist seit dem Jahr 2009 Bestandteil des deutschen Rechts. Aus der UN-BRK lassen sich Grundsätze und Querschnittsaufgaben herauslesen, die von politischen Entscheidungsträger:innen beachtet und umgesetzt werden müssen. Dazu zählt die Inklusion aller Menschen in sämtlichen Lebensbereichen, wie z. B. dem Justizwesen (Art. 13), im Bereich der Mobilität (Art. 20), beim Wohnen (Art. 23), im Bildungssektor (Art. 24), in der Gesundheitsversorgung (Art. 25 u. 26), im Erwerbsleben (Art. 27), bezgl. der sozialen Absicherung (Art. 28), innerhalb der politischen Repräsentation (Art. 29) sowie im kulturellen Leben (Art. 30). Daneben gehört der Schutz vor Diskriminierung (Art. 5) sowie ein gesellschaftlicher Bewusstseinswandel gegenüber Menschen mit Behinderung (vgl. Art. 8) zu den elementaren Grundsätzen. Weiterhin wird die Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderung (Art. 5, Art. 10, Art. 12, Art. 14-16, Art. 22) sowie die Realisation von „mehrdimensionaler“ Barrierefreiheit (räumlich/technisch, sprachlich, digital) (Art. 9, Art. 21) eingefordert. Außerdem erfolgt ein Bekenntnis zur gesellschaftlichen Vielfalt (Art. 19), dass nicht nur Menschen mit Beeinträchtigungen tangiert, sondern auch queere Menschen oder gesellschaftliche Minderheiten berücksichtigt. Die Konvention wird durch den Leitgedanken der Inklusion charakterisiert, welche sich aus der Definition der Kategorie „Behinderung“ ableiten lässt. Dazu heißt es in Artikel 1⁶ der UN-BRK:

Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können.

Der Abbau von Hürden ermöglicht die vollumfängliche Teilhabe aller Menschen und verdeutlicht, wie eng Inklusion und Barrierefreiheit verknüpft sind. Jedoch eröffnet die UN-BRK keine allgemeingültige Definition von Inklusion, die sich übergreifend durchgesetzt hat (Felder/Schneiders 2016: 7), was einen gewissen Spielraum für Interpretationen bedingt.

2.3 Definitiorische Annäherungen an den Inklusionsgedanken

Folglich haben sich in unterschiedlichen Teildisziplinen jeweils verschiedene Definitionen des Inklusionsbegriffs ausgeprägt. Im Folgenden werden drei Perspektiven vorgestellt, die die Heterogenität des Konzeptes belegen.

⁵ In der *Community* von Menschen mit Behinderung wird von Selbstvertreter:innen gesprochen, d. h. Menschen mit Beeinträchtigungen werden als Expert:innen in eigener Sache respektiert und treten für ihre Rechte ein.

⁶ Abrufbar unter: <https://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/a729-un-konvention.html> (Stand: 26.11.2021).

Definition aus dem Menschenrechtsdiskurs

Für das Deutsche Institut für Menschenrechte⁷ bedingt Inklusion,

dass kein Mensch ausgeschlossen, ausgegrenzt oder an den Rand gedrängt werden darf. Als Menschenrecht ist Inklusion unmittelbar verknüpft mit den Ansprüchen auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität. [...] Um das Ziel von Inklusion zu erreichen, [...] müssen daher alle Barrieren, die diesem Ziel (noch) im Wege stehen, Schritt für Schritt abgebaut werden. Das gilt für bauliche Barrieren genauso wie für Barrieren in den Köpfen (Deutsches Institut für Menschenrechte 2010).

Inklusion wird als ein eigenständiges und universell-gültiges Menschenrecht deklariert, welches eng mit der Würde des Menschen verknüpft ist (Bielefeldt 2009: 4-5). Dies beinhaltet weiterhin, dass ein Rechtsanspruch auf Inklusion besteht, über welchen alle Menschen verfügen und nicht nur diejenigen, die bislang ausgegrenzt werden (Georgi 2015: 26). Um jenes Menschenrecht zu gewährleisten, sind der Staat und alle politischen Entscheidungsträger:innen in der Pflicht, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Soziologische Definition

Aus soziologischer Perspektive wird Inklusion u. a. in Luhmanns Systemtheorie kontextualisiert. Inklusion und Exklusion sind zentrale Begriffe bei der Charakterisierung moderner Gesellschaftsformationen, die Luhmann als funktional-differenziert (Benkert 2016) beschreibt. Es bilden sich verschiedene Subsysteme aus, wie z. B. das Wirtschafts-, Rechts- oder Bildungssystem. Ein Individuum kann nie gänzlich in allen Systemen, sondern allenfalls in einzelnen Teilen, inkludiert sein (z. B. als Schüler:in im Schulbetrieb oder als erwerbstätige Person im Arbeitsleben). Laut der Systemtheorie ist dies eine natürliche Gegebenheit, da jedes funktional-differenzierte Gesellschaftssystem zwangsläufig Inklusions- und Exklusionsmechanismen hervorbringt (ebd.). Vollumfängliche Inklusion könne es demnach nicht geben, genauso wenig wie vollständige Exklusion, da ein Mensch notwendigerweise Teil von mindestens einem System sein müsse (ebd.).

Pädagogische Definition

Auch in der Pädagogik existiert eine Annäherung an den Inklusionsbegriff. Erziehungswissenschaftler Andreas Hinz definiert das Phänomen wie folgt:

Inklusion wendet sich gegen jede gesellschaftliche Marginalisierung und sichert allen Menschen das gleiche volle Recht auf individuelle Entwicklung und soziale Teilhabe, ungeachtet ihrer persönlichen Unterstützungsbedürfnisse zu. Jeder Mensch ist als selbstverständliches Mitglied der Gemeinschaft anzuerkennen (2010: 34, zitiert in: Benkert 2016).

Inklusion im Bildungssektor soll dazu beitragen, gleichwertige Zugänge für alle Menschen zu schaffen und ungleiche Ausgangsbedingungen zu überwinden. Die Separierung in „behindert“ und „nicht behindert“ würde demnach aufgehoben und damit Prozesse der Stigmatisierung und Ausgrenzung beendet. Der Fokus

⁷ Abrufbar unter: <https://www.inklusion-als-menschenrecht.de/index.php?id=310> (Stand: 27.11.2021).

liegt auf einer Art Chancengleichheit, die dadurch ermöglicht werden soll, dass individuelle Bedarfe mitberücksichtigt und adressiert werden (Hinz 2010: 36).

2.4 Inklusionsvorstellungen kontrovers betrachtet

Durch die heterogenen Inklusionsvorstellungen bedarf es einer Reflexion bezüglich möglicher Konfliktlinien, die sich entlang unterschiedlicher Konzepte eröffnen können. Laut Dederich (2013) ist vielen Definitionen eine normative Dimension inhärent, da sich diese mit gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen befassen. Inklusion wird häufig vor dem Hintergrund von sozialer Teilhabe, gesellschaftlicher Gerechtigkeit und universal-anzuerkennender Menschenrechte debattiert, die ihrerseits Bestandteil von gesellschaftlichen Kontroversen sind. Folglich besteht Klärungsbedarf, wo sich Inklusion im politischen Raum verorten lässt (Jahr 2017: 48). In diesem Kontext lassen sich nach Petrick (2013) sozio-politische Grundfragen benennen, welche die Kernfragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens tangieren und die die Ansichten von verschiedenen politischen Lagern widerspiegeln (Jahr 2017: 48). Dazu zählt z. B. die Frage, wie die Entscheidungsfindung geregelt sein soll: via Autoritätsentscheid „von oben“ oder durch direkte Mitbestimmung der Bürger:innen „von unten“ (ebd.: 51). Hierzu liefert Inklusion eine gesellschafts-politische Antwort, in dem auf Teilhabechancen „von unten“ gesetzt wird. Diejenigen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, sollen aktiv in deren Planung und Ausgestaltung einbezogen werden (vgl. Selbstvertretungsstrukturen). Eine weitere Fragestellung betrifft die Zugehörigkeit einzelner Personen zur Gesellschaft und inwiefern eine universelle Beteiligung aller Menschen ermöglicht wird oder nicht. Diesbezüglich lässt sich ebenfalls eine klare Positionierung ableiten, da Inklusion exkludierende Praktiken anprangert und auf die Zugehörigkeit aller Personen verweist (Bielefeldt 2009: 6) bzw. diese explizit einfordert. Weiterhin muss gesellschaftlich ausgehandelt werden, ob eher auf Konkurrenz oder auf Kooperation im Bildungssystem und Wirtschaftsleben gesetzt wird. Das Konzept der Inklusion geht hierauf ebenfalls ein, insofern, als dass eine rein auf Hierarchien und Leistung basierende Bildungs- bzw. Wirtschaftsordnung abgelehnt wird (Jahr 2017: 52). Vielmehr wird die Auffassung vertreten, dass der oder die Einzelne „unabhängig von seinem [oder ihrem] »Nutzen« wertvoll für die Gesellschaft“ (Georgi 2015: 27; Anmerk. d. Verf.) ist.

Wenn Inklusion einerseits „die gesellschaftliche Kohäsion stärken [soll]“ (Dederich 2013; Anmerk. d. Verf.) und andererseits bisher ausgeschlossene Personen stärker einbezogen werden (ebd.), bedarf es weitreichender Veränderungen auf struktureller sowie institutioneller Ebene (Georgi 2015: 27). Dafür sind rechtliche Anpassungen sowie eine Ausstattung mit finanziellen und anderen begrenzten Ressourcen von Nöten, wodurch sich eine Konkurrenz mit anderen Politikfeldern und deren Interessenvertretungen ergibt. Folglich stellt Inklusion ein „semantisch als auch politisch umkämpftes Feld“ (Girnth/Hofmann 2016: 8) dar, das

verschiedene ideologische Lager hervorbringt. Dass Inklusion nicht nur positiv bewertet wird, zeigt das Langzeitforschungsprojekt zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF), initiiert von Wilhelm Heitmeyer im Jahr 2002 (Zick 2017: 49). Darin konnte nachgewiesen werden, dass bestimmte (menschenfeindliche) Stereotype über Menschen mit Behinderungen die Bewertung von inklusionspolitischen Maßnahmen beeinflussen können. Dies lässt sich auf verschiedene Phänomene zurückführen, wozu u. a. der „Konservatismus-Effekt“, die „Reproduktion von Hierarchien“ sowie ein „marktförmiger Extremismus“ zählen (ebd. 50 ff.). Der Konservatismus-Effekt umschreibt, dass Personen mit einer starken Traditionsveranlagung sich diesbezüglich kritisch positionieren und die geforderte Abkehr von tradierten Praktiken oder Einstellungen ablehnen. Die GMF-Studie zeigt, dass v. a. Befragte, die ihre politische Orientierung „rechts“ der Mitte verorten und damit eine tendenziell höhere Traditionsveranlagung besitzen, Stereotypen⁸ gegenüber Menschen mit Behinderung eher zustimmen (4,8 %) als jene, die sich in der Mitte (1,4 %) oder links im politischen Spektrum (0,6 %) einordnen (ebd.: 31). Die Reproduktion von Hierarchien basiert auf der These, dass jene Menschen, die davon überzeugt sind, es gäbe höher- und minderwertige Personen, stets darum bemüht sind, jene „eingebildete Ordnung“ zu bestätigen, wenn sie sich als Teil einer höherwertigen Gruppe empfinden:

Zuschreibungen von mangelnder Leistungsfähigkeit und Motivation der Menschen, die Förderungsbedarf haben, [...] werden [...] entwickelt, geglaubt und verbreitet, um letztendlich Diskriminierungen zu rechtfertigen und so die Hierarchie aufrechtzuerhalten (ebd.: 32).

Der marktförmige Extremismus fußt auf der Annahme, dass unternehmerische Prinzipien für die gesamte Gesellschaft gelten würden (z. B. „Wer nicht hart genug arbeitet, ist selbst schuld!“) und dass ökonomische Kenngrößen als Gradmesser für gesellschaftliche Teilhabe deklariert werden können (z. B. „Menschen, die ‚wenig‘ nützen, können wir uns als Gesellschaft nicht leisten!“). Die GMF-Studie deutet einen Zusammenhang zwischen dem marktförmigen Extremismus sowie einer Ablehnung gegenüber des Inklusionsgedankens (Zick 2017: 36) an. Dies vergegenwärtigt, dass Inklusion ein umstrittenes politisches Themenfeld darstellt, wozu alle Parteien Stellung beziehen müssen. Es bedarf einer dezidierten Analyse, inwieweit mögliche ablehnende Tendenzen bezüglich des Inklusionsgedankens innerhalb der Wahlprogramme nachweisbar sind.

2.5 Rekapitulation

Die Forschung zur Inklusion und Barrierefreiheit ist eng verknüpft mit dem Diskurs über Menschen mit Behinderung. Trotz der völkerrechtlichen Verpflichtungen der UN-BRK ist Inklusion noch nicht abschließend im Hinblick auf ihre Bedeutung determiniert und es existieren zahlreiche heterogene Konzepte, z. B. im

⁸ Dabei wurden die Befragten mit Aussagen wie z. B. „Menschen mit Behinderungen bekommen zu viele Vergünstigungen“ konfrontiert (Zick 2017: 29).

Menschenrechtsdiskurs, innerhalb der Systemtheorie Luhmanns sowie in der Pädagogik. Gleichzeitig bedingen normative Inklusionskonzepte durch die zugrundeliegenden Ordnungsvorstellungen das Potenzial für Kontroversen. Dies ist im Hinblick auf die Interpretation der Wahlprogramme von Bedeutung: Die Akteur:innen haben die Möglichkeit, den Inklusionsbegriff unterschiedlich zu besetzen, sich verschieden zur Barrierefreiheit zu positionieren und dies in ihrem parteilichen Wertesystem zu integrieren oder ggf. explizit abzulehnen.

3. Wahlprogramme interdisziplinär betrachtet

Es stellt sich die Frage, wie Aussagen innerhalb von Wahlprogrammen zu bewerten sind, da die „tatsächliche Bedeutung von [P]rogrammen im politischen Prozess (*policy-Dimension*) bis heute nicht abschließend bestimmt worden [ist]“ (Rölle 2002: 264; Anmerk. d. Verf.). Das folgende Kapitel bietet einen Überblick, wie Wahlprogramme in unterschiedlichen Disziplinen eingeordnet werden.

3.1 Politikwissenschaftliche Kontextualisierung

3.1.1 Demokratietheoretische Einordnung

Parteien zeichnen sich insofern aus, als dass diese für bestimmte normative Ideale und Zielsetzungen eintreten (Maurer 2009: 156). Dies schlägt sich unmittelbar in den Wahlprogrammen nieder, in welchen Wertorientierungen und Gesetzesvorhaben, wie beispielsweise zur Inklusion und Barrierefreiheit, festgehalten sind (Hemmelmann 2017: 39). Im Sinne der Mandat-Theorie vergeben die Wähler:innen ein Mandat für das politische Programm (ebd.: 43) einer Partei. Darauf aufbauend sind die Parteien an ihre getätigten Aussagen, Versprechen und Pläne gebunden (Thomson et al. 2012: 5), da sie im Amt das Mandat im Sinne ihrer Wähler:innenschaft erfüllen müssen. Die Repräsentant:innen sind somit die Vertretung einer bestimmten normativen Agenda, die sich aus ihren Programmen ableiten lässt (*program-to-policy-linkage*). Es ist daher erwartbar, dass die Parteien ihre Absichten aus ihren Programmen (im Falle einer Übernahme eines Regierungsamtes) durchsetzen (Maurer 2009: 156), wodurch sich (idealtypisch betrachtet) eine Kongruenz von Wahlprogramm und politischem Handeln (Hemmelmann 2017: 42) ergeben müsste. Damit können Wahlprogramme als Nachweis für ein Bekenntnis zur Barrierefreiheit und Inklusion angeführt werden, sofern diese ein Teil der jeweiligen normativen Agenda sind (vgl. Kurella et al. 2013: 7).

3.1.2 Akteurszentrierte Einordnung

In akteurszentrierter Perspektive steht die machtpolitische Dimension von Wahlprogrammen im Vordergrund. Parteien lassen sich gemäß dieser Betrachtungsweise vorrangig über ihr Streben nach Macht definieren: „A political party is first

of all an organized attempt to get power“ (Schattschneider 1942: 35, zitiert in Hemmelmann 2017: 44). Politische Inhalte oder Ideale, kondensiert in Programmen, sind folglich nur Mittel zum Zweck (Hemmelmann 2017: 44): „Parties formulate policies in order to win elections, rather than win elections in order to formulate policies“ (Downs 1957: 28, zitiert in Hemmelmann 2017: 45). Gemäß dieser Interpretation müssen Parteien nicht zwangsläufig von den normativen Ideen überzeugt sein, da sie diese lediglich instrumentalisieren, um an Macht zu gelangen (Downs 1957: 28). Folglich würden Parteivertreter:innen jedwede Position nutzen (wie z. B. zur Inklusion oder Barrierefreiheit), von der sie glauben, dass sie ihnen die meisten Stimmen (und damit am meisten Einfluss im Parlament) einbringt.

3.1.3 Fusion beider Ansätze

Macht kann nicht nur als ein reiner Selbstzweck angesehen werden, sondern als eine Notwendigkeit, um bestimmte Inhalte überhaupt erst durchsetzen zu können (Hemmelmann 2017: 41). Daher erscheint eine Fusion beider Ansätze als besonders gewinnbringend: „Tatsächlich ist ohne den Machterwerb keine Durchsetzung politischer Interessen denkbar – ohne aber den Drang, Interessen durchzusetzen, ist das Machtstreben inhaltsleer“ (ebd.: 47). Parteien können somit sowohl eine normative Agenda gemäß der demokratietheoretischen Einordnung vertreten, sind aber gleichzeitig auf den eigenen Machtausbau bzw. -erhalt fokussiert, wie es die akteurszentrierte Einordnung postuliert. Dies hat auch Implikationen auf die Fragestellung: Inklusion kann sowohl ein politisches Ideal darstellen, das die Parteien aus ihrer Überzeugung heraus realisieren wollen; gleichzeitig kann jenes Thema instrumentalisiert werden, um die eigenen Machtansprüche zu sichern.

3.2 Linguistische Kontextualisierung

Wahlprogramme, als Teil des politischen Sprachgebrauchs, sind ein gängiger Untersuchungsgegenstand der Polito-Linguistik. Ein wichtiger Bestandteil der linguistischen Textanalyse ist die Erörterung der zugrundeliegenden Textfunktion. Wahlprogrammen wird u. a. eine informativ-persuasive Funktion (Girnth/Hofmann 2016: 8-9; Weecke 2011: 57) zugesprochen, damit möglichst viele Wähler:innen vom jeweiligen ideologischen Standpunkt überzeugt werden können. Mithilfe von sprachlichen Mitteln wird versucht, die Haltungen und Einstellungen der Adressat:innen bzw. Wähler:innen zu beeinflussen (Girnth/Hofmann 2016: 8-9.).

3.2.1 Wortebene

Nach Klein lässt sich eine Klassifikation des Wortschatzes erstellen, die im politischen Sprachgebrauch Anwendung findet (2014: 60ff.) und welche die Ausgestaltung von Programmen tangiert:

- Das **Institutionenvokabular**,
(Benennung von staatlichen Organisationen, z. B. Bundesverfassungsgericht; Bezeichnungen für staatliche Ämter, z. B. Ministerpräsident:in; Ausdruck für Normen, z. B. das Grundsatzprogramm einer Partei)
- das **Ressortvokabular**,
(Lexeme einer spezifischen Fachsprache, z. B. Fachtermini des Wirtschaftsministeriums wie Marktpreisbildung oder Mindestlohn)
- das **Interaktionsvokabular** sowie
(Bezeichnung für menschliche Interaktionen und Handlungen, z. B. Kompromiss, Mobilisierung oder Führungsanspruch)
- das **Ideologievokabular**
(Lexeme, die elementare soziale Normen und Ordnungsvorstellungen repräsentieren, z. B. Frieden, Gerechtigkeit oder Inklusion).

In Wahlprogrammen werden alle vier Vokabularien verwendet, jedoch kommt v. a. der Ideologiesprache eine besonders wichtige Rolle innerhalb dieser Textsorte zu (vgl. Kungl 2019: 32). Die Vermittlung von Werthaltungen und inhaltlichen Positionen (vgl. demokratietheoretische Einordnung von Wahlprogrammen) steht im Vordergrund, gleichzeitig wird damit die Sicherung der eigenen Machtposition (vgl. akteurszentrierte Betrachtung) angestrebt. Hierfür werden v. a. normativ-aufgeladene Termini mit Persuasionspotenzial eingesetzt (vgl. Wehling 2016: 30ff.). Dazu zählen *Schlagworte*, die komplexe Sachverhalte möglichst komprimiert darstellen. Diese können an ihrem häufigen Vorkommen innerhalb der politischen Berichterstattung identifiziert werden und sie sind als abhängig vom jeweiligen zeitlichen bzw. gesellschaftlichen Kontext einzuordnen. Das Ideologievokabular kann weiter in *Hochwertwörter* (Miranda) und *Unwertwörter* (Anti-Miranda) aufgefächert werden. Miranda besitzen eine positive Konnotation und dienen dazu, den eigenen Standpunkt zu bewerben (Bakker 2020: 10), während Anti-Miranda förderlich sind, um den des politischen Gegners bzw. der politischen Gegnerin abzuwerten (Girnth/Hofmann 2016: 10). Dies ist v. a. im Wahlkampf von Bedeutung, da sich Parteien profilieren und voneinander abgrenzen.

Neben dem Wettkampf um Wähler:innen und Ämter konkurrieren Parteien ebenfalls auf der Wortebene. Politische Akteur:innen kämpfen um die semantische Bedeutung bestimmter Begriffe bzw. um die zugrundeliegenden Werthaltungen, die mittels jener Worte transportiert werden. In der Polito-Linguistik wird dieses Ringen als „Bedeutungskonkurrenz“ (ebd.) bezeichnet. Dieses Phänomen ist überwiegend im Wahlkampf zu beobachten und äußert sich in vielen Fällen durch eine „Besetzung von Begriffen“ (Klein 2014: 77). Besonders umkämpft sind dabei Worte, die über eine positive Bedeutung verfügen (ebd.), wie z. B. Hochwertwörter. Dies

hat zur Folge, dass verschiedene Parteien zwar von ein und demselben Begriff sprechen, dieser für sie aber jeweils eine andere Bedeutung⁹ besitzen kann.

3.2.2 Argumentationsmuster

Neben einer dezidierten Auseinandersetzung mit spezifischen Lexemen und Worten, ist es für die Polito-Linguistik von Bedeutung, größere Sinnabschnitte mit zu berücksichtigen. Es erscheint v. a. die Rekonstruktion von Argumentationslogiken relevant, da in demokratischen Systemen die Adressat:innen vom jeweiligen Standpunkt überzeugt werden müssen (ebd.: 297). Dabei wird die eigene Position sowie zugrundeliegende Normen betont, wohingegen gegnerische Haltungen und Werte entweder nicht thematisiert, angegriffen oder widerlegt werden. Daraus ergibt sich ein Grundmuster innerhalb der politischen Kommunikation, welches sich sowohl „zeit- und kulturübergreifend, textintern als auch transtextuell“ (ebd.: 298) beobachten lässt. Dies wird als „Topoi der politischen Argumentation“ (Klein 2014: 298ff.; Girth/Hofmann 2016: 12-13) bezeichnet, wozu folgende Aspekte gezählt werden können:

- **Situationsdaten (Daten-Topos),**

Es werden Zahlen oder Fakten genannt, die ein bestimmtes Phänomen oder Problem beschreiben, z. B.:

„Viele Sporthallen, Sportplätze und Schwimmbäder sind baufällig, teilweise bereits gesperrt. Der Sanierungsbedarf beträgt rund 31 Milliarden Euro“ (Linke 2021: 131).

- **Situationsbewertungen (Valuations-Topos),**

Die beschriebenen Phänomene werden bewertet, z. B.:

„Trotz der gesetzlichen Verpflichtung, Arbeitsplätze für behinderte Menschen vorzuhalten, ist die Zahl der arbeitslosen schwerbehinderten Menschen deutlich zu hoch“ (AfD 2021: 122-123).

- **Leitideen sowie Werte (Prinzipien-Topos),**

Es erfolgt ein Bezug auf Normen und Ideale, die die Partei repräsentieren möchte, z. B.:

„Wir treten für eine Gesellschaft ein, die von gegenseitigem Respekt getragen wird“ (SPD 2021: 5).

- **Zielsetzungen (Final-Topos),**

⁹ Dies soll mithilfe eines kurzen Beispiels illustriert werden. Der Begriff „Gerechtigkeit“ ist in allen Wahlprogrammen omnipräsent. Wofür Gerechtigkeit bei Sozialdemokrat:innen steht, kann eine andere Bedeutungszuschreibung innehaben, als dies bei liberalen Kräften der Fall ist. Gemäß einer politisch-linken Vorstellung könnte Gerechtigkeit mit einem aktiven Eingreifen des Staates in Verbindung gebracht werden, womit beispielsweise eine Umverteilung von Vermögen angestrebt werden könnte. Aus einer liberalen Sicht würde Gerechtigkeit beispielsweise vielmehr mit (Markt-)Freiheit und einem eher zurückhaltenden Agieren des Staates assoziiert werden, wohingegen Umverteilungsmaßnahmen durch die öffentliche Hand strikte Ablehnung erfahren würden. Dennoch verwenden beide Lager den Begriff „Gerechtigkeit“, besetzen diesen jedoch unterschiedlich.

Die politischen Akteur:innen illustrieren, welche Ziele sie verfolgen, um ihre Prinzipien und Werte durchzusetzen, z. B.:

„Alle notwendigen Amtsgänge sollen virtuell und barrierefrei möglich und alle Dienstleistungen mit digitalen, medienbruchfreien Verfahren durchführbar sein. Dazu wollen wir alle Planungen zur Einführung von Bürgerkonten [...] zu einer einheitlichen digitalen Plattform zusammenführen: dem Deutschlandportal“ (FDP 2021: 25-26).

– **Folgen, die sich aus dem (Nicht-)Handeln ergeben können (Konsequenzen-Topos),**

Es wird erläutert, welchen Einfluss politisches Handeln haben kann oder welche Risiken sich aus einer möglichen Untätigkeit ergeben könnten, z. B.:

„Für Nachwuchswissenschaftler*innen gibt es vor allem an Hochschulen jedoch kaum planbare und sichere Berufswege. Das gefährdet den Forschergeist und verschleudert Potenziale bei Innovation, Leistung und Qualität“ (Bündnis 90/Die Grünen 2021: 157-158).

– **Aufführen von Beispielen (Exemplum-Topos) und**

Der eigene Standpunkt wird mit Aufzählungen untermauert, z. B.:

„Durch vielfältige Barrieren im Alltag – zum Beispiel in Verkehrsmitteln, Arbeitsstätten, Bildungseinrichtungen, Arztpraxen, Behörden oder im digitalen Bereich – ist Teilhabe [...] nur eingeschränkt möglich“ (Linke 2021: 110).

– **Bezugnahme auf Autoritäten (Autoritäts-Topos)**

Außerdem wird das eigene Vorhaben mit einem Verweis auf Institutionen, Persönlichkeiten oder Abkommen bekräftigt, die ein hohes Ansehen genießen, z. B.:

„Wir werden uns für die Verabschiedung der 5. Antidiskriminierungsrichtlinie einsetzen, damit [...] die VN-Konvention¹⁰ über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf europäischer Ebene rechtlich umgesetzt wird“ (Bündnis 90/Die Grünen 2021: 237-238).

3.3 Rekapitulation

Das vorliegende Kapitel eröffnet einen Überblick über die politikwissenschaftliche Einordnung von Wahlprogrammen, wozu die demokratietheoretische Sichtweise (Inklusion als Teil der normativen Agenda) sowie die akteurszentrierte Betrachtung (Inklusion als machtpolitisches Instrument) gezählt werden können. Um möglichst viele Adressat:innen vom jeweiligem Standpunkt zu überzeugen, wird sich in Wahlprogrammen der Ideologiesprache, des Abgrenzungsvokabulars und Schlagworten bedient. Politische Akteur:innen sind bestrebt, bestimmten Begriffen „ihren Stempel“ aufzudrücken, was in Bezug zur Barrierefreiheit und Inklusion ebenfalls angenommen werden kann. Wahlprogramme sind der Fundort für Begriffe, die von verschiedenen politischen Lagern unterschiedlich besetzt (vgl. Bedeutungskonkurrenz) und mithilfe von persuasiven Mitteln in Argumentationsmuster eingebettet werden.

¹⁰ Die Abkürzung VN steht für Vereinte Nationen.

4. Empirisch-analytischer Teil

4.1 Quantitative Analyse

In der Auseinandersetzung mit den Wahlprogrammen stellt sich nicht die Frage, *ob* die Parteien zur Barrierefreiheit und Inklusion Stellung beziehen, sondern vielmehr *wie* sie dies tun. Folglich ergibt sich die Notwendigkeit bei der Analyse der Programme tiefgreifender zu differenzieren, um Muster innerhalb des politischen Sprachgebrauchs ableiten zu können. Dafür muss auf Differenzen innerhalb der Bedeutung der Begriffe (Klein 2014: 65) eingegangen werden (vgl. Bedeutungskonkurrenz). Darüber hinaus bedarf es einer Erfassung der Referenzbereiche, in welchen Inklusion und Barrierefreiheit thematisiert werden (s. Anhang 2). Damit sind Einschätzungen möglich, ob eine Komprimierung auf bestimmte Themengebiete erfolgt oder ob diese ganzheitlich in allen Bereichen (gemäß den Forderungen der UN-BRK) mitgedacht werden. Daraus lassen sich die folgenden Hypothesen ableiten:

Hypothese I:

Diejenigen Parteien, die Inklusion und Barrierefreiheit häufiger in ihren Programmen thematisieren, messen den Themen jeweils eine höhere Bedeutung zu.

Hypothese II:

Es liegen unterschiedliche Inklusionsvorstellungen der einzelnen Parteien zugrunde (vgl. Bedeutungskonkurrenz).

4.1.1 Auswahl der Textkorpora

Es haben insgesamt 47 Parteien an der Bundestagswahl 2021 teilgenommen. Für die vorliegende Analyse wird sich auf die Betrachtung der Wahlprogramme der im 20. Bundestag vertretenen Parteien beschränkt. Dazu gehören die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, CDU, CSU sowie die AfD, womit Aussagen über einen Großteil der deutschen Parteienlandschaft möglich sind. Mit einer Eingrenzung auf die erfolgreichsten Parteien (gemessen am jeweiligen Wahlergebnis) können diejenigen Akteur:innen analysiert werden, die inklusionpolitische Themen in den nächsten Jahren auf die Agenda setzen und wichtige Entscheidungen für eine weitere gesetzliche Verankerung der Barrierefreiheit treffen können. Für die vorliegende Analyse werden ausschließlich die Wahlprogramme zur Bundestagswahl und keine weiteren Korpora herangezogen. Es wird die aktuellste Fassung der Programme verwendet, die auf den jeweiligen Websites der Parteien abgerufen werden kann.

4.1.2 Methodische Vorgehensweise

Um sich dem Forschungsgegenstand zu nähern, wird eine Methode aus dem Bereich der lexikometrischen Analyse gewählt. Diese Teildisziplin erschließt „quantitative[...] Beziehungen zwischen lexikalischen Elementen in geschlossenen

Textkorpora“ (Dzudzek et. al 2008: 233; Anmerk. d. Verf.). Dazu zählt u. a. die Frequenzanalyse, welche nachweist, wie häufig bestimmte Lexeme oder Worte innerhalb eines Korpus auftreten. Für die vorliegende Analyse werden zunächst alle Wahlprogramme im Hinblick auf drei verschiedene Suchbegriffe durchleuchtet. Dazu zählen „inklusive/Inklusion“, „barrierefrei/Barrierefreiheit“ und „behindert/Behinderung“. Neben Barrierefreiheit und Inklusion wird das Wort Behinderung berücksichtigt, da sich relevante Themen auch in Abschnitten wiederfinden lassen, in denen die Begriffe Inklusion und Barrierefreiheit nicht vorkommen. Die vollständige Wortliste (vgl. ebd.), die alle Flexionen enthält, die bei der Frequenzanalyse berücksichtigt worden sind, kann dem Anhang entnommen werden (s. Anhang 1). Zunächst wird in allen Wahlprogrammen nach den jeweiligen Suchbegriffen recherchiert und anschließend die absoluten Häufigkeiten pro Partei sowie pro Wortgruppe festgehalten. Dabei wird auf ein manuelles Vorgehen gesetzt, um alle Textstellen auf ihre Validität hin zu überprüfen. Denn nicht alle Textstellen, in welchen beispielsweise „inklusive“ genannt wird, können mitgezählt werden, wenn diese in einem Zusammenhang wie „einschließlich“¹¹ benutzt werden. Gleiches gilt für das Wort „behindert“, sofern dieses in einem Bedeutungskontext wie „stören“ oder „beeinträchtigen“¹² genannt wird. Derartige Textstellen wurden ausgeschlossen, um die Frequenzanalyse nicht zu verfälschen. Die Häufigkeiten der einzelnen Wortgruppen wurden addiert und mit der Software *Jupiter Notebook* ausgewertet. Unter Berücksichtigung aller Worthäufigkeiten ergibt sich das folgende Diagramm:

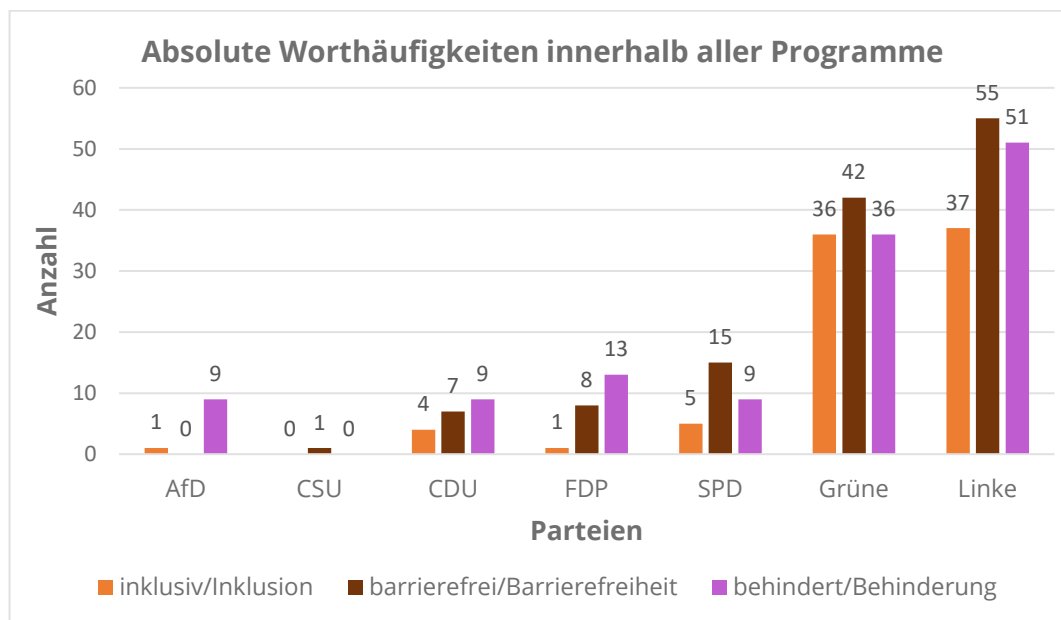


Abbildung 1: Frequenzanalyse Wahlprogramme (eigene Darstellung)

¹¹ Die FDP schreibt beispielsweise in ihrem Wahlprogramm auf Seite 26: „Dazu gehören ebenfalls die Vorgabe von security-by-design inklusive Haftung der Herstellerinnen und Hersteller für Schäden (...)“ (2021).

¹² Dies kann mit einem weiteren Beispiel aus dem FDP-Wahlprogramm auf Seite 12 illustriert werden: „Die Konzentration von Marktmacht auf etablierte und große Unternehmen behindert echten Wettbewerb und Innovation“ (2021).

Das Säulendiagramm zeigt, dass starke Unterschiede zwischen den Parteien in Hinblick auf die Worthäufigkeiten existieren. Gerade konservative Parteien, wie CSU oder AfD, weisen sehr niedrige Werte bei Inklusion und Barrierefreiheit auf. Menschen mit Behinderung thematisieren die AfD und die CDU gleich oft. Die CSU äußert sich kein Mal zur Inklusion oder zu Menschen mit Behinderung. Die FDP nennt Inklusion nur einmal, thematisiert Menschen mit Behinderung aber weitaus häufiger. Die SPD nimmt im Vergleich zu FDP, CDU, CSU und AfD wesentlich öfter Bezug zur Barrierefreiheit, jedoch weitaus weniger, als dies bei den Grünen und der Linken der Fall ist. Die Grünen nennen Inklusion ca. siebenmal häufiger als die Sozialdemokrat:innen, fast dreimal so häufig Barrierefreiheit und Menschen mit Behinderung thematisieren sie viermal so oft im Vergleich zur SPD. Die höchsten Werte über alle drei Wortgruppen hinweg weist die Linke auf.

4.2 Rekapitulation

Bereits auf den ersten Blick kann mithilfe der Frequenzanalyse verdeutlicht werden, welche Parteien sich überhaupt mit Inklusion und Barrierefreiheit auseinandersetzen. Dies kann einen ersten Hinweis darauf geben, welche Parteien jenen Themen mehr Bedeutung beimessen. Hierbei scheint sich eine Tendenz abzuzeichnen: Je „linker“ eine Partei im politischen Spektrum einzuordnen ist, desto häufiger werden Inklusion, Barrierefreiheit und Menschen mit Behinderung thematisiert. Jedoch muss einschränkend erwähnt werden, dass Worthäufigkeiten noch keinen Rückschluss darauf zulassen, wie die einzelnen Parteien Inklusion (sowie Barrierefreiheit) definieren und welche Maßnahmen sie diesbezüglich ergreifen wollen. Darüber hinaus liefert die Betrachtung noch keine Aussage darüber, ob die Themen für die betrachteten Akteur:innen positiv oder negativ konnotiert sind. Daher bedarf es einer dezidierten Auseinandersetzung mit dem politischen Sprachgebrauch, um weitere Muster zu erkennen und die Inklusionsverständnisse rekonstruieren zu können.

4.3 Qualitative Analyse

Hierfür wurden alle Passagen der Wahlprogramme erfasst, die die Wortgruppen „inklusiv/Inklusion“, „barrierefrei/Barrierefreiheit“ sowie „behindert/Behinderung“ enthalten. Alle selektierten Abschnitte können dem Anhang entnommen werden (s. Anhang 3 bis 9). Für die Analyse werden die unter Kapitel 3.2.1 sowie 3.2.2 vorgestellten Kategorien aus dem Bereich der Polito-Linguistik auf die Wahlprogramme angewendet. Weiterhin sind *word clouds* beigefügt, die mithilfe der webbasierten Textanalyse-Software *Voyant Tools*¹³ (Sinclair/Rockwell 2016) erstellt sind. Hierbei sind lediglich die vorselektierten Abschnitte der Wahlprogramme berücksichtigt worden. Die Wortwolken setzen sich aus den am häufigsten

¹³ Abrufbar unter: <https://voyant-tools.org/> (Stand: 24.11.2021).

Innerhalb des politischen Sprachgebrauchs der AfD lassen sich weiterhin pejorative Äußerungen gegenüber Menschen mit Behinderung erkennen. Dies wird im Gesundheitswesen deutlich, wo die AfD vielmehr einen Fokus auf das Umfeld, anstelle der Menschen mit Behinderungen selbst, legt:

Menschen mit Behinderungen sollen in Krankenhäusern und Reha-Einrichtungen besser betreut werden. Dafür sollen die Voraussetzungen für eine soziale Assistenz geschaffen werden, wodurch dann auch die Angehörigen entlastet würden (ebd.: 123).

Die AfD nutzt häufig Begriffe wie „betreuen“ oder „Betreuung“ und betont damit die Angewiesenheit auf Dritte. Weiterhin wird das Verb „entlasten“ eingesetzt, welches voraussetzt, dass Menschen mit Behinderung eine Last darstellen.

Zur Barrierefreiheit bezieht die Partei keinerlei Stellung in ihrem Wahlprogramm. Es gibt keine Textstellen, die die Worte „barrierefrei“ oder „Barrierefreiheit“ enthalten, was darauf hindeuten kann, dass jenes Politikfeld keine Relevanz für die Partei zu besitzen scheint.

Im politischen Sprachgebrauch der AfD wird mit einer subtilen Negativ-Darstellung von Menschen mit Beeinträchtigungen gearbeitet. Gleichzeitig inszeniert sich die AfD als rechtskonservative Partei, die an „Altbewährtem“ festhalten möchte und auf Traditionsbewusstsein setzt. Ein inklusives Schulsystem, das beispielsweise einhergeht mit dem gemeinsamen Lernen von Menschen mit unterschiedlichen Voraussetzungen, wird explizit abgelehnt (Schallenberg et al. 2021: 28). Dies kann darauf hindeuten, dass die Partei eine negative Haltung gegenüber inklusionspolitischen Maßnahmen hegt (vgl. Kapitel 2.4 Inklusionsvorstellungen kontrovers betrachtet).

4.3.2 Die Unionsparteien (CSU, CDU)

Die CSU stellt mit ihrem 16-seitigen Wahlprogramm „Gut für Bayern. Gut für Deutschland“ ihre inhaltlichen Ziele vor. Darin findet sich kein Abschnitt zu inklusionspolitischen Maßnahmen oder Menschen mit Behinderungen. Jedoch äußert sich die Partei zum Thema Barrierefreiheit. Hierbei wird lediglich der Referenzbereich „Mobilität“ angesprochen:

Wir wollen zudem ein weiteres Bundessonderprogramm zum barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen und zum Lärmschutz. So setzen wir Anreize für den Umstieg vom Auto auf die Bahn, überall und für alle (CSU 2021: 7).

Ein weiterführendes Verständnis, dass sich auf den digitalen Bereich bezieht oder sprachliche Barrieren umfasst, lässt sich nicht erkennen. Als Final-Topos wird ein „Bundessonderprogramm“ benannt, welches Barrierefreiheit im Verkehr gewährleisten soll.

Es muss zwar festgehalten werden, dass es sich beim Wahlprogramm der CSU lediglich um ein „Begleitprogramm“ der Union für das Bundesland Bayern handelt. Dennoch zeigt die Nicht-Thematisierung von Inklusion und Menschen mit

Behinderung sowie die sehr komprimierte Behandlung der Barrierefreiheit, dass die Themenfelder nur wenig Priorität für die CSU zu besitzen scheinen.

Die CDU arbeitet mit einem 139-seitigem Programm mit dem Titel „Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland.“ Im Gegensatz zur Schwesterpartei verfolgt die CDU eine stärkere Fokussierung auf Inklusionsthemen:

Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf eine barrierefreie Gestaltung ihrer Umwelt, damit sie am alltäglichen Leben in allen Bereichen ganz selbstverständlich teilhaben und sich einbringen können. [...] Wir wollen erreichen, dass Menschen mit Einschränkungen, ältere Menschen oder zeitweise Erkrankte das tun können, was für alle selbstverständlich ist: den ÖPNV benutzen, einen Geldautomaten aufsuchen oder die Nachrichtensendung verfolgen. Dafür werden wir das Behindertengleichstellungsgesetz weiterentwickeln (CDU 2021: 62).

Die CDU arbeitet mit dem Hochwertwort „teilhaben“ und beschreibt ein weiterführendes Verständnis von Barrierefreiheit, in dem sprachliche Hürden angedeutet werden. Als Final-Topos wird die Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsgesetzes genannt. Darüber hinaus beschreibt die CDU ihre Ziele im Kontext von Gesundheit (ebd.: 64-65), indem allen Bürger:innen ein möglichst barrierearmer Weg zur ärztlichen Versorgung gewährleistet werden soll. Die CDU möchte weiterhin die Schutzbedürftigkeit von Menschen mit Behinderung hervorheben und nimmt eine etwas paternalistische Rolle ein:

Die Menschenrechte gelten universell, sind unteilbar und unveräußerlich. [...] Hierfür wollen wir die Menschenrechtsmechanismen stärken. Kinder, Menschen mit Behinderungen oder Flüchtlinge sind dabei besonders schutzbedürftig (ebd.: 8).

Mit einem Verweis auf die Menschenrechte wird sich eines Autoritäts-Topos bedient, der die eigene Position unterstreichen soll.

Beim Thema Arbeit setzt die CDU auf eine verstärkte Beschäftigung von Menschen mit Behinderung, um dem Fachkräftemangel (Valuations-Topos) zu begegnen (ebd.: 39-40). Darüber hinaus möchte sich die Partei für einen „inkluisiven ersten Arbeitsmarkt“ einsetzen, Schwerbehindertenvertretungen stärker einbezie-



Abbildung 3: Wordcloud Unionsparteien

hen und „das betriebliche Eingliederungsmanagement stärken“ (ebd.: 62). Weiterhin äußert die Partei, die Werkstattlöhne neu berechnen zu wollen (ebd.), sodass Beschäftigte mehr verdienen würden. Konträr dazu steht ein Abschnitt, indem

davon gesprochen wird, dass Menschen mit Behinderung verstärkt für ein ehrenamtliches Engagement gewonnen werden sollen (ebd.: 132-133), welches in den meisten Fällen unentgeltlich erfolgt.

Bei der CDU zeigt sich eine stärkere Thematisierung von Inklusion und Barrierefreiheit im Vergleich zur Schwesterpartei. Insgesamt wird sich einer sehr positiven Ausdrucksweise bedient, die typisch für (ehemalige) Regierungsparteien ist. Versäumnisse werden nicht angesprochen, sondern vielmehr auf die Chancen in der Zukunft verwiesen (vgl. Kungl 2019: 60). Dabei rangiert der politische Sprachgebrauch zwischen Termini wie „Schutzbedürftigkeit“ auf der einen Seite und „Selbstbestimmung“ auf der anderen Seite. Die *word cloud* verdeutlicht, dass sich die Union als Volkspartei möglichst breit aufstellen möchte, was die Anzahl der angesprochenen Themenfelder betrifft, um einen Großteil der der wahlberechtigten Bevölkerung anzusprechen („Wohnungsbau“, „Ehrenamt“, „Arbeit“).

4.3.3 Die Freie Demokrat:innen (FDP)

Die FDP zieht mit einem Wahlprogramm namens „Nie gab es mehr zu tun“ in den Wahlkampf, welches 68 Seiten umfasst. Inklusion wird insgesamt nur einmal im Sportkontext (FDP 2021: 42) genannt. Die Auseinandersetzung mit dem FDP-Programm vermittelt den Eindruck, dass die Partei den Begriff der Inklusion tendenziell meidet und stattdessen einen Fokus auf Barrierefreiheit legt, hierbei v. a. im Kontext der Digitalisierung (ebd.: 67) sowie einer digitalen Verwaltung:

Um digitale Teilhabe für alle Altersgruppen und eine intuitive Bedienbarkeit für alle Internetnutzenden gleichermaßen zu ermöglichen, wollen wir öffentliche Stellen verpflichten, ihre digitalen Angebote standardmäßig barrierearm und idealerweise barrierefrei anzubieten (ebd.).

Weiter heißt es, dass sämtliche „notwendigen Amtsgänge [...] virtuell und barrierefrei möglich [...] sein“ sollen (ebd.: 25-26). Um dies zu unterstreichen, arbeitet die Partei mit dem Hochwertwort „Teilhabe“ und betont, dass barrierearme Zugänge die dafür nötigen Voraussetzungen schaffen. Ein weiteres Anliegen der Liberalen ist die „Selbstbestimmung“, die in verschiedenen



Abbildung 4: Wordcloud FDP

Kontexten angesprochen wird (s. *word cloud*). Zum Thema schulische Inklusion bezieht die Partei Stellung, betont die Wahlfreiheit bezüglich der Schulformen und greift das Hochwertwort „Selbstbestimmung“ erneut auf:

Wir Freie Demokraten wollen Menschen mit Behinderung und Lernschwäche bestmöglich fördern. Die Wahlfreiheit zwischen Regelunterricht und speziellen Klassen beziehungsweise Schulen soll bei Eltern und ihren Kindern liegen. Wir setzen uns daher für den Erhalt dieser ein. Wir möchten dafür sorgen, dass jedes Kind das Bestmögliche aus seinen Potentialen machen kann und gut auf ein möglichst selbstbestimmtes Leben vorbereitet wird (ebd.: 14).

Dieses Argumentationsmuster setzt sich beim Themenfeld Wohnen fort, wo die Freien Demokrat:innen für eine „Wahlfreiheit für Menschen mit Behinderungen“ (ebd.: 64) plädieren. An dieser Stelle wird ebenfalls mit dem Mirandum „Freiheit“ gearbeitet und die Selbstbestimmung des Individuums betont. Die Partei konkretisiert dies weiter im Kontext Mobilität, in dem sie „barrierefreie Mobilität“ mit „Bewegungsfreiheit“ (ebd.: 25) gleichsetzt.

Darüber hinaus thematisiert die FDP den Arbeitskontext (ebd.: 26-27) und die nach wie vor zu geringen Beschäftigungsmöglichkeiten von Menschen mit Beeinträchtigungen in der freien Wirtschaft (Valuations-Topos). Die FDP möchte eine verbesserte „Beratung und Arbeitsvermittlung für Menschen mit Behinderungen“ (ebd.: 28), worauf bereits innerhalb der Schulen hingearbeitet werden müsse. Menschen mit Behinderungen würden „ein großes und zu wenig berücksichtigtes Potential für den ersten Arbeitsmarkt“ (ebd.) darstellen, welches die FDP stärker berücksichtigen möchte. Es wird „ein ganzheitliches Diversity Management (Management der Vielfalt) als Teil der ökonomischen Modernisierung“ (ebd.) gefordert. Damit würden „gleiche Chancen für Aufstieg durch Leistung – unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft, Behinderung, sexueller Orientierung oder Religion“ (ebd.) geschaffen. Gleichzeitig spricht sich die FDP explizit gegen Quotenregelungen aus (ebd.) und möchte hingegen die Einflussmöglichkeiten von Behindertenbeauftragten stärken. Zwar äußert die FDP sich mit positiv-konnotierten Begriffen wie „Diversität“, „Chancen“ oder „Aufstieg“, liefert aber keine konkreten Vorschläge, inwieweit „Diversity Management“ Menschen mit Behinderungen konkret fördert oder die realen Beschäftigungsbedingungen verbessert.

Im politischen Sprachgebrauch der FDP zur Inklusion und Barrierefreiheit dominieren Begriffe wie „Selbstbestimmung“, „Freiheit“ und „Chancen“. Dabei zeigt sich, dass die Partei weitaus häufiger von Barrierefreiheit spricht, während Inklusion kaum erwähnt wird. Dies könnte darauf hindeuten, dass sich Barrierefreiheit besser in das Wertesystem der Liberalen integrieren lässt, z. B. im Kontext der Digitalisierung. An einigen Stellen des FDP-Wahlprogramms klingt eine starke Leistungsorientierung an. Das zeigen Abschnitte, die soziale Aufstiegschancen an Leistungsanforderungen knüpfen, was mit dem Inklusionsgedanken schwer vereinbar scheint. Gleiches gilt für die explizite Ablehnung von Quotenregelungen, um Menschen mit Behinderung zu fördern. Als traditionell wirtschaftsliberale und wettbewerbsorientierte Partei wird das Leistungsprinzip als Maßstab für Teilhabe deklariert, was für eine skeptische Haltung gegenüber des Inklusionsgedankens von Seiten der FDP sprechen könnte (vgl. Kapitel 2.4 Inklusionsvorstellungen kontrovers betrachtet).

4.3.4 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Die SPD tritt mit ihrem 65-seitigen „Zukunfts-Programm“ zur Bundestagswahl an. Ein darin enthaltenes Leitmotiv ist „Respekt“, welches in vielen verschiedenen Kontexten aufgegriffen wird und in der zugehörigen *word cloud* hervortritt:

Wir treten für eine Gesellschaft ein, die von gegenseitigem Respekt getragen wird. Eine Gesellschaft, die, frei von Vorurteilen, alle Bürger*innen gleichermaßen respektiert. Wir schulden einander Respekt, egal ob eine*r studiert hat oder nicht, ob in Deutschland oder woanders, im Osten oder Westen geboren, ob weiblich, männlich oder divers, ob jung oder alt, arm oder reich, ob mit Behinderung oder ohne. Für die Würde und Wertschätzung jeder und jedes einzelnen darf das keinen Unterschied machen (SPD 2021: 5).

Die Partei gibt ein Stück weit ihr Verständnis von Inklusion vor, in dem sie auf die Zugehörigkeit aller Bürger:innen verweist. Es werden normativ-aufgeladene Termini wie „Würde“ und „Wertschätzung“ verwendet (Prinzipien-Topos). Dies bekräftigen die Sozialdemokrat:innen weiter und fordern eine „Gesellschaft, die inklusiv und solidarisch ist“ (ebd.: 65) und die „gegen jede Form der Diskriminierung“ (ebd.) vorgeht. Vor Ausgrenzung wird im Kontext der Digitalisierung gewarnt:

Die Digitalisierung darf die Gesellschaft nicht spalten. Der Zugang zum Netz muss bezahlbar sein. [...] Zur digitalen Teilhabe gehört die Barrierefreiheit. Alle Bürger*innen sollen zur digitalen Selbstbestimmung befähigt werden. Wir brauchen ein Recht auf digitale Bildung und Weiterbildung für alle Generationen (ebd.: 14).

Mit einem Verweis auf die Gefährdungspotenziale durch die Digitalisierung (Spaltung der Gesellschaft) wird sich eines Konsequenzen-Topos bedient, der den



Abbildung 5: Wordcloud SPD

Handlungsbedarf bezogen auf inklusive digitale Bildung hervorhebt. Die Sozialdemokrat:innen benutzen Hochwertwörter wie „Teilhabe“ und „Selbstbestimmung“, um ihren eigenen Standpunkt zu bekräftigen. Darüber hinaus äußert die SPD, hierbei insbesondere Volkshochschulen unterstützen zu wollen, die Bildungsangebote „kostengünstig, barrierefrei, inklusiv“ (ebd.) ausgestalten sollen. Dies wird bekräftigt, in dem „[a]llen Bürger*innen in Deutschland eine mediale Teilhabe“ (ebd.: 50; Anmerk. d. Verf.) garantiert werden soll. Dafür bedarf es „barrierefreier Angebote“ (ebd.), die es ermöglichen, dass

[d]as gesellschaftliche Leben [...] auf allen Ebenen für Menschen mit Behinderung inklusiv gestaltet [wird]. Dabei ist Barrierefreiheit unverzichtbar. [...] Der große Mangel an barrierefreien bzw. armen Wohnraum, [S]porthallen und anderen Freizeiteinrichtungen muss behoben werden. Wir werden ein Bundesprogramm Barrierefreiheit initiieren, das über entsprechende Ressourcen verfügen muss (ebd.: 44; Anmerk. d. Verf.).

Die SPD macht deutlich, dass Inklusion und Barrierefreiheit für sie untrennbar sind. Der Bund wird mit in die Verantwortung genommen, um den „ländlichen Raum“ (ebd.: 38) zu stärken sowie „barrierefreie Wohnformen“ (ebd.) vor Ort zu fördern. Hierfür nennt die Partei einen Final-Topos, das „Bundesprogramm Barrierefreiheit. Im Bereich der Mobilität werden „barrierefreie[...] Mobilitätsstationen“ (ebd.: 11; Anmerk. d. Verf.) in Aussicht gestellt, damit sich alle Bürger:innen „[n]achhaltig, bezahlbar, barrierefrei und verlässlich“ (ebd.; Anmerk. d. Verf.) fortbewegen können.

Weiterhin äußern die Sozialdemokrat:innen, dass

Menschen mit Behinderungen [...] bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten [sollen]. Auch für sie gilt das Recht auf gute Arbeit. Das werden wir durch die Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen und die Weiterentwicklung der Ausgleichsabgabe unterstützen. Viele Menschen mit Behinderungen sind gut oder sogar sehr gut ausgebildet und in Zeiten des Fachkräftemangels begehrte Arbeitskräfte (ebd.: 44; Anmerk. d. Verf.).

Mit dem Ausdruck „Recht auf gute Arbeit“ wird ein kraftvoller Ausdruck gewählt, welcher verdeutlichen soll, dass Menschen mit Behinderung über einen Anspruch auf gute Beschäftigungsbedingungen verfügen. Mit einem Verweis auf den Fachkräftemangel (Valuations-Topos) wird die Notwendigkeit für mehr inklusive Beschäftigungsformen hervorgehoben und mit einem der sozialdemokratischen Kernthemen verbunden, dem Eintreten für die Interessen der Arbeitnehmer:innen. Weiterhin benennt die SPD zusätzliche Final-Topoi, wie eine Ansprechstelle für kleine und mittlere Unternehmen, die zu „Barrierefreiheit und Lohnzuschüssen berät“ (ebd.).

Insgesamt zeigt sich, dass der politische Sprachgebrauch der SPD sehr stark von Termini wie „Wertschätzung“, „Respekt“, „Solidarität“ und „Teilhabe“ geprägt ist, die gleichzeitig wichtige Prinzipien-Topoi der Partei vermitteln. Ähnlich wie bei der Union werden ebenfalls bewusst positive Affirmationen eingesetzt, anstelle von Versäumnissen des vorherigen Regierungsbündnisses unter Beteiligung der SPD zu sprechen. Es wird deutlich, dass die Sozialdemokrat:innen ihr Leitmotiv „Respekt“ mit dem Inklusionsgedanken verbinden und dass Barrierefreiheit als notwendige Voraussetzung für diese Entwicklung angesehen wird. Dabei integrieren die Sozialdemokrat:innen inklusionspolitische Themen in ihr Wertesystem, in dem sie ihre Kernthemen, wie z. B. die Stärkung der Rechte von Arbeitnehmer:innen, gleichermaßen auf Menschen mit Behinderung beziehen.

4.3.5 Bündnis 90/Die Grünen

Die Grünen entwickeln ein 271-seitiges Wahlprogramm mit dem Titel „Deutschland. Alles ist drin“. Auf Seite 112 bis 113 schildert die Partei, dass:

Menschen mit Behinderungen [...] das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe und auf Schutz vor Diskriminierung in allen Bereichen der Gesellschaft [haben]. Auf Basis der UN-Behindertenrechtskonvention und des Grundsatzes der Selbstbestimmung werden wir Inklusion

vorantreiben und wollen deren verbindliche Umsetzung mit einer Enquete-Kommission begleiten (Bündnis 90/Die Grünen 2021; Anmerk. d. Verf.).

Hierbei wird auf die UN-BRK verwiesen (Autoritäts-Topos) und mit dem Hochwertwort „Teilhabe“ gearbeitet. In einem späteren Abschnitt heißt es, dass sich die Partei für die Durchsetzung der UN-BRK auf europäischer Ebene einsetzen möchte (vgl. ebd.: 237-238). Die Partei fordert weiterhin „einen dauerhaften sozialen und inklusiven Arbeitsmarkt, welcher niedrigschwellig und bedarfsgerecht ausgestaltet ist“ (ebd.: 111-112). Die



Abbildung 6: Wordcloud Bündnis 90/Die Grünen

„Selbstvertretungsstrukturen“ von Menschen mit Behinderung sollen gestärkt werden (ebd.: 112-113) und Unternehmen, die nicht genügend schwerbehinderte Beschäftigte einstellen, sollen eine höhere Ausgleichsabgabe zahlen (ebd.). Die geleisteten Zahlungen fließen in Maßnahmen, die „inklusive Beschäftigung“ (ebd.) unterstützen:

Wir wollen das heutige Werkstattssystem zu einem System von Inklusionsunternehmen weiterentwickeln, in dem Menschen mit Behinderungen über die Inanspruchnahme von bedarfsgerechten Nachteilsausgleichen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mindestens auf Mindestlohnniveau ermöglicht wird. Wir werden Arbeitnehmer*innen-Rechte sicherstellen und fördern den Wechsel in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Die Tagesförderstätten¹⁵ wollen wir in diesen Prozess mit einbeziehen (ebd.: 112-113).

Mit der Forderung nach einer Vergütung nach Mindestlohn unterscheiden sich die Grünen klar von anderen Mitbewerber:innen. Mit einem Verweis auf Tagesförderstätten wird deutlich, dass auch diejenigen Personen Beachtung finden, die nicht Teil des Werkstattsystems (WfMB) sind. Menschen in Tagesförderstätten¹⁶ erhalten keinerlei Vergütung und zahlen nicht in die Sozialversicherung ein. Damit ist diese Gruppe von Menschen überproportional von Armut betroffen, da sie keine Rente oder soziale Absicherung erhalten (vgl. Umsetzungsstelle BTHG). Gleichzeitig sollen die Bedingungen in WfMB verbessert werden, wie das Kompositum

¹⁵ In Tagesförderstätten können Menschen mit geistiger und/oder mehrfacher Behinderung tätig sein, die nicht (mehr) in Werkstätten beschäftigt werden können. Dort werden beispielsweise Menschen untergebracht, die nach Paragraph 136 Absatz 3 des 9. Sozialgesetzbuches nicht „die Voraussetzungen für eine Beschäftigung in einer Werkstatt erfüllen“, weil „ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung“ nicht erbracht werden kann.

¹⁶ Abrufbar unter: <https://umsetzungsbegleitung-bthg.de/bthg-kompass/bk-soziale-teilhabe/weitere-leistungen-zur-sozialen-teilhabe/leistungen-zum-erwerb-und-erhalt-praktischer-kenntnisse-und-faehigkeiten/fd6-1008/> (Stand: 08.12.2021).

„Inklusionsunternehmen“ andeutet. Es soll ein positives Bild bei den Rezipient:innen erzeugt werden, das eine rücksichtsvollere und offenere Arbeitswelt als Alternative zum bisherigen System skizziert. Für mehr Sensibilität wird auch im Gesundheitswesen plädiert:

Beispielsweise erhalten Menschen mit Behinderungen häufig nicht alle dringend benötigten Gesundheitsleistungen, Hilfsmittel oder häusliche Pflege und werden so in ihrer Teilhabe beschränkt. Deshalb wollen wir mit einem ressortübergreifenden Inklusionsplan diese Hürden umfassend abbauen [...] (ebd.: 122-123).

Die Grünen fordern ein „inklusiv ausgestaltetes Gesundheitswesen“ (ebd.: 122-123). Dafür arbeitet die Partei mit einem Kompositum „Inklusionsplan“, womit ein Gefühl von Machbarkeit und Determiniertheit vermittelt werden soll. Inwieweit ein neuer Plan beim Abbau von bürokratischen Hürden helfen kann, wird hier nicht ausgeführt. Das Kompositum „ressortübergreifend“ knüpft an den Gedanken einer Enquete-Kommission an, wodurch Inklusion dauerhaft auf Bundesebene Berücksichtigung findet:

Es ist höchste Zeit für eine faire Verteilung von Macht. Unsere repräsentative Demokratie muss diverser werden, unsere Parlamente brauchen die Vielfalt der Herkunft und Lebenswege, die Debatten brauchen die Perspektiven, die daraus entstehen. Wir werden Hürden abbauen damit auch queere Menschen, Nicht-Akademiker*innen, Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationsgeschichte gleichberechtigt und selbstverständlich vertreten sind (ebd.: 177-178).

Die Einordnung „höchste Zeit“ verweist darauf, dass von bisherigen Regierungsparteien entsprechende Veränderungen versäumt worden sind. Darauf aufbauend fordern die Grünen „mehr Zugänge“ (ebd.: 160-161) oder „verstärkte Teilhabe“ in vielen verschiedenen Kontexten. Im Bereich der Mobilität wird die Vorgabe geäußert, die Deutsche Bahn innerhalb der nächsten 10 Jahre barrierefrei auszugestalten (ebd.: 29-30) und zusätzlich digitale Zugänge zu schaffen. Es ist ersichtlich, dass die Grünen nicht nur von Menschen mit Behinderung im Allgemeinen sprechen, sondern gezielt bestimmte (vulnerable) Gruppen berücksichtigen. Dazu gehören Kinder mit Beeinträchtigungen, die die Grünen mit einem „Bundesinklusionsgesetz“ (ebd.: 98-99) finanziell unterstützen möchten. Weiterhin werden Frauen mit Behinderung, die von Gewalt betroffen sind, angesprochen, in dem die „Barrierefreiheit von Frauenhäusern und Beratungseinrichtungen“ (ebd.: 189-190) verbessert werden soll. Insgesamt wird deutlich, dass die Partei viele Randgruppen stärker berücksichtigen möchte, was sich ebenfalls in deren Positionen zur Hochschullandschaft (ebd.: 157-158) widerspiegelt. Die Grünen bescheinigen der Wissenschaftsorganisation in kritischer Perspektive „vorwiegend männlich, weiß, westdeutsch und von Eltern aus akademischen Elternhäusern“ (ebd.) besetzt zu sein (Valuations-Topos):

Dadurch gehen wichtige Potenziale und Perspektiven verloren. Das wollen wir durch die gezielte Förderung von Diversität an Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen, Förderformate für Diversitäts- und Antidiskriminierungspolitik, chancengerechte Zugänge, gleichberechtigte Integration, Inklusion und Perspektivenvielfalt ändern, damit sich die gesellschaftliche Vielfalt auch auf dem Campus widerspiegelt (ebd.).

Es wird mit vielen normativ-aufgeladenen Termini für die eigene Position geworben („Diversität“, „Vielfalt“, „chancengerecht“). Weiterhin formulieren die Grünen einen „Rechtsanspruch auf Weiterbildung“ (ebd.: 107; 152) für Menschen mit Behinderung, der u. a. durch die Volkshochschulen gedeckt werden soll (ebd.: 152) sowie die Forderung nach inklusiven Kindertageseinrichtungen (ebd.: 142). Außerdem soll Auszubildenden mit kognitiven Behinderungen die Möglichkeit gegeben werden, Prüfungen in Leichter Sprache (ebd.: 150-151) zu absolvieren.

Der politische Sprachgebrauch der Grünen weist eine Vielzahl von Komposita auf, wie beispielsweise „Inklusionsunternehmen“, „Inklusionsplan“ oder „Inklusionsziele“, die als Final-Topoi angeführt werden. Solche Wortschöpfungen dienen dazu, sich als „Interessensvertretung“ jener Themen zu inszenieren (Girnth/Hofmann 2016: 11). Auf sprachlicher Ebene soll eine Wertschätzung von Vielfalt zum Ausdruck gebracht werden, weshalb die Grünen von „Perspektivenvielfalt“ oder „Diversitätspolitik“ sprechen und die Zielgruppe inklusionspolitischer Maßnahmen bewusst breit definieren.

4.3.6 Die Linke

Die Linke veröffentlichte ein 162-seitiges Programm unter dem Slogan „Zeit zu handeln! Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit“. Einen Einblick, wie die Linke Inklusion definiert, wird auf Seite 13 gegeben:

Menschlichkeit ist für uns unteilbar: Viele Menschen werden wegen ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft ihrer Armut, ihres Geschlechts, ihres Alters, Glaubens oder ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert, von sozialer und politischer Teilhabe ausgegrenzt. [...] Wir setzen Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt unser Modell einer inklusiven und sozialistischen Gesellschaft entgegen (Linke 2021).

Die Partei fordert die gleichberechtigte „Teilhabe“ (Mirandum) aller Menschen und bringt den Inklusionsgedanken in Verbindung mit ihren gesellschaftspolitischen Vorstellungen des „Sozialismus“. Dabei bekräftigt die Linke die besondere Verantwortung im Bereich der Behindertenpolitik mit einem Verweis auf die NS-Vergangenheit, in welcher zahlreiche Verbrechen an behinderten Menschen im Rahmen des Euthanasie-Programms verübt wurden (ebd.: 119).



Abbildung 7: Wordcloud Die Linke

Weiterhin schildert die Linke, dass „Menschen mit Behinderung [...] überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen“ (ebd.: 19; Anmerk. d. Verf.) seien, was auf mangelnde Barrierefreiheit (ebd.) zurückzuführen sei (Valuations-Topos).

Daher wolle sich die Partei für „einen inklusiven Arbeitsmarkt ohne Sonderstrukturen“ (ebd.) einsetzen. Ihr Vorhaben untermauert die Partei, in dem sie psychisch-kranken Menschen „Zugang zu einem inklusiven Arbeitsmarkt“ (ebd.: 36) ermöglichen möchte. Weiterhin zeigt sich bei der Linken eine weitreichende Definition der Zielgruppe, in dem nicht nur Menschen mit Behinderung im Allgemeinen angesprochen, sondern explizit psychisch-erkrankte Personen, Menschen mit chronischer Erkrankung, queere Menschen (mit und ohne Behinderung) berücksichtigt werden. Darüber hinaus fordert die Linke eine Abschaffung der „Sonderarbeitswelten“ (ebd.: 111). Dieses Kompositum umschreibt einen zweigeteilten Arbeitsmarkt, in dem einige Mitglieder separiert und abgewertet werden. Mit diesem stark wertenden Ausdruck versucht die Partei ihre Vision eines „inklusive Arbeitsmarktes“ noch einmal zu unterstreichen. Weiterhin übt die Partei Kritik an der bisherigen Praxis zur Förderung von Menschen mit Behinderung und nennt mehrere Final-Topoi:

Ein menschenrechtskonformes Bundesteilhabegesetz, das keine Kostenvorbehalte, Einkommens- sowie Vermögensanrechnungen und Zumutbarkeitsprüfungen vorsieht und so tatsächliche Chancengerechtigkeit schafft. Wir wollen, dass die Teilhabeleistungen für Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung bedarfsdeckend sowie einkommens- und vermögensunabhängig [...] finanziert werden (ebd.: 112).

Diese Argumentation setzt sich im Bildungsbereich fort, indem eine „Schule für alle“ (ebd.: 48) gefordert wird und sich für „gemeinsames solidarischeres Lernen statt Konkurrenz und Notendruck“ (ebd.: 46) eingesetzt werden soll (Valuations-Topos). Um diese Forderung zu unterstreichen, plädiert die Linke für einen „Rechtsanspruch auf inklusive Bildung“ (ebd.: 48) und verspricht, „zusätzliche Barrieren“ für Schüler:innen mit Behinderung abzuschaffen:

Inklusion darf nicht davon abhängig gemacht werden, wie viel sie kostet! Bund, Länder und Kommunen müssen ein Investitionsprogramm »Inklusive Bildung« auflegen, um Bildungseinrichtungen umfassend barrierefrei umzubauen und auszustatten. DIE LINKE will eine inklusive Schule, in der alle Kinder und Jugendlichen willkommen sind und gemeinsam mit- und voneinander lernen (ebd.: 48).

Eine ähnliche Auffassung vertritt die Linke auch im Bereich der universitären Bildung. Hier wolle man sich „für eine soziale, demokratische, offene und inklusive Hochschule und Wissenschaftslandschaft“ (ebd.: 52) einsetzen. Weiterhin sollen die „digitalen Beteiligungsmöglichkeiten“ (ebd.: 94-95) von Menschen mit Behinderung verbessert werden, wofür „inklusive digitale Formate“ sowie die dafür benötigten Mittel zur Finanzierung bereitgestellt (ebd.) werden sollen. Mit einer häufigen Verwendung des Anti-Mirandums „Ausgrenzung“ wird auf die benachteiligte Lage von Menschen mit Behinderung hingewiesen und unter Rückgriff auf einen Konsequenzen-Topos (mediale Abhängigkeit) wird eine Kritik an (Groß-)Konzernen geäußert:

Die beschleunigte Digitalisierung der Gesellschaft und die damit in Zusammenhang stehende wachsende mediale Abhängigkeit von profitorientierten Unternehmen bergen hohe Risiken für

das gleichberechtigte Zusammenleben der Menschen. Immer mehr Menschen werden ausgegrenzt – Menschen mit Behinderung, alte Menschen und Menschen – darunter viele Kinder und Jugendliche – aus armen Verhältnissen (ebd.: 94).

Darüber hinaus fordert die Partei „Leichte Sprache“ und „verständliche Patienteninformationen“ (ebd.: 36) als Standard in der medizinischen Versorgung.

Auffallend bei der Linken ist eine häufige Verwendung von negativ-besetzten Begriffen wie beispielsweise „Ausgrenzung“, „Diskriminierung“ oder „Behindertenfeindlichkeit“. Die Partei arbeitet vielfach mit Valuations-Topoi, um die benachteiligte Lage von Menschen mit Beeinträchtigungen zu betonen. Gleichzeitig wird damit die bisherige Praxis bzw. das Regierungshandeln kritisiert, was der Linken die Möglichkeit eröffnet, sich als „Alternative“ zu positionieren. Ein Anknüpfungspunkt zwischen den normativen Überzeugungen der Linken und dem Inklusionsgedanken stellt die Ablehnung des kapitalistischen bzw. leistungsorientierten Gesellschaftssystems dar. Dies wird z. B. anhand von Äußerungen zum Bildungswesen oder zum Erwerbsleben deutlich. Möglicherweise sind diese Überschneidungen ein Erklärungsfaktor dafür, dass die Linke Inklusion und Barrierefreiheit weitaus häufiger thematisiert als andere Parteien und jene Konzepte als besonders anschlussfähig an das eigene Wertesystem empfindet.

4.4 Exkurs: Wahlprogramme leicht verständlich

Parteien, die Barrierefreiheit auf sprachlicher Ebene garantieren wollen, eröffnen die Möglichkeit, ihre Programme entweder in Einfacher, Leichter bzw. leicht verständlicher Sprache zu rezipieren (Bentele 2021). Damit können alle Bürger:innen, unabhängig von kognitiven Beeinträchtigungen oder ihrer jeweiligen Lesekompetenz, die Inhalte der Parteien nachvollziehen (vgl. Bock 2015: 116-117). Dies ist eine wichtige Voraussetzung für den Wahlprozess: Erst wenn alle Menschen Zugang zu den Informationen der Programme haben, können sie eine fundierte Wahlentscheidung treffen (Wegschneider 2013: 219). Daher soll ein Exkurs erfolgen, welche Parteien ihre Wahlprogramme in Einfacher, Leichter bzw. leicht verständlicher Sprache anbieten. AfD¹⁷ und CSU¹⁸ haben keine derartige Fassung erarbeitet. Hingegen bieten CDU¹⁹, FDP²⁰, Grüne²¹, SPD²² und Linke²³ jeweils eine Version in Leichter Sprache an (vgl. Brettschneider/Thoms 2021). Die Linke hat auf ihrer Website zusätzlich eine Fassung in Einfacher Sprache sowie ein Erklärvideo zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus präsentieren FDP und CDU ihre

¹⁷ Abrufbar unter: <https://www.afd.de/wahlprogramm/> (Stand: 06.11.2021).

¹⁸ Abrufbar unter: <https://www.csu.de/aktuell/meldungen/september-2021/unsere-programme/> (Stand: 06.11.2021).

¹⁹ Abrufbar unter: <https://aktion.cdu.de/programmvarianten> (Stand: 06.11.2021).

²⁰ Abrufbar unter: <https://www.fdp.de/nie-gab-es-mehr-zu-tun> (Stand: 17.11.2021).

²¹ Abrufbar unter: <https://www.gruene.de/artikel/wahlprogramm-zur-bundestagswahl-2021> (Stand: 08.11.2021).

²² Abrufbar unter: <https://www.spd.de/zukunftsprogramm/uebersicht/> (Stand: 08.11.2021).

²³ Abrufbar unter: <https://btw2021.die-linke.de/wahlprogramm-2021/> (Stand: 08.11.2021).

Programme in deutscher Gebärdensprache. Sich die jeweiligen Inhalte als Audio-Datei anzuhören, ermöglichen CDU, Grüne und SPD, während die FDP ihre Inhalte als Podcast „#vielzutun – Das Wahlprogramm der FDP“ bereitstellt.

4.5 Parteienvergleich zur Barrierefreiheit und Inklusion

Für den nachfolgenden Vergleich wird sich auf einige wenige Themenfelder beschränkt, jedoch ist eine Auflistung aller Referenzbereiche, welche sich aus der Aufbereitung der Wahlprogramme ergeben haben, dem Anhang zu entnehmen (s. Anhang 2). Insgesamt lässt sich konstatieren, dass sich alle Parteien für mehr Teilhabe von Menschen mit Behinderungen einsetzen möchten, z. B. im Erwerbsleben oder im Gesundheitswesen. Jedoch existieren erhebliche Unterschiede dahingehend, *wie* dies gewährleistet werden soll. Ein direkter Bezug zur UN-BRK lässt sich bei der AfD, den Grünen und der Linken nachweisen, in indirekter Weise auch bei der Union, in dem die CDU auf die Allgemeinen Menschenrechte verweist. Jedoch zeigt sich bei der AfD ein fundamentaler Unterschied im Vergleich zu den anderen Parteien. Deren Bezugnahme auf die Konvention soll aussagen, dass die Forderungen der UN-BRK bereits erfüllt seien. Alle anderen Parteien sehen hingegen in Bezug auf die völkerrechtliche Verpflichtung nach wie vor enormen Handlungsbedarf. Damit nutzen unterschiedliche Parteien den gleichen Autoritätstopos, um damit jeweils verschiedene Standpunkte zu vertreten.

Außerdem verdeutlicht die Analyse, dass gerade die Parteien der politischen Ränder (AfD und Linke) negativ-konnotierte Begriffe in ihrem Sprachgebrauch verwenden (vgl. Bakker 2020: 17). Jedoch muss hierbei festgehalten werden, dass die Linke dies einsetzt, um den Handlungsbedarf in Bezug auf Inklusion, Barrierefreiheit und eine Politik für Menschen mit Behinderung hervorzuheben. Die AfD möchte hingegen durch die Verwendung von negativ-konnotierten Termini eine ablehnende Haltung zum Ausdruck bringen.

Deutliche Unterschiede zeigen sich im Hinblick auf die Inklusion im Bildungswesen. Die AfD lehnt schulische Inklusion klar ab, während die FDP für die Wahlfreiheit der Schulformen plädiert. Alle anderen Parteien (mit Ausnahme der CSU) setzen sich für mehr Inklusion im Schulwesen ein. SPD und Linke gehen noch einen Schritt weiter und eruieren einen „Rechtsanspruch auf inklusive politische Bildung“, während die Grünen einen „Rechtsanspruch auf Weiterbildung“ für Menschen mit Behinderung formulieren.

Weiterhin zeigen sich Differenzen, wie die Zielgruppe definiert wird. Einige Parteien sprechen im Allgemeinen von Menschen mit Behinderung (AfD, FDP, Union und SPD), während die Grünen sowie die Linke weiter differenzieren und Menschen mit Beeinträchtigungen nicht als „homogene Gruppe“ skizzieren. Bei den Grünen werden behinderte Frauen, behinderte Auszubildende, Menschen in Tagesförderstätten und Familien mit behinderten Kindern angesprochen. Bei der Linken werden Menschen mit psychischen und chronischen Erkrankungen

berücksichtigt sowie queere als auch geflüchtete Personen mit Beeinträchtigungen thematisiert. Weiterhin zeigen sich Unterschiede, ob lediglich Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung angesprochen oder ob auch Personen mit geistiger Behinderung thematisiert werden (s. Exkurs: Wahlprogramme leicht verständlich).

In Bezug zur Barrierefreiheit wird deutlich, dass sich fast alle Parteien für mehr Mobilität einsetzen möchten (CSU, CDU, SPD, Linke, Grüne). Digitale Barrierefreiheit wird bei CDU, FDP, SPD, Grünen und der Linken behandelt. Ein weitergehendes Verständnis von Barrierefreiheit, welches sich auch auf sprachliche Hürden bezieht, zeigt sich bei den Grünen, der Linken und indirekt bei der CDU.

5. Diskussion und Rekapitulation der Ergebnisse

Die vorliegende Arbeit dient dazu, den politischen Sprachgebrauch der Parteien zur Barrierefreiheit und Inklusion zu vergegenwärtigen. Zum einen stellt sich die Frage, ob diejenigen Parteien, die Inklusion und Barrierefreiheit häufiger in ihren Programmen thematisieren, den Themen eine höhere Bedeutung beimessen. Zum anderen besteht Klärungsbedarf, ob trotz gleicher Begriffsverwendung unterschiedliche Inklusionsvorstellungen bei den betrachteten Parteien vorliegen (vgl. Bedeutungskonkurrenz).

Die quantitative Untersuchung basiert auf einer Frequenzanalyse, die die Worthäufigkeiten von „Inklusion“, „Barrierefreiheit“ und „Behinderung“ erfasst. Dabei wird eine Tendenz ersichtlich: Je linker eine Partei im politischen Spektrum einzuordnen ist, desto häufiger werden die Themen in den Programmen behandelt. Jedoch kann Hypothese I nur bedingt angenommen werden. Es zeigen sich zwar deutliche Unterschiede bezüglich der Worthäufigkeiten, jedoch sind mithilfe der Frequenzanalyse noch keine Aussagen dahingehend möglich, ob sich positiv oder negativ zu den jeweiligen Themenfeldern geäußert wird. Deshalb erfolgt zusätzlich eine qualitative Analyse unter Rückgriff auf polito-linguistische Methoden und mithilfe einer grafischen Veranschaulichung in Form von *word clouds*. Hierbei wird deutlich, dass es nicht „die eine Partei“ für Inklusion und Barrierefreiheit gibt. Vielmehr positionieren sich alle betrachteten Akteur:innen zu diesen Themengebieten, jedoch mit unterschiedlichen Akzentuierungen und semantischen Profilen. Folglich kann Hypothese II, die eine mögliche Bedeutungskonkurrenz postuliert, als bestätigt angenommen werden. Es zeigt sich erneut eine Tendenz innerhalb der Parteienlandschaft: Je weiter links eine Partei im politischen Spektrum zu lokalisieren ist, desto eher weist sie Präferenzen für Inklusion und Barrierefreiheit auf. Dies kann weiterhin durch die Aufstellung der Referenzbereiche (s. Anhang 2) belegt werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass Inklusion ein genuin linkes Themenfeld darstellt (Jahr 2017: 48). Auch konservative bis rechte Parteien befassen sich damit, nur weniger intensiv. Einige Parteien integrieren Inklusion in ihr jeweiliges

Wertesystem (z. B. die Linke oder die SPD). Die AfD lehnt Inklusion hingegen entschieden ab und grenzt sich damit klar von allen anderen betrachteten Parteien ab. Bei der FDP zeigt sich, dass diese den Inklusionsbegriff eher meidet, während sie sich mit Barrierefreiheit intensiver beschäftigt. Weiterhin bieten fast alle Parteien (mit Ausnahme von AfD und CSU) ihre Programme als Variationen an, die sprachliche Barrierefreiheit gewährleisten können. Dabei bestätigt sich erneut, dass Parteien, die tendenziell linke Inhalte und Werte vertreten (wie SPD, Grüne und Linke), sich eher dem Thema sprachliche Barrierefreiheit zuwenden und dass dies auf Parteien der „bürgerlichen Mitte“ (wie FDP und CDU) ebenfalls zutrifft. Lediglich konservative bis rechte Parteien (wie CSU und AfD) geben sprachlicher Barrierefreiheit keinen Raum, was als Indiz dafür gewertet werden kann, dass dies von weniger Relevanz für die genannten Parteien zu sein scheint.

Die vorliegenden Ergebnisse können erste Hinweise darauf geben, welche Bedeutung Inklusion und Barrierefreiheit für die einzelnen Parteien besitzen. Es sind jedoch keinerlei Aussagen dahingehend möglich, welchen Stellenwert Barrierefreiheit und Inklusion im Vergleich zu anderen Politikfeldern einnehmen. Hierzu hätte eine Frequenzanalyse Auskunft geben können, die die Länge der jeweiligen Programme berücksichtigt. Dabei könnten die Worthäufigkeiten von Inklusion, Barrierefreiheit und Behinderung ins Verhältnis zur Gesamtanzahl an Worten gesetzt werden (vgl. Dzudzek et al. 2008: 240), um zu ermitteln, wie viel Raum jene Themen innerhalb der gesamten Programme einnehmen. Weiterhin wäre ein Bezug zu anderen wichtigen Wahlkampfthemen gewinnbringend, wie z. B. zum Klimawandel oder der Covid 19-Pandemie. Damit wären weitere Einschätzungen möglich, wie priorisiert oder nachrangig Inklusion und Barrierefreiheit im Vergleich zu anderen Politikfeldern behandelt würden (vgl. Konkurrenz zu anderen Politikfeldern).

Weiterhin lohnt sich eine Bezugnahme auf Wahlprogramme aus der Vergangenheit, da anzunehmen ist, dass sich die Politikfeldpräferenzen sowie Sprachstile der Akteur:innen im Laufe der Zeit verändert haben (vgl. Kurella et al. 2013: 7). Mithilfe einer historisch-rekonstruierenden Methodik könnte abgeleitet werden, wie sich die Inklusionsverständnisse der einzelnen Parteien ausgebildet und ggf. gewandelt haben (Hemmelmann 2017: 51ff.). Auch die Berücksichtigung von Programmen für Europa-, Landtags- oder Kommunalwahlen könnte weitere Einblicke bieten, genauso wie eine Analyse der jeweiligen Grundsatzprogramme. Weiterführende Forschungsarbeiten können mit computer-gestützten Textanalysen, wie z. B. *Wordfish*-Verfahren, ideologische Positionierungen räumlich abbilden (Wagemann et al. 2020: 821ff.) und relative Worthäufigkeiten erfassen. Dies könnte die vorliegenden Ergebnisse um weitere Perspektiven und Interpretationsmöglichkeiten bereichern, da diese gegenwärtig nur eine Momentaufnahme des politischen Sprachgebrauchs abbilden. Gleichzeitig muss Erwähnung finden, dass sich die skizzierte Tendenz innerhalb der Parteienlandschaft nur für die betrachteten

Akteur:innen annehmen lässt. Über andere Parteien bzw. deren Sprachgebrauch sowie deren Politikfeldorientierung sind keine Aussagen möglich.

Um jedoch abschließend Aussagen dahingehend treffen zu können, welchen Stellenwert die Themenfelder in der nächsten Legislaturperiode einnehmen werden, ist ein Monitoring der parlamentarischen Abstimmungen sowie der Regierungsarbeit von Nöten. Ein Abgleich der getätigten Versprechen aus den Wahlprogrammen mit den tatsächlichen Handlungen und Gesetzesvorhaben kann darauf hindeuten, inwieweit sich die Bedeutungskonkurrenz in der politischen Praxis manifestiert und, ob mögliche gegensätzliche Parteistandpunkte die weitere gesetzliche Verankerung von Barrierefreiheit und Inklusion hemmen werden.

6. Ausblick

Nach der Bundestagswahl haben die Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen von Bund, Ländern und Kommunen in einer gemeinsamen Presseerklärung²⁴ gezielt Forderungen an die gewählten Volksvertreter:innen gerichtet, worin die zentralen Anliegen der UN-BRK bekräftigt werden. Der Sozialverband Deutschland (SoVD), einer der wichtigsten Interessenvertretungen für die Belange von Menschen mit Behinderungen, fordert die beteiligten Akteur:innen der Koalitionsverhandlungen dazu auf, „[d]as Thema Inklusion [...] von Beginn an ganz selbstverständlich in allen Bereichen“²⁵ mitzudenken.

Im gemeinsamen Sondierungspapier²⁶ von SPD, Grünen und FDP wurden zunächst nur sehr vage Aussagen getroffen, jedoch lassen sich im 178-seitigen Koalitionsvertrag des Ampel-Bündnisses deutlich konkretere Maßnahmen erkennen. Die Koalitionspartner treten für einen „inklusiven Arbeitsmarkt“ (SPD/Bündnis 90 Die Grünen/FDP 2021: 78-79) ein und sprechen sich für ein „diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen“ (ebd.: 85) aus. Weiterhin wird ein Programm für „inklusive Bildung“ (ebd.: 93-94) in Aussicht gestellt. Beim Thema Barrierefreiheit nehmen sich die zukünftigen Regierungsparteien selbst stärker in die Pflicht, indem sie dafür sorgen,

dass Pressekonferenzen und öffentliche Veranstaltungen von Bundesministerien und nachgeordneten Behörden sowie Informationen zu Gesetzen und Verwaltungshandeln in Gebärdensprache übersetzt und untertitelt werden sowie die Angebote in leichter bzw. einfacher Sprache

²⁴ Abrufbar unter: <https://www.sk.sachsen.de/dresdner-positionen-forderungen-der-behindertenbeauftragten-von-bund-und-laendern-an-die-bundesregierung-6362.html> (Stand: 17.10.2021).

²⁵ Abrufbar unter: <https://www.eu-schwerbehinderung.eu/index.php/allgemeines/33-aktuelles/9636-sovd-praesident-das-thema-inklusion-muss-in-den-koalitionsverhandlungen-von-beginn-an-in-allen-bereichen-selbstverstaendlich-mitverhandelt-werden> (Stand: 16.11.2021).

²⁶ Abrufbar unter: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf (Stand: 16.11.2021).

ausgeweitet werden. Dazu richten wir einen Sprachendienst in einem eigenen Bundeskompetenzzentrum Leichte Sprache/ Gebärdensprache ein (ebd.: 78).

Weiterhin sollen ein „Barrierefreiheitsstärkungsgesetz“ (ebd.) entwickelt und die Arbeit der „Bundesfachstelle Barrierefreiheit“ (ebd.) ausgeweitet werden. Gleichzeitig sollen private Unternehmen verstärkt zum Abbau von Hürden verpflichtet werden (ebd.).

Einige Vorschläge aus den Wahlprogrammen haben, trotz unterschiedlicher Vorstellungen der Koalitionspartner über Inklusion und Barrierefreiheit, Einzug in den Koalitionsvertrag gefunden, doch das allein genügt noch nicht. Um die einleitenden Gedanken von Jürgen Dusel, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, in diesem Kontext aufzugreifen, dürfen Inklusion und Barrierefreiheit nicht nur bloße Lippenbekenntnisse oder Aufwertungsversuche der eigenen parteipolitischen Agenda bleiben: „Inklusion ist kein ‚nice to have‘. Sie ist das Fundament unserer Grundordnung“²⁷. Denn nicht zuletzt ist der Umgang mit (bisher) benachteiligten Personen immer auch ein Indiz für die demokratische und humanitäre Qualität einer Gesellschaft (vgl. Hinz 2017: 27).

²⁷ Abrufbar unter: <https://www.fdst.de/aktuellesundpresse/imgespraech/juergen-dusel/> (Stand: 04.12.2021).

Literaturverzeichnis

Das Literaturverzeichnis besteht aus drei Teilen:

Teil I: Wahlprogramme, Sondierungspapier und Koalitionsvertrag

Teil II: Internetveröffentlichungen

Teil III: Monografien, Sammelbände und Zeitschriftenartikel

Wahlprogramme, Sondierungspapier und Koalitionsvertrag

- Alternative für Deutschland (AfD) (2021): Deutschland. Aber normal. S. 210. Online unter: <https://www.afd.de/wahlprogramm/>, abgerufen am: 05.10.2021.
- Bündnis 90/Die Grünen (2021): Deutschland. Alles ist drin. S. 271. Online unter: https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf, abgerufen am: 05.10.2021.
- Christlich-Demokratische Union (CDU) (2021): Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland. S. 139. Online unter: <https://online.fliphtml5.com/kxyi/eyjg/#p=1>, abgerufen am: 05.10.2021.
- Christlich-Soziale Union (CSU) (2021): Gut für Bayern. Gut für Deutschland. S. 16. Online unter: https://www.csu.de/common/download/CSU-Programm_Gut_fuer_Bayern_Gut_fuer_Deutschland_final.pdf, abgerufen am: 05.10.2021.
- Die Linke (2021): Zeit zu handeln! Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit. S. 162. Online unter: https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE_LINKE_Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2021.pdf, abgerufen am: 05.10.2021.
- Freie Demokrat:innen (FDP) (2021): Nie gab es mehr zu tun. S. 68. Online unter: https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-08/FDP_BTW2021_Wahlprogramm_1.pdf, abgerufen am: 06.10.2021.
- Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD) (2021): Aus Respekt vor deiner Zukunft. Das Zukunftsprogramm der SPD. S. 65. Online unter: <https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf>, abgerufen am: 08.10.2021.
- Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD)/Bündnis 90 Die Grünen/Freie Demokrat:innen (FDP) (2021): Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. S. 177. Online unter: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf, abgerufen am: 25.11.2021.
- Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD)/Bündnis 90 Die Grünen/Freie Demokrat:innen (FDP) (2021): Ergebnis der Sondierungen. S. 12. Online unter: <https://cms.gruene.de/uploads/documents/Ergebnis-der-Sondierungen.pdf>, abgerufen am: 16.11.2021.

Internetveröffentlichungen

- Aktion Mensch (2021): Was ist Inklusion? In: <https://www.aktion-mensch.de/>. Online unter: https://www.aktion-mensch.de/dafuer-stehen-wir/was-ist-inklusion?gclid=Cj0KCQjwse-DBhC7ARIsAI8YcWILF5w0sXvHiCWOI2ZTII0M_fzmkTaruwKm8JIV-zhyM_Ur6Sg4d4B4aAtysEALw_wcB, abgerufen am: 11.10.2021.
- Benkert, Christine (2016): Was ist Inklusion aus Sicht verschiedener Disziplinen? In: Hypotheses.org. Online unter: <https://inklusion.hypotheses.org/1539>, abgerufen am: 21.10.2021.
- Bentele, Verena (2021): Wahlkampf für Menschen mit Behinderung: „Barrierefreiheit ist eine Chance für alle“. Online unter: <https://www.deutschlandfunk.de/wahlkampf-fuer-menschen-mit-behinderung-barrierefreiheit-100.html>, abgerufen am: 11.12.2021.
- Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen: Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung. S. 43. Online unter: <https://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/a729-un-konvention.html>, abgerufen am: 02.10.2021.
- Brettschneider, Frank/Thoms, Claudia (2021): Die Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2021 im Vergleich aller Bundestagswahlen seit 1949. Hohenheim: Universität Hohenheim. S. 66. Online unter: https://www.uni-hohenheim.de/uploads/media/Wahlprogramm-Check_2021_Bundestagswahl.pdf, abgerufen am: 12.11.2021.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2016): Der Nationale Aktionsplan 2.0. Berlin: Referat Öffentlichkeitsarbeit und Internet. S. 8. Online unter: <https://www.bmas.de/DE/Soziales/Teilhabe-und-Inklusion/Nationaler-Aktionsplan/nationaler-aktionsplan-2-0.html>, abgerufen am: 26.11.2021.
- Dederich, Markus (2013): Inklusion und das Verschwinden der Menschen. Über Grenzen der Gerechtigkeit. Online unter: https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Menschen_mit_Behinderung/2013_Dederich_Inklusion_und_Verschwinden, abgerufen am: 20.10.2021.
- Deutsches Institut für Menschenrechte (2010): Inklusion als Menschenrecht. In: Online-Handbuch: Inklusion als Menschenrecht. Online unter: <https://www.inklusion-als-menschenrecht.de/index.php?id=310>, abgerufen am: 27.11.2021.
- EU-Schwerbehinderung (2021): Inklusion muss in die Koalitionsverhandlung rein. In: EU-Schwerbehinderung. Online unter: <https://www.eu-schwerbehinderung.eu/index.php/allgemeines/33-aktuelles/9636-sovd-praesident-das-thema-inklusion-muss-in-den-koalitionsverhandlungen-von-beginn-an-in-allen-bereichen-selbstverstaendlich-mitverhandelt-werdend>, abgerufen am: 16.11.2021.

- Fürst Donnersmarck-Stiftung (2018): Interview mit Jürgen Dusel, Bundesbehindertenbeauftragter. In: Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin. Online unter: <https://www.fdst.de/aktuellesundpresse/ingespreech/juergen-dusel/>, abgerufen am: 05.12.2021.
- Kurella, Anna-Sophie/Seher, Nicole Michaela/Pappi, Franz Urban (2013): Wahlprogramme als Quellen für die Politikfeldinteressen deutscher Landtagsparteien. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. S. 23. Online unter: <https://www.mzes.uni-mannheim.de/d7/de/publications/report/wahlprogramme-als-quellen-fur-die-politikfeldinteressen-deutscher-landtagsparteien>, abgerufen am: 21.10.2021.
- Sächsische Staatskanzlei (2021): „Dresdner Positionen“ - Forderungen der Behindertenbeauftragten von Bund und Ländern an die Bundesregierung. In: Pressemitteilung. Online unter: <https://www.sk.sachsen.de/dresdner-positionen-forderungen-der-behindertenbeauftragten-von-bund-und-laendern-an-die-bundesregierung-6362.html>, abgerufen am: 17.10.2021.
- Schallenberg, Peter/Gaßmann, Stefan/Schäfers, Lars (2021): Grundpositionen der sechs im Bundestag vertretenen Parteien zur Bundestagswahl 2021 – Eine Kurzanalyse auf Basis der katholischen Soziallehre anhand ausgewählter Politikfelder. Mönchengladbach: Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle. KSZ. S. 32. Online unter: https://www.ksz.de/wp-content/uploads/2021/07/Grundpositionen-der-sechs-im-Bundestag-vertretenen-Parteien-zur-Bundestagswahl-2021_FINALE-ANALYSE.pdf, abgerufen am: 04.12.2021.
- Statistisches Bundesamt (2021): Öffentliche Sozialleistungen Lebenslagen der behinderten Menschen: Ergebnis des Mikrozensus. Bonn: Statistisches Bundesamt. S. 53. Online unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Behinderte-Menschen/Publikationen/Downloads-Behinderte-Menschen/lebenslagen-behinderter-menschen-5122123199004.pdf?__blob=publicationFile, abgerufen am: 08.12.2021.
- Stéfan, Sinclair/ Rockwell, Geoffrey (2021): Voyant Tools, <https://voyant-tools.org/>, abgerufen am: 30.11.2021.
- Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz (BTHG) (2021): Tagesförderstätten als Einrichtungen der Sozialen Teilhabe. In: Umsetzungsbegleitung BTHG. Online unter: <https://umsetzungsbegleitung-bthg.de/bthg-kompass/bk-soziale-teilhabe/weitere-leistungen-zur-sozialen-teilhabe/leistungen-zum-erwerb-und-erhalt-praktischer-kenntnisse-und-faehigkeiten/fd6-1008/>, abgerufen am: 08.12.2021.

Monografien, Sammelbände und Zeitschriftenartikel

- Bakker, Miranda (2020): „Wir reden Klartext“: Eine komparative politolinguistische Analyse der Parteiprogramme der Alternative für Deutschland und des Forum voor Democratie. Utrecht: Universität Utrecht.
- Bielefeldt, Heiner (2009): Zum Innovationspotenzial der UN-Behindertenrechtskonvention. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.
- Bittlingmayer, Uwe H./Sahrai, Diana (2017): Inklusion als Anti-Diskriminierungsstrategie. In: Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/Yüksel, Gökçen (Hg.): Handbuch Diskriminierung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 683–699.
- Bock, Bettina (2015): Barrierefreie Kommunikation als Voraussetzung und Mittel für die Partizipation benachteiligter Gruppen – Ein (polito-)linguistischer Blick auf Probleme und Potenziale von „Leichter“ und „einfacher Sprache“. In: Linguistik Online 73.
- Bock, Bettina/Fix, Ulla/Lange, Daisy (Hg.) (2017): „Leichte Sprache“ im Spiegel theoretischer und angewandter Forschung. Berlin: Frank & Timme, Verlag für Wissenschaftliche Literatur.
- Bösl, Elsbeth (2010): Die Geschichte der Behindertenpolitik in der Bundesrepublik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 23, S. 6–12.
- Buchner, Tobias/Koenig, Oliver/Schuppener, Saskia (Hg.) (2016): Inklusive Forschung: Gemeinsam mit Menschen mit Lernschwierigkeiten forschen. Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt.
- Burkhardt, Armin (1996): Politolinguistik. Versuch einer Ortsbestimmung. In: Sprachstrategien und Dialogblockaden. Linguistische und politikwissenschaftliche Studien zur politischen Kommunikation. Berlin/New York. S. 75–100.
- Downs, Anthony (1957): An economic theory of democracy. Nachdruck. Boston: Addison Wesley.
- Dzudzek, Iris/Glasze, Georg/Mattisek, Annika/Schirmel, Henning (2009): Verfahren der lexikometrischen Analyse von Textkorpora. In: Glasze, Georg/Mattisek, Annika (Hg.): Handbuch Diskurs und Raum. transcript Verlag. S. 233–260.
- Felder, Marion/Schneiders, Katrin (2016): Inklusion kontrovers: Herausforderungen für die Soziale Arbeit. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag.
- Fritzsche, Peter K. (2009): Rechte von Menschen mit Behinderung. In: Menschenrechte. 2. Auflage. Paderborn: Ferdinand Schöningh. S. 140–142.

- Georgi, Viola B. (2015): Integration, Diversity, Inklusion: Anmerkungen zu aktuellen Debatten in der deutschen Migrationsgesellschaft. In: *diezeitschrift.de*, S. 25–27.
- Girnth, Heiko (2015): Sprache und Sprachverwendung in der Politik: eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Berlin: De Gruyter.
- Girnth, Heiko/Hofmann, Andy Alexander (2016): Politolinguistik. Heidelberg: Universitätsverlag Winter.
- Hemmelmann, Petra (2017): Der Kompass der CDU: Analyse der Grundsatz- und Wahlprogramme von Adenauer bis Merkel. Wiesbaden: Springer Verlag.
- Hinz, Andreas (2010): Inklusion – historische Entwicklungslinien und internationale Kontexte. In: Hinz, Andreas/Körner, Ingrid/Niehoff, Ulrich (Hg.): Von der Integration zur Inklusion. Grundlagen – Perspektiven – Praxis. 1. Auflage. Marburg: Lebenshilfe-Verlag. S. 33–52.
- Jahr, David (2017): Der Ort der Inklusion in den politischen Grundorientierungen der modernen Demokratie – ein Diskussionsvorschlag. In: *Leistung inklusive? Inklusion in der Leistungsgesellschaft*. Bad Heilbronn: Verlag Julius Klinkhardt. S. 48–56.
- Kämper, Heidrun Deborah (2017): Das Grundsatzprogramm der AfD und seine historischen Parallelen: Eine Perspektive der Politolinguistik. In: *Sprachreport* 33, S. 1–21.
- Köpfer, Andreas/Powell, Justin J. W./Zahnd, Raphael (Hg.) (2021): *Handbuch Inklusion international: globale, nationale und lokale Perspektiven auf inklusive Bildung*. Opladen Berlin Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Kungl, Philipp (2019): „Populistische“ Vermittlung von Fachinhalten: Eine linguistische Analyse von Parteiprogrammen und Gesetzesentwürfen der AfD im Parteienvergleich. Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg: Heidelberg. S. 106.
- Maaß, Christiane/Rink, Isabel (2020): Barrierefreiheit. In: Hartwig, Susanne (Hg.): *Behinderung*. Stuttgart: J.B. Metzler. S. 39–43.
- Maurer, Marcus (2009): Wissensvermittlung in der Mediendemokratie. Wie Medien und politische Akteure die Inhalte von Wahlprogrammen kommunizieren. In: Marcinkowski, Frank/Pfetsch, Barbara (Hg.): *Politik in der Mediendemokratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 151–173.
- Miller, A. (2018): Text Mining Digital Humanities Projects: Assessing Content Analysis Capabilities of Voyant Tools. In: *Journal of Web Librarianship* 12, S. 169–197.

- Niehr, Thomas (2015): Politolinguistik und/oder Sprachkritik? Das Unbehagen in und an der Deskriptivität. In: Linguistik Online 73, S. 139–152.
- Rölle, Daniel (2002): Nichts Genaues weiss man nicht!?: Über die Perzeption von Wahlprogrammen in der Öffentlichkeit. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 54, S. 264–280.
- Schattschneider, Elmer Eric (2004): Party government: American government in action. New Brunswick: Transaction Publishers.
- Sinclair, Stéfan/Rockwell, Geoffrey (2016): Text Analysis and Visualization: Making Meaning Count. In: A New Companion to Digital Humanities, S. 274–290.
- Thomson, Robert/Royed, Terry/ Elin, Naurin/Artés, Joaquín/Ferguson, Mark/Kostadinova, Petia/Moury, Catherine (2012): The Program-to-Policy Linkage: A Comparative Study of Election Pledges and Government Policies in Ten Countries. In: American Political Science Association, S. 1–31.
- Trescher, Hendrik (2018): Kognitive Beeinträchtigung und Barrierefreiheit: eine Pilotstudie. Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt.
- Wagemann, Claudius/Goerres, Achim/Siewert, Markus B. (Hg.) (2020): Handbuch Methoden der Politikwissenschaft. Wiesbaden: Springer Verlag.
- Weeke, Bastian (2011): Die Textstrategie als Grundkategorie linguistischer Textanalyse. In: Norddeutsches Linguistisches Kolloquium (NLK): Proceedings, S. 12. Norddeutsches Linguistisches Kolloquium.
- Wegscheider, Angela (2013): Politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen. In: Sozialwissenschaftliche Rundschau, S. 216–234.
- Wehling, Elisabeth (2016): Politisches Framing: Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Zick, Andreas (2017): Die Macht des Vorurteils oder: Menschenfeindliche Inklusionsvorstellungen. In: Leistung inklusive? Inklusion in der Leistungsgesellschaft. Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt. S. 26–38.

Anhang

- Anhang 1: Wortliste
- Anhang 2: Aufstellung der Referenzbereiche
- Anhang 3: Auszüge Wahlprogramm AfD
- Anhang 4: Auszüge Wahlprogramm CSU
- Anhang 5: Auszüge Wahlprogramm CDU
- Anhang 6: Auszüge Wahlprogramm FDP
- Anhang 7: Auszüge Wahlprogramm SPD
- Anhang 8: Auszüge Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen
- Anhang 9: Auszüge Wahlprogramm Die Linke

Anhang 1: Wortliste

Inklusion

- Bundesinklusionsgesetz;
- Inklusion;
- Inklusionsplan, Inklusionspläne;
- Inklusionsunternehmen;
- Inklusionsziel, Inklusionsziele;
- inklusiv, inklusive, inklusives, inklusiver, inklusiven.

Barrierefreiheit

- barrierearm, barrierearme, barrierearmer, barrierearmen;
- barrierefrei, barrierefreie, barrierefreier; barrierefreien;
- Barrierefreiheit;
- Barrierefreiheits-Gesetz;
- IT-Barrierefreiheit.

Behinderung

- behindert, behinderte, behinderten;
- Behinderung, Behinderungen;
- Behindertenbeauftragte, Behindertenbeauftragter, Behindertenbeauftragten;
- Behindertenfeindlichkeit;
- behindertengerecht;
- Behindertengleichstellungsgesetz;
- Behindertenpolitik;
- Mehrfachbehinderung, Mehrfachbehinderungen;
- nichtbehindert, nichtbehinderte, nichtbehinderten;
- schwerbehindert, schwerbehinderte, schwerbehinderten;
- Schwerbehinderung, Schwerbehinderungen;
- Schwerbehindertenvertretung, Schwerbehindertenvertretungen;
- UN-Behindertenrechtskonvention.

Anhang 2: Aufstellung der Referenzbereiche

	Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU	CSU	AfD
Barrierefreiheit (Wortfamilie: barrierefrei; Barrierefreiheit)	Ältere Menschen; Arbeit; Bildung; Datenschutz; Digitalisierung; Frauenrechte; Gesellschaft; Gesundheit; Kinder; Kultur; Medien; Menschenrechte; Minderheitenschutz; Mobilität; Sport; Staatliche Leistungen; Wahrecht; Wohnen; UN-BRK	Bildung; Digitalisierung; Frauenrechte; Gesellschaft; Gesundheit; Mobilität; Sport; Verwaltung; Wohnen;	Arbeit; Digitalisierung; Gesellschaft; Mobilität; Wohnen	Digitalisierung; Mobilität; Verwaltung	Gesundheit; Sport; Wohnen	Mobilität	/
Inklusion (Wortfamilie: inklusiv; Inklusion)	Arbeit; Bildung; Digitalisierung; Frauenrechte; Gesellschaft; Gesundheit; Kultur; Medien; Mobilität; Sport; Staatliche Leistungen; Wohnen; UN-BRK	Arbeit; Bildung; Digitalisierung; Gesellschaft; Gesundheit; Kultur; Leichte Sprache; Minderheitenschutz; Mobilität; Staatliche Leistungen; Sport; Verwaltung; Wirtschaft; Wohnen	Bildung; Digitalisierung; Gesellschaft; Sport; Wohnen;	Sport	Arbeit; Mobilität; Sport	/	Bildung; UN-BRK
Menschen mit Behinderung (Wortfamilie: behindert; Behinderung)	Arbeit; Bildung; Digitalisierung; Frauenrechte; Gesellschaft; Gesundheit; Kultur; Leichte Sprache; Medien; Menschenrechte; Minderheiten; Mobilität; NS-Vergangenheit; Pflege; Repräsentation; Sport; Staatliche Leistungen; Wohnen; UN-BRK	Arbeit; Bildung; Familie; Frauenrechte; Gesellschaft; Gesundheit; Kirche; Minderheitenschutz; Mobilität; Pflege; Repräsentation; Wohnen; UN-BRK	Arbeit; Bildung; Gesellschaft; Pflege;	Arbeit; Bildung; Mobilität; Wohnen;	Arbeit; Ehrenamt; Menschenrechte; Mobilität	/	Arbeit; Bildung; Gesundheit; UN-BRK

Anhang 3: Auszüge Wahlprogramm AfD

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Inklusion / Behindert	Bildung UN-BRK	Überschrift: „Keine ideologisch motivierte Inklusion: Förder- und Sonderschulen erhalten Die Forderung der Vereinten Nationen, behinderten Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren, ist in Deutschland bereits erfüllt. Kinder mit besonderem Förderbedarf erhalten in der Förderschule eine umfassende Unterstützung, die die Regelschule nicht leisten kann. Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen ein. Die Förderschule muss wieder zum Regelfall für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden.“	S. 150
Behinderung / Behindert	Arbeit	Überschrift: „Mehr Arbeitsplätze mit fairer Entlohnung für schwerbehinderte Menschen Trotz der gesetzlichen Verpflichtung, Arbeitsplätze für behinderte Menschen vorzuhalten, ist die Zahl der arbeitslosen schwerbehinderten Menschen deutlich zu hoch. Um echte Teilhabe für behinderte Menschen am Arbeitsleben zu verwirklichen, fordert die AfD die Schaffung von Anreizen in Form eines Bonussystems für alle Arbeitgeber für die Einrichtung von mehr Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung, gekoppelt mit einer fairen Entlohnung.“	S. 122 - 123
Behinderung	Gesundheit	Überschrift: „Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen in Krankenhäusern Menschen mit Behinderungen sollen in Krankenhäusern und Reha-Einrichtungen besser betreut werden. Dafür sollen die Voraussetzungen für eine soziale Assistenz geschaffen werden, wodurch dann auch die Angehörigen entlastet würden.“	S. 123

Anhang 4: **Auszüge Wahlprogramm CSU**

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Barrierefrei	Mobilität	Überschrift: „Wir entwickeln aus alten Bahnstrecken neue Mobilität. (...) Wir wollen zudem ein weiteres Bundesson- derprogramm zum barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen und zum Lärmschutz. So setzen wir Anreize für den Umstieg vom Auto auf die Bahn, überall und für alle.“	S. 7

Anhang 5: Auszüge Wahlprogramm CDU

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Inklusiv / Inklusion / Behinderung	Mobilität Arbeit	<p>Überschrift: „Inklusion im Alltag leben</p> <p>Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf eine barrierefreie Gestaltung ihrer Umwelt, damit sie am alltäglichen Leben in allen Bereichen ganz selbstverständlich teilhaben und sich einbringen können.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir wollen erreichen, dass Menschen mit Einschränkungen, ältere Menschen oder zeitweise Erkrankte das tun können, was für alle selbstverständlich ist: den ÖPNV benutzen, einen Geldautomaten aufsuchen oder die Nachrichtensendung verfolgen. Dafür werden wir das Behindertengleichstellungsgesetz weiterentwickeln. • Unser Ziel ist ein inklusiver erster Arbeitsmarkt. Das Potenzial von Fachkräften mit Behinderungen bleibt vielfach noch immer ungenutzt. Gemeinsam mit den Schwerbehindertenvertretungen wollen wir das betriebliche Eingliederungsmanagement stärken sowie Frühwarnsysteme und effiziente Präventivmaßnahmen ausbauen. • Werkstätten für behinderte Menschen sind wichtig, weil sie dort am Arbeitsleben teilnehmen können. Für ein zukunftsfähiges Entgeltsystem werden wir die Berechnung des Werkstattlohns neu regeln und gleichzeitig die derzeitige Deckelung des Arbeitsförderungsgeldes aufheben. Damit haben die Werkstattbeschäftigten mehr Geld in der Tasche und die Werkstätten werden finanziell entlastet. • Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch ein Recht auf digitalen Zugang hat, auch Menschen, die in Einrichtungen leben. Eine barrierefreie Medienvielfalt in Deutschland spielt für uns eine zentrale Rolle. Menschen mit Behinderungen sollen ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung wahrnehmen können.“ 	S. 62
Inklusion / Barrierefreiheit	Sport	<p>Überschrift: „Engagierte Sportförderung</p> <p>Sport und Bewegung stärken die Gesundheit, das soziale Miteinander, die Bildung, die Inklusion, die Integration und damit den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Acht Millionen Menschen engagieren sich in mehr als 90.000 Sportvereinen und leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag für das Gemeinwohl und eine lebendige Zivilgesellschaft. Pandemiebedingt haben viele Kinder und Erwachsene ihren Sport schmerzlich vermisst, Sportvereine und Sportstättenbetreiber wurden stark gebeutelt.</p>	S. 138 - 139

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<ul style="list-style-type: none"> • Wir werden die Sportentwicklung in allen Bereichen unterstützen und vor allem die Gesundheitsprävention ausbauen. • Die Sportvereine sollen wieder voll durchstarten können. Deshalb werden wir sie bei der Bindung und Neugewinnung von Mitgliedern unterstützen. • Den Sanierungsstau der kommunalen und vereinseigenen Sportstätten und Schwimmbäder werden wir mit besonderem Fokus auf energetische Sanierung, Barrierefreiheit und Digitalisierung nachhaltig abbauen. • Den aufstrebenden E-Sport werden wir in Deutschland stärker unterstützen. • Damit der Sport seine gesellschaftliche Funktion erfüllen kann, braucht es engagierte Trainer und Übungsleiter. Wir werden für eine steuerliche Förderung ihrer Aus- und Weiterbildung sowie für ihre berufliche Anerkennung sorgen. Ebenso werden wir die Programme gegen Diskriminierung und Rassismus und für Integration und Inklusion fortsetzen und stärker fördern. <p>(...)</p>	
Barrierefrei	Gesundheit	<p>Überschrift „Krankenhäuser und ambulante Versorgung stärken</p> <p>Deutschlands Krankenhäuser sind in Stadt und Land ein wichtiger Anker der medizinischen Versorgung. Im Einklang mit Rehabilitationseinrichtungen, niedergelassenen Ärzten und Pflegeeinrichtungen haben sie bei der Bewältigung der Pandemie den Menschen in unserem Land einen großen Dienst erwiesen. Die Krankenhäuser sind zusammen mit der leistungsfähigen ambulanten Versorgung das Rückgrat unseres Gesundheitswesens.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir wollen, dass die Ziele einer bedarfsgerechten und flächendeckenden Grund- und Regelversorgung in der Krankenhausplanung und insbesondere – in der Krankenhausfinanzierung wesentlich stärker berücksichtigt werden, gerade mit Blick auf den ländlichen Raum. • Gleichzeitig wollen wir im Interesse der Patientensicherheit für komplexe Behandlungen eine stärkere Bündelung entsprechender klinischer Angebote. • Die mit dem Krankenhauszukunftsgesetz in der Pandemie begonnene Offensive des Bundes für mehr digitale Investitionen in den Krankenhäusern wollen wir weiterführen und verstärken. Mit dem virtuellen Krankenhaus wollen wir medizinisches Spezialwissen überall im Land gleichermaßen verfügbar machen. Televisiten und digitale fachliche Beratungen zwischen mehreren Ärzten eröffnen neue Perspektiven zur besseren 	S. 64 - 65

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<p>Patientenversorgung vor Ort und können Erkrankten eine Verlegung ersparen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir sorgen dafür, dass alle Bürgerinnen und Bürger einen digitalen, wohnortnahen und möglichst barrierefreien Weg, zum Beispiel zur Haus-, Fach-, Zahnarzt- und Notfallversorgung, zu Apotheken, Hebammen, Physiotherapeuten, Gesundheitshandwerken und Sanitätshäusern haben. Wir setzen uns verstärkt für den flächendeckenden Ausbau des psychotherapeutischen Behandlungsangebots für Kinder und Jugendliche ein. • Die Kompetenzen der Heil- und Hilfsmittelerbringer werden wir stärker nutzen.“ 	
Barrierefrei	Wohnen	<p>Überschrift: „Nachhaltig, bezahlbar und altersgerecht bauen</p> <p>Nachhaltig und bezahlbar bauen heißt für uns, umweltfreundliche Baustoffe zu verwenden und flexibel Bauland auszuweisen, aber den Flächenverbrauch gering zu halten, barrierefrei zu bauen und den sozialen Wohnungsbau zu fördern.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir wollen das Bauen mit Holz und die Verwendung von Recyclingmaterial deutschlandweit stärker vorantreiben. Die Bauwirtschaft soll zu einer Kreislaufwirtschaft werden, die auf mehr heimischen Baustoffen – wie zum Beispiel Sand, Gips und Holz – basiert und Recyclingmaterial in Bauteilen nutzt. • Wir wollen das große Potenzial von Nachverdichtung, Aufstockung von Gebäuden, An- und Ausbauten, Überbauung von Parkplätzen und Supermärkten und der Brachflächenentwicklung ausschöpfen. Deshalb werden wir die Brachlandentwicklung im Rahmen der Städtebauförderung verstärken und die Nachverdichtung fördern. • Mit dem Baulandmobilisierungsgesetz ist es für Kommunen einfacher geworden, Bauland auszuweisen und auch innerörtliche Flächen zu mobilisieren. Wir wollen ihre Möglichkeiten – unter Beachtung des Grundsatzes Innen- vor Außenentwicklung – noch weiter vergrößern und ihnen noch mehr Flexibilität einräumen. • Wir werden den sozialen Wohnungsbau weiter fördern und das Wohngeld ab 2022 regelmäßig anpassen. Wohnraum muss auch für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar sein. Beim sozialen Wohnungsbau werden wir mit den Ländern erörtern, ob sie auf jeden Bundes-Euro mindestens einen Euro drauflegen und zweckgebunden einsetzen. • Uns ist wichtig, dass Menschen möglichst lange in der eigenen Wohnung, im Haus oder im angestammten Wohnviertel leben können. Deshalb werden wir die dafür erforderlichen Investitionen in den altersgerechten 	S. 125 - 126

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<p>und barrierefreien Umbau – insbesondere über KfW-Programme – unterstützen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir wollen mehr Flächen für den Wohnungsbau mobilisieren. Dazu werden wir prüfen, wie Grundbesitzer, die landwirtschaftliche Flächen für Bauland zur Verfügung stellen, die dabei erzielten Einnahmen steuerbegünstigt in den Mietwohnungsbau reinvestieren können. So entlasten wir Städte und Ballungsräume.“ 	
Behinderung	Menschenrechte	<p>Überschrift: „Universelle Geltung der Menschenrechte durchsetzen</p> <p>Die Menschenrechte gelten universell, sind unteilbar und unveräußerlich. Dem Versuch autoritärer Staaten, diesen Konsens aufzuweichen, treten wir entschieden entgegen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hierfür wollen wir die Menschenrechtsmechanismen stärken. Kinder, Menschen mit Behinderungen oder Flüchtlinge sind dabei besonders schutzbedürftig. • Wir wollen auch dem Menschenrecht auf Religionsfreiheit weltweit Geltung verschaffen und die kritische Lage religiöser Minderheiten verbessern. Insbesondere werden wir uns weiterhin beharrlich für verfolgte Christen einsetzen.“ 	S. 8
Behinderung	Arbeit	<p>Überschrift: „Fachkräfte sichern</p> <p>Damit wir auch in Zukunft die Fachkräfte haben, die unser Land braucht, setzen wir unter anderem auf gute berufliche Ausbildung, die zunehmende Beschäftigung von Frauen, Älteren und Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt, die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen sowie den gesteuerten Zuzug gut ausgebildeter und leistungsbereiter Menschen aus den Mitgliedstaaten der EU und aus außereuropäischen Staaten. Deutschland ist noch zu wenig Zielland für die klugen Köpfe der Welt.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir wollen die Potenziale der Binnenmarktmigration heben mit gezielten Sprach- und Qualifizierungsangeboten in ihren EU-Heimatländern. • Wir wollen unsere Auslandsinstitutionen stärker zu aktiven Botschaftern unseres Landes machen. Deutsche Unternehmen, Außenhandelskammern, deutsche Botschaften und Generalkonsulate, Goethe-Institute, Schulen im Ausland und den Deutschen Akademischen Austauschdienst wollen wir dazu ermutigen, überall für Deutschland zu werben und über Möglichkeiten des Studiums und der Ausbildung in unserem Land zu informieren. • Im Rahmen eines Pilotprojekts sollen „Fachkräfteeinwanderungs-Attachés“ an ausgewählten deutschen 	S. 39 - 40

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<p>Botschaften in Drittstaaten ernannt werden. Sie sollen intensiv über die qualifizierte Zuwanderung nach Deutschland informieren und zuwanderungswillige Fachkräfte, beispielsweise im IT-Bereich, unterstützen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir werden Möglichkeiten fördern, damit Schüler der Deutschen Auslandsschulen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, für ein Jahr nach Deutschland kommen und hier bei uns die Schule besuchen können („Deutschland-Jahr Stipendium“). • Damit das Fachkräfteeinwanderungsgesetz seine volle Wirkung entfalten kann, werden wir die Anerkennung von Abschlüssen und die Zertifizierung von Qualifikationen verbessern und das Antragsverfahren digitalisieren. Informationen zum Anerkennungsverfahren wollen wir frühzeitig vermitteln. • Für eine gezielte und gesteuerte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt setzen wir weiterhin am Fachkräftebedarf von Mittelstand und Industrie an und berücksichtigen Qualifikation, Alter, Sprachkenntnisse, den Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzangebotes und die Sicherung des Lebensunterhaltes. Davon zu trennen ist die Hilfe für Menschen in Not. Das Asylrecht ist ein individuelles Schutzrecht und kein Ersatzeinwanderungsrecht.“ 	
Behinderung	Ehrenamt	<p>Überschrift: „Ehrenamt fördern</p> <p>Bürgerschaftliches, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement gehört zu den zentralen Elementen einer lebendigen Demokratie. Es ist eine der wesentlichen Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wir haben das Ehrenamt immer gefördert und neue Formate – wie etwa die Mehrgenerationenhäuser, den Bundesfreiwilligendienst und die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt – ins Leben gerufen. Der Erfolg spricht für sich: Heute engagiert sich fast jede dritte Person ab 17 Jahren ehrenamtlich. Die Zahl der ehrenamtlich Tätigen steigt weiter an.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir wollen noch mehr junge Erwachsene für den Dienst an der Gesellschaft gewinnen. Wir wollen die Attraktivität der Freiwilligendienste – etwa durch die Anpassung des Taschengelds, eine breite Angebotsauswahl und eine hohe Qualität der Angebote – weiter steigern und einen Rechtsanspruch einführen. Über die Möglichkeiten der Freiwilligendienste soll vermehrt schon in den Schulen informiert werden. • Vorhaben, die das Ehrenamt unterstützen und auch in strukturschwachen und ländlichen Regionen von besonderer Bedeutung sind, werden wir fördern. Neben den Aktivitäten der Deutschen Stiftung für 	S. 132 - 133

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<p>Engagement und Ehrenamt werden wir daher die Einrichtung von Anlaufstellen für das Ehrenamt in Kreisen und Gemeinden flankierend begleiten. Sie können die Ehrenamtlichen beraten, ihnen die Arbeit erleichtern und bei der Vernetzung und Qualifizierung helfen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zugleich wollen wir mehr Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und Menschen mit Behinderung für das Ehrenamt gewinnen.“ 	

Anhang 6: Auszüge Wahlprogramm FDP

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Inklusion	Sport	Überschrift: „Werte im Sport schützen Wir Freie Demokraten wollen Werte im Sport schützen: Fair-play, Respekt, Gewaltfreiheit und Antidiskriminierung müssen zu selbstverständlichen und gesellschaftlich anerkannten Leitlinien des Verhaltens aller am Sportleben Beteiligten werden. Dazu erwarten wir neben den Beiträgen der Politik vor allem zielführende Beiträge der beim Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) neu gegründeten unabhängigen Ethik-Kommission. In Zeiten der Coronapandemie ist der Zusammenhalt der Gesellschaft an vielen Stellen gewachsen. Gerade im Sport besteht die Chance, soziale Kompetenzen, Integrationsbereitschaft und Inklusion nachhaltig zu vermitteln.“	S. 42
Behinderung	Bildung	Überschrift: „Förderung für Menschen mit Behinderung und Lernschwäche Wir Freie Demokraten wollen Menschen mit Behinderung und Lernschwäche bestmöglich fördern. Die Wahlfreiheit zwischen Regelunterricht und speziellen Klassen beziehungsweise Schulen soll bei Eltern und ihren Kindern liegen. Wir setzen uns daher für den Erhalt dieser ein. Wir möchten dafür sorgen, dass jedes Kind das Bestmögliche aus seinen Potentialen machen kann und gut auf ein möglichst selbstbestimmtes Leben vorbereitet wird.“	S. 14
Behinderung	Bildung	Überschrift: „Diversität in der Wissenschaft Wir Freie Demokraten wollen in der Wissenschaft für mehr Diversität sorgen, denn Forschung lebt auch vom Perspektivwechsel. Doch leider zahlen die außeruniversitären Forschungsorganisationen immer noch lieber die Ausgleichsabgabe, anstatt fünf Prozent der Arbeitsplätze mit Menschen mit Behinderungen zu besetzen.“	S. 19
Behinderung / Barrierefrei	Mobilität	Überschrift: „Barrierefreiheit im öffentlichen Raum Wir Freie Demokraten fordern die vollständige und umfassende Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, denn barrierefreie Mobilität ist Bewegungsfreiheit. Von ihr profitieren Menschen mit Behinderungen, Familien mit Kindern, ältere Menschen und letztlich wir alle, denn Einschränkungen der Mobilität erfährt zeitweise jede und jeder Einzelne.“	S. 25
Behinderung	Arbeit	Überschrift: „MODERNE ARBEITSWELT	S. 26 - 27

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<p>Die moderne Arbeitswelt bietet vielfältige Chancen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Selbstständige und Unternehmen. Sie ermöglicht vor allem ein Mehr an individueller Freiheit und Selbstbestimmung. Allerdings stammen viele Regelungen noch aus einer Zeit, in der Daten auf Disketten abgespeichert und Telefonate per Wählscheibentelefon geführt wurden. Hier brauchen wir dringend ein Update. Zudem wollen wir gleiche Chancen für Aufstieg durch Leistung schaffen – unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft, Behinderung, sexueller Orientierung oder Religion.“</p>	
Behinderung	Arbeit	<p>Überschrift: „Diversity Management in der Arbeitswelt</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen in der Arbeitswelt ein ganzheitliches Diversity Management (Management der Vielfalt) als Teil der ökonomischen Modernisierung und als sinnvolle Alternative zu Quoten voranbringen. So schaffen wir gleiche Chancen für Aufstieg durch Leistung – unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft, Behinderung, sexueller Orientierung oder Religion. Gerade der Mittelstand soll bei der Entwicklung von Konzepten unterstützt werden. Im öffentlichen Dienst sind die Strukturen der Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragten in ein ganzheitliches Diversity Management einzubinden.“</p>	S. 28
Behinderung	Arbeit	<p>Überschrift: „Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt stärken</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen eine bessere Beratung und Arbeitsvermittlung für Menschen mit Behinderungen. Die Vorbereitung muss bereits in der Schule beginnen. Wir wollen die praxistauglichere Ausgestaltung des Budgets für Arbeit und eine praxisnahe aktive Arbeitsvermittlung und Begleitung. Die über 300.000 Beschäftigten in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen bilden ein großes und zu wenig berücksichtigtes Potential für den ersten Arbeitsmarkt. Wir wollen ihre Chancen auf eine reguläre Beschäftigung verbessern.“</p>	S. 28
Behinderung	Wohnen	<p>Überschrift: „Freie Wahl beim Wohnen – mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen Wahlfreiheit für Menschen mit Behinderungen. Unabhängig von der Wohnform und vom Wohnort sollen sie Anspruch auf alle Leistungen aus der Sozialversicherung haben. Damit jeder Mensch selbst über seine Angebote bestimmen kann, wollen wir das persönliche Budget einfach und unbürokratisch nutzbar machen. Damit ermöglichen wir mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen.“</p>	S. 64

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Barrierefrei	Verwaltung	<p>Überschrift: „Digitale Verwaltung als Dienstleister</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen echte „Virtuelle Verwaltungen“. Wir wollen das Once-Only-Prinzip einführen: Bürgerinnen und Bürger müssen bestimmte Daten der öffentlichen Verwaltung nur noch einmal und nicht jeder Behörde einzeln mitteilen. Alle notwendigen Amtsgänge sollen virtuell und barrierefrei möglich und alle Dienstleistungen mit digitalen, medienbruchfreien Verfahren durchführbar sein. Dazu wollen wir alle Planungen zur Einführung von Bürgerkonten oder Cockpits zu einer einheitlichen digitalen Plattform zusammenführen: dem Deutschlandportal. Das Deutschlandportal gewährt den Bürgerinnen und Bürgern Einblick in alle sie betreffenden personenbezogenen Daten, die der Staat gespeichert hat. Alle Zugriffe auf die Daten werden über einen externen Kontroll-Server geloggt, und der behördenseitige Zugriff löst automatisch eine Benachrichtigung aus. Im Fall eines laufenden Verfahrens kann die Benachrichtigung auch nach Verfahrensabschluss erfolgen. Die Bürgerinnen und Bürger haben auf Nachfrage ein Recht, den Grund für den Datenzugriff zu erfahren. Auch in die nächste technologische Innovation in den Behörden wollen wir einsteigen: die Entwicklung von künstlicher Intelligenz, Virtual Reality beziehungsweise Augmented Reality in der Verwaltung. So wollen wir vom Nachzügler beim E-Government zum Vorreiter beim „Virtual Government“ werden. Die IT-Systeme der öffentlichen Hand sollen stärker als bislang auf Open-Source-Lösungen bauen, um die Abhängigkeit von einzelnen Anbieterinnen und Anbietern proprietärer Software zu verringern.“</p>	S. 25 - 26
Barrierefrei	Digitalisierung	<p>Überschrift: „Digitalisierung für Ältere vorantreiben – Förderprogramm für Wohnheime</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen ein zweites Bildungssystem schaffen, mit dem sich Menschen auch im Ruhestand unbürokratisch weiterbilden können. Ältere Menschen sollen auch in Alten- oder Seniorenwohnheimen Zugang zum schnellen Internet haben. Um digitale Teilhabe für alle Altersgruppen und eine intuitive Bedienbarkeit für alle Internetnutzenden gleichermaßen zu ermöglichen, wollen wir öffentliche Stellen verpflichten, ihre digitalen Angebote standardmäßig barrierearm und idealerweise barrierefrei anzubieten.“</p>	S. 67

Anhang 7: Auszüge Wahlprogramm SPD

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Inklusion	Sport	<p>Überschrift: „Demokratie stärken</p> <p>Sport hat eine zentrale Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft, für Inklusion, Integration und gegen Diskriminierung. Breiten- und Leistungssport werden wir fördern. Wir stehen als Sozialdemokraten*innen für einen Sport, der unsere Verfassungswerte auch in nationalen und internationalen Wettbewerben vorlebt. Wir werden auch in den kommenden Jahren den Spitzensport fördern. Darüber hinaus verlieren wir die Belange und Sorgen unserer Vereine vor Ort nicht aus dem Blick. Bund, Bundesländer und Kommunen sind gleichermaßen aufgefordert, die Basis des Sports bei der Überwindung der pandemiebedingten Probleme in besonderer Weise zu unterstützen.“</p>	S. 47
Inklusiv	Bildung	<p>Überschrift: „Zukunftsmission III. Digitale Souveränität in Deutschland und Europa</p> <p>Neben der Infrastruktur brauchen wir auch eine bessere Koordinierung des Unterrichts selbst. Wir brauchen Lehr- und Lernmaterialien für inklusive, ganzheitliche Bildung. Auf einer Open-Source-Plattform, die bereits durch den Digitalpakt beauftragt und finanziert ist, sollen künftig länderübergreifend Lehr- und Lernmaterialien und Unterrichtskonzepte für alle zugänglich sein: offen, dezentral, sicher und vernetzt. Die Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen ist dabei ein zentrales Ziel.“</p>	S. 13
Inklusiv	Digitalisierung Bildung	<p>Überschrift: „Zukunftsmission III. Digitale Souveränität in Deutschland und Europa</p> <p>Die Digitalisierung darf die Gesellschaft nicht spalten. Der Zugang zum Netz muss bezahlbar sein. Für Bürger*innen mit geringem Einkommen, für Schüler*innen und Studierende werden wir darum einen Sozialtarif für den Netzzugang schaffen. Zur digitalen</p>	S. 14

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<p>Teilhabe gehört die Barrierefreiheit. Alle Bürger*innen sollen zur digitalen Selbstbestimmung befähigt werden. Wir brauchen ein Recht auf digitale Bildung und Weiterbildung für alle Generationen. Gerade die Volkshochschulen sind ideale Orte, um digitale Bildung für alle Bürger*innen zu ermöglichen - kostengünstig, barrierefrei, inklusiv. Wir werden die Volkshochschulen mit einem Förderprogramm des Bundes in ihrer Entwicklung unterstützen.“</p>	
Inklusiv	Wohnen	<p>Überschrift: „GLEICHSTELLUNG VERWIRKLICHEN</p> <p>Das gesellschaftliche Leben muss auf allen Ebenen für Menschen mit Behinderung inklusiv gestaltet werden. Dabei ist Barrierefreiheit unverzichtbar. Wir werden vor allem die Kommunen bei dieser Aufgabe unterstützen. Der große Mangel an barrierefreien bzw. armen Wohnraum, Porthallen und anderen Freizeiteinrichtungen muss behoben werden. Wir werden ein Bundesprogramm Barrierefreiheit initiieren, das über entsprechende Ressourcen verfügen muss.“</p>	S. 44
Inklusiv	Gesellschaft	<p>Überschrift: „Zukunft, Respekt und ein solidarisches Europa – Leitgedanken für ein neues Jahrzehnt</p> <p>Wir wollen eine Gesellschaft, die inklusiv und solidarisch ist und allen Bürger*innen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich macht. Ein moderner und starker Sozialstaat ist dafür die Grundlage und begegnet allen Menschen mit dem Respekt, den sie verdienen.“</p>	S. 65
Barrierefrei	Mobilität	<p>Überschrift: „Zukunftsmission II. Modernstes Mobilitätssystem Europas</p> <p>„Alle Bürger*innen müssen schnell, zuverlässig und klimafreundlich von A nach B gelangen können. Dafür denken wir Mobilität neu: Nachhaltig, bezahlbar, barrierefrei und verlässlich. Und immer mehr Bürger*innen steigen auf Bus, Bahn oder das Rad um. Dennoch bleibt das Auto für viele Menschen wichtig. Aber der Schadstoffausstoß wird auf null reduziert sein. Unsere Mission ist eine klimaneutrale Mobilität für alle.“</p>	S. 11

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Barrierefrei	Mobilität	<p>Überschrift: „Zukunftsmission II. Modernstes Mobilitätssystem Europas</p> <p>An Knotenpunkten werden wir die Einrichtung von barrierefreien Mobilitätsstationen für nachhaltige urbane Mobilität fördern, damit möglichst viele vom Auto auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umsteigen. Wir werden eine nationale Leitstelle Mobilität einrichten, die die Erarbeitung regionaler Mobilitätspläne unterstützt und eine frühzeitige Beteiligung vor Ort sicherstellt.“</p>	S. 11
Barrierefrei	Digitalisierung	<p>Überschrift: „Zukunftsmission III. Digitale Souveränität in Deutschland und Europa</p> <p>Die Digitalisierung darf die Gesellschaft nicht spalten. Der Zugang zum Netz muss bezahlbar sein. Für Bürger*innen mit geringem Einkommen, für Schüler*innen und Studierende werden wir darum einen Sozialtarif für den Netzzugang schaffen. Zur digitalen Teilhabe gehört die Barrierefreiheit. Alle Bürger*innen sollen zur digitalen Selbstbestimmung befähigt werden. Wir brauchen ein Recht auf digitale Bildung und Weiterbildung für alle Generationen. Gerade die Volkshochschulen sind ideale Orte, um digitale Bildung für alle Bürger*innen zu ermöglichen - kostengünstig, barrierefrei, inklusiv. Wir werden die Volkshochschulen mit einem Förderprogramm des Bundes in ihrer Entwicklung unterstützen.“</p>	S. 14
Barrierefrei	Wohnen	<p>Überschrift: „Bezahlbares Wohnen</p> <p>Die Corona-Pandemie verstärkt die Strukturveränderungen in unseren Innenstädten und Stadtteilzentren. Das betrifft den Einzelhandel, die Gastronomie und das Hotelgewerbe ebenso wie Museen, Theater, Büchereien und Kinos. Die gemeinsam mit den Ländern getragene Städtebauförderung sichern wir ab. Wir unterstützen die Städte dabei, die Innenstädte lebendig zu halten und notwendige Nutzungsänderungen mitgestalten zu können, unter anderem durch eine</p>	S. 38

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<p>Mietpreisbegrenzung, einen Mieterschutz im Gewerbeimmobilienbereich, durch Konzepte zur Revitalisierung von Standorten und die Förderung von Co-Working-Spaces in den Innenstädten. Ein besonderes Augenmerk werden wir auf die Entwicklung im ländlichen Raum legen. Wir werden generationenübergreifende, alternative und barrierefreie Wohnformen in Städten und Quartieren fördern.“</p>	
Barrierefrei	Digitalisierung (Kinder; Bildung)	<p>Überschrift: „Gut aufwachsen</p> <p>Mit einem Bundesprogramm „Gemeindehaus 2.0“ werden wir aufbauend auf dem Netz der Mehrgenerationenhäuser noch mehr Angebote unter einem Dach bündeln: außerschulische Bildung, Sport, Kultur und Jugendarbeit, Netzwerke für den Kinderschutz, barrierefreie digitale Infrastruktur für alle Kinder und Jugendlichen, die sie für Bildung und gesellschaftliche Teilhabe benötigen. Selbstbestimmte Räume für die Kinder- und Jugendarbeit müssen unabhängig davon erhalten und ausgebaut werden. An Kinder gerichtete Werbung wollen wir reglementieren. Kitas und Schulen müssen ein werbefreier Raum sein.“</p>	S. 40
Barrierefrei	Arbeit	<p>Überschrift: „Gleichstellung verwirklichen</p> <p>In unserer Gesellschaft soll das tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen selbstverständlich werden. Menschen mit Behinderungen sollen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Auch für sie gilt das Recht auf gute Arbeit. Das werden wir durch die Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen und die Weiterentwicklung der Ausgleichsabgabe unterstützen. Viele Menschen mit Behinderungen sind gut oder sogar sehr gut ausgebildet und in Zeiten des Fachkräftemangels begehrte Arbeitskräfte. Wir setzen uns dafür ein, dass eine einheitliche Ansprechstelle für Arbeitgeber*innen kleiner und mittlerer Unternehmen geschaffen wird, die bei Fragen beispielsweise zu Barrierefreiheit oder Lohnzuschüssen berät.“</p>	S. 44

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Barrierefrei	Gesellschaft / Teilhabe (Wohnen)	Überschrift: „Gleichstellung verwirklichen Das gesellschaftliche Leben muss auf allen Ebenen für Menschen mit Behinderung inklusiv gestaltet werden. Dabei ist Barrierefreiheit unverzichtbar. Wir werden vor allem die Kommunen bei dieser Aufgabe unterstützen. Der große Mangel an barrierefreien bzw. armen Wohnraum, Porthallen und anderen Freizeiteinrichtungen muss behoben werden. Wir werden ein Bundesprogramm Barrierefreiheit initiieren, das über entsprechende Ressourcen verfügen muss.“	S. 44
Barrierefrei	Digitalisierung	Überschrift: „Einander besser verstehen Allen Bürger*innen in Deutschland eine mediale Teilhabe zu ermöglichen, ist eine gemeinsame Verantwortung aller Medien sowie der öffentlichen Stellen. Wir wollen barrierefreie Angebote ausbauen und gemeinsam mit den Medienanbietern die Chancen der Digitalisierung und der technischen Möglichkeiten auch hier nutzen.“	S. 50
Behinderung	Gesellschaft	Überschrift: „Respekt erneuern Wir treten für eine Gesellschaft ein, die von gegenseitigem Respekt getragen wird. Eine Gesellschaft, die, frei von Vorurteilen, alle Bürger*innen gleichermaßen respektiert. Wir schulden einander Respekt, egal ob eine*r studiert hat oder nicht, ob in Deutschland oder woanders, im Osten oder Westen geboren, ob weiblich, männlich oder divers, ob jung oder alt, arm oder reich, ob mit Behinderung oder ohne. Für die Würde und Wertschätzung jeder und jedes einzelnen darf das keinen Unterschied machen. Wir wollen eine Gesellschaft des Zusammenhalts und stellen uns Hass und Hetze, jedweder Art von Ausgrenzung und Diskriminierung und dem Erstarken rechtsextremer Kräfte mit aller Entschiedenheit entgegen.“	S. 5
Behinderung	Gesellschaft	Überschrift: „Eine Gesellschaft des Respekts Wir stehen für eine Gesellschaft des Respekts. (...) Sie ist konsequent gegen jede	S. 27

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		Form von Diskriminierung, egal ob es um soziale Herkunft, Geschlecht, Migrationsbiografie, Religion, Behinderung oder sexuelle Orientierung geht.“	
Behinderung	Pflege	<p>Überschrift: „Arbeit wertschätzen</p> <p>„In der Pflege wird enorme und gesellschaftlich wertvolle Arbeit geleistet. Wir wollen die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Altenpflege und Pflege von Menschen mit Behinderung schnell verbessern. Unsere Ziele sind allgemeinverbindliche Branchentarifverträge. Wie werden über die Pflegemindestlohnkommission eine weitere Erhöhung der Mindestlöhne verfolgen. Gemeinsam mit den Kirchen wollen wir einen Weg erarbeiten, ihr Arbeitsrecht dem allgemeinen Arbeits- und Tarifrecht sowie der Betriebsverfassung anzugleichen. Wir haben dafür gesorgt, dass Pflegeanbieter, die nach Tarif zahlen, diese auch von der Pflegeversicherung refinanziert bekommen. Nun werden wir im Umkehrschluss die Refinanzierung der Pflegeleistungen an die Geltung von Tarifverträgen binden.“</p>	S. 28
Behinderung	Bildung	<p>Überschrift: „Gut aufwachsen</p> <p>Junge Menschen in Ausbildung sollen durch direkte, elternunabhängige Auszahlung des neuen Kindergeldes finanziell abgesichert werden - mit einem zusätzlichen, auskömmlichen Fördersatz an BAföG obendrauf. Wir wollen Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien bündeln, die von Krankheit oder Behinderung betroffen sind. Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Eltern müssen einen einfachen Zugang zu Unterstützungsleistungen haben. Dafür sind weitere Schritte notwendig. Der Kampf gegen Bildungsbenachteiligung muss in allen Systemen konsequent stattfinden. Die erste Bildungseinrichtung im Leben eines Kindes ist heute die Kita. Deshalb werden wir die frühkindliche Bildung weiter ausbauen.“</p>	S. 40
Behinderung	Arbeit	<p>Überschrift: „Gleichstellung verwirklichen:</p>	S. 44

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<p>In unserer Gesellschaft soll das tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen selbstverständlich werden. Menschen mit Behinderungen sollen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Auch für sie gilt das Recht auf gute Arbeit. Das werden wir durch die Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen und die Weiterentwicklung der Ausgleichsabgabe unterstützen. Viele Menschen mit Behinderungen sind gut oder sogar sehr gut ausgebildet und in Zeiten des Fachkräftemangels begehrte Arbeitskräfte. Wir setzen uns dafür ein, dass eine einheitliche Ansprechstelle für Arbeitgeber*innen kleiner und mittlerer Unternehmen geschaffen wird, die bei Fragen beispielsweise zu Barrierefreiheit oder Lohnzuschüssen berät.“</p>	

Anhang 8: Auszüge Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Inklusiv	Mobilität	<p>Überschrift: „Mobilpass einführen</p> <p>(...) Wir wollen die deutsche Mobilitätswirtschaft zur Vorreiterin für neue Mobilitätslösungen machen und die Digitalisierung nachhaltig, inklusiv und ausgewogen für die Verkehrswende nutzen. Echtzeitinformationen und ein einheitliches Ticketsystem müssen im ÖPNV Standard werden. Damit man problemlos überall von A nach B kommt, wollen wir mit dem Mobilpass die Angebote von 120 Verkehrs- und Tarifverbänden in Deutschland vereinfachen und verknüpfen und Sharing- und Ridepooling-Dienste so integrieren, dass Sozial- und Umweltdumping ausgeschlossen sind. Bei der Vernetzung sind das Open-Data-Prinzip und offene Schnittstellen zu beachten. Wir wollen den Wechsel zu Fahrrad, Bus und Bahn für alle attraktiv machen und auch finanziell fördern. Der Mobilpass soll ebenso Sozialtarife und ticketlose Nutzung fördern. Alle Mobilitätskonzepte müssen barrierefrei sein und eine Teilnahme auch ohne eigene digitale Endgeräte ermöglichen (...).“</p>	S. 32
Inklusiv	Wirtschaft	<p>Überschrift: „Wohlstand und unternehmerischen Erfolg neu bemessen</p> <p>Wohlstand definiert sich nicht allein durch Wachstum des BIP, sondern lässt sich viel breiter als Lebensqualität verstehen. Wir wollen den Erfolg Deutschlands und der Unternehmen neben ökonomischen auch anhand inklusiver, sozialer, ökologischer und gesellschaftlicher Kriterien messen und die politischen Leitplanken wie Anreize und Wirtschaftsförderung entsprechend neu ausrichten (...).“</p>	S. 72
Inklusiv / Inklusion	Staatliche Leistungen	<p>Überschrift: „Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder</p> <p>Ob Kita, Kindertagespflege, Hortbetreuung, Familienberatung, Hilfen zur Erziehung oder Angebote der Jugendarbeit – die öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe begleiten Familien beim Aufwachsen der Kinder. Sozialarbeiter*innen und pädagogische Mitarbeiter*innen leisten dabei unter hohem Zeit- und Arbeitsdruck Enormes. Durch gesetzliche Vorgaben zur Personalplanung wollen wir für besser ausgestattete Jugendämter und Entlastung der Fachkräfte sorgen. Qualitätsstandards wollen wir überall in der Kinder- und Jugendhilfe verbindlich erstellen und gemeinsam mit Verbänden, Trägern und Wissenschaft weiterentwickeln. Leistungsansprüche von Kindern und Jugendlichen mit körperlichen und geistigen Behinderungen werden bisher in einem eigenen Sozialgesetzbuch für Menschen mit Behinderungen geregelt. Mit einem Bundesinklusionsgesetz soll sichergestellt werden, dass alle Angebote der Kinder- und Jugendhilfe künftig so ausgestaltet sind, dass sie sich auch an Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und ihre</p>	S. 98 - 99

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		Familien richten. Die bestehenden Rechtsansprüche gelten für sie weiter. Wir wollen auf dem eingeschlagenen Weg hin zu einem inklusiven SGB VIII zügiger voranschreiten. Daher werden wir die Länder und Kommunen, die bereits vor Umsetzung des Bundesinklusionsgesetzes alle Kinder unter dem Dach der Jugendhilfe vereinen wollen, mit einem Bundesmodellprogramm unterstützen. So können wertvolle Anregungen für den bundesweiten Umstrukturierungsprozess gewonnen werden. Den Kostenbeitrag von Jugendlichen in einer vollstationären Einrichtung oder Pflegefamilie wollen wir abschaffen.	
Inklusiv	Staatliche Leistungen	<p>Überschrift: „Garantiesicherung statt Hartz IV</p> <p>Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben ohne Existenzangst. Deswegen wollen wir Hartz IV überwinden und ersetzen es durch eine Garantiesicherung. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle Existenzminimum. Sie stärkt so Menschen in Zeiten des Wandels und kann angesichts großer Veränderungen der Arbeitswelt Sicherheit geben und Chancen und Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben eröffnen. Die grüne Garantiesicherung ist eine Grundsicherung, die nicht stigmatisiert und die einfach und auf Augenhöhe gewährt wird. Das soziokulturelle Existenzminimum werden wir neu berechnen und dabei die jetzigen Kürzungstricks beenden. (...) Durch die Abschaffung der bürokratischen und entwürdigenden Sanktionen schafft die Garantiesicherung Raum und Zeit in den Jobcentern für wirkliche Arbeitsvermittlung und Begleitung. Wir brauchen einen Perspektivenwechsel bei der Arbeitsförderung mit ausreichend Personal, um der Unterschiedlichkeit der langzeitarbeitslosen Menschen gerecht zu werden. Notwendig sind intensive Betreuung, individuelle Unterstützung und anstelle eines Vermittlungsvorrangs in prekäre Arbeit wollen wir einen Vorrang für Ausbildung und Qualifizierung. Wichtig ist insbesondere soziale Teilhabe durch einen dauerhaften sozialen und inklusiven Arbeitsmarkt, der niedrigschwellig und bedarfsgerecht ausgestaltet ist und von dem die Langzeitarbeitslosen auch aufgrund einer guten Begleitung vielfältig profitieren.“</p>	S. 111 - 112
Inklusiv / Inklusion / Behindert	Gesellschaft Bildung Arbeit	<p>Überschrift: „Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderungen</p> <p>Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe und auf Schutz vor Diskriminierung in allen Bereichen der Gesellschaft. Auf Basis der UN-Behindertenrechtskonvention und des Grundsatzes der Selbstbestimmung werden wir Inklusion vorantreiben und wollen deren verbindliche Umsetzung mit einer Enquete-Kommission begleiten. Leistungen zur Teilhabe müssen in jeder Phase allgemeiner, beruflicher und Hochschulischer Bildung gewährt sein. Wir wollen einen inklusiven Arbeitsmarkt schaffen und</p>	S. 112 - 113

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<p>dafür Arbeitgeber*innen, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen, besser unterstützen. Die Selbstvertretungsstrukturen werden wir stärken und absichern. Arbeitgeber*innen, die hingegen nicht genügend schwerbehinderte Menschen beschäftigen, sollen eine höhere Ausgleichsabgabe zahlen, die wir in die Förderung inklusiver Beschäftigung investieren werden. Wir wollen das heutige Werkstattssystem zu einem System von Inklusionsunternehmen weiterentwickeln, in dem Menschen mit Behinderungen über die Inanspruchnahme von bedarfsgerechten Nachteilsausgleichen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mindestens auf Mindestlohniveau ermöglicht wird. Wir werden Arbeitnehmer*innen-Rechte sicherstellen und fördern den Wechsel in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Die Tagesförderstätten wollen wir in diesen Prozess mit einbeziehen. Das Budget für Arbeit werden wir ausbauen und Menschen, die es nutzen, in der Arbeitslosenversicherung absichern. Auszubildende und Studierende mit Behinderung erhalten bei Auslandsaufenthalten ein Budget zur Deckung ihrer Bedarfe, das den Leistungen entspricht, die sie im Inland erhalten. Unser Ziel ist es, das Bundesteilhabegesetz weiterzuentwickeln und Teilhabe zu garantieren – kein Poolen von Leistungen gegen den Willen der Betroffenen, echtes Wunsch- und Wahlrecht, Leistungen unabhängig vom Einkommen und Vermögen der Leistungsberechtigten und ein Bundesteilhabegeld. Anträge auf Teilhabeleistungen sollen einfach und unbürokratisch sein und Entscheidungen im Sinne der Menschen mit Behinderung schnell erfolgen.“</p>	
Inklusiv / Inklusion / Barrierefrei / Barrierefreiheit / Behinderung	Gesundheit	<p>Überschrift: „Zugang zum Gesundheitssystem sichern, Diskriminierung beenden</p> <p>Auch im Gesundheitswesen wollen wir Diskriminierung bekämpfen. Beispielsweise erhalten Menschen mit Behinderungen häufig nicht alle dringend benötigten Gesundheitsleistungen, Hilfsmittel oder häusliche Pflege und werden so in ihrer Teilhabe beschränkt. Deshalb wollen wir mit einem ressortübergreifenden Inklusionsplan diese Hürden umfassend abbauen, die Gesundheitsleistungen auf die jeweiligen Bedarfe gezielt ausrichten und bürokratische Vorgänge so weit wie möglich reduzieren. Das umfasst auch verpflichtende Vorgaben zur Barrierefreiheit bei der Bedarfsplanung und eine Reform der Heilmittelversorgung. Das Gesundheitswesen muss insgesamt inklusiv ausgestaltet werden, unter anderem auch in der Aus- und Fortbildung des Personals. Auch für LSBTIQ* muss diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung gesichert sein. Dafür werden wir den Anspruch auf medizinische Maßnahmen für Trans*- und Inter*-Menschen gesetzlich verankern. Die bestehenden Lücken beim Verbot sogenannter „Konversionstherapien“ werden wir schließen. Wir wollen die Aufklärungsarbeit über HIV und aktuelle Behandlungs- und Präventionsmöglichkeiten bei Ärzt*innen stärker in Aus-, Fort- und Weiterbildung berücksichtigen, um Stigmatisierung vorzubeugen. Der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung muss auch für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz oder</p>	S. 122 - 123

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<p>Wohnungslose und unabhängig vom Aufenthaltsstatus gewährleistet sein. Das gilt auch für Unionsbürger*innen und Menschen, die ohne Papiere in Deutschland leben, etwa durch einen anonymen Krankenschein, die Abschaffung der Mitteilungs- und Unterrichtspflichten an öffentlichen Stellen oder die Stärkung von Beratungsnetzwerken für Menschen ohne Papiere. Damit Sprache keine unüberwindbare Hürde darstellt, wollen wir einen Anspruch auf qualifizierte Sprachmittlung im SGB V schaffen. Die erleichterte Abschiebung von erkrankten und traumatisierten Geflüchteten wollen wir zurücknehmen und die Anerkennung von psychotherapeutischen Gutachten im Verfahren wieder ermöglichen.“</p>	
Inklusiv	Gesellschaft	<p>Überschrift: „Regionale Daseinsvorsorge stärken</p> <p>Für ein gutes, selbstbestimmtes Leben in allen Regionen brauchen wir eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Einschränkungen gibt es vielerorts, häufig unterscheiden sie sich von Region zu Region: Hier fehlt ein Zentrum im Dorf, dort werden in einer Kommune die Schwimmbäder geschlossen und vielerorts ist das Internet noch viel zu langsam. Unser Ziel ist es, dass individuelle Entfaltung, demokratische Teilhabe und gesellschaftliches Engagement überall im Land möglich sind. Wir brauchen gute Infrastruktur und den Zugang zu öffentlichen Gütern in den Kommunen. Deshalb wollen wir eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz verankern. Regionen, die heute mit großen Versorgungsproblemen zu kämpfen haben, sollen wieder investieren und gestalten können. Ziel ist, anhand von regionalen Indikatoren in den Bundesländern Förderregionen auszuwählen und die Stärkung der Kommunen in diesen Regionen zu unterstützen. Mit Regionalbudgets geben wir Bürger*innen und Akteur*innen vor Ort die Möglichkeit, ihre Dörfer und Städte selbstbestimmt zu entwickeln und zu gestalten. Für zentrale Versorgungsbereiche wie Gesundheit, Mobilität und Breitband wollen wir nötige Mindeststandards formulieren. Eine inklusive und solidarische Gesellschaft braucht Orte des Miteinanders, Orte gegen die Einsamkeit, Orte des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Das kann ein Marktplatz sein oder ein Familienzentrum, der Jugendclub oder der Skatepark, die Stadtteilbibliothek, der Kulturbahnhof oder die freie Bewegungsfläche (...).“</p>	S. 135 - 136
Inklusiv	Bildung	<p>Überschrift: „Bildung und Forschung ermöglichen</p> <p>Bildung ermöglicht. Von Anfang an gibt Bildung Kindern, jungen Menschen und Erwachsenen bis ins hohe Alter die Möglichkeit, sich zu entfalten. Altes zu hinterfragen und Neues zu entdecken. Bildung und Inklusion schaffen die Grundlagen, den eigenen Weg im Leben selbstbestimmt gehen zu können. In zukunftsgerichteter Bildungspolitik, Aus- und Weiterbildung, in visionärer Forschung und kluger Wissenschaftspolitik liegt unendlich viel Potenzial, um dieses Land gerechter, moderner und krisenfester zu machen. Deshalb brauchen</p>	S. 141

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<p>wir sozial diverse und inklusive Schulen, in denen junge Menschen so lange wie möglich gemeinsam lernen. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sowie die klassische Umweltbildung sind der Schlüssel zur notwendigen gesellschaftlichen Transformation. Sie befähigt Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln, zur Gestaltung und Teilhabe an einer demokratischen und pluralen Gesellschaft sowie zum Verstehen der Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt. BNE ermöglicht den Menschen, sich aktiv an der Gestaltung einer ökologisch verträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Gesellschaft zu beteiligen.“</p>	
Inklusiv	Bildung	<p>Überschrift: „Bildung und Forschung ermöglichen</p> <p>Gleiche Lebenschancen für alle Kinder heißt, dass wir uns für gemeinsames Lernen und individuelle Förderung für alle Kinder von der KiTa (Kita und Kindertagespflege) bis zum Schulabschluss einsetzen. Die soziale Spaltung zwischen Schulen sowie KiTas möchten wir überwinden, auch durch gezielte Investitionen des Bundes, die lokal verteilt werden. Denn wir wollen KiTas und Schulen, in die Kinder und Jugendliche, aber auch Erzieher*innen und Lehrer*innen gleichermaßen gerne gehen. Und zwar egal ob auf dem Land oder in der Stadt, ob in ärmeren oder reicheren Vierteln. Erzieher*innen und Lehrer*innen sind jederzeit systemrelevant, diese Wertschätzung sollte sich in ihrer Arbeit, ihrer Bezahlung und in der Ausstattung widerspiegeln. Schulen sollen attraktive Orte sein. Dafür brauchen sie nicht nur schnelles Internet und saubere Toiletten, sondern auch zeitgemäße Raumkonzepte mit genügend Platz für vielfältige und inklusive Lernformen. Multiprofessionelle Teams sollen Kindern in ihren unterschiedlichen Bedürfnissen bestmögliche Unterstützung bieten. Dafür brauchen sie gute Aus- und Weiterbildung, sichere Berufswege und einen guten Lohn. Kulturelle Bildung muss zu einem elementaren Bestandteil unseres Bildungssystems werden (...).“</p>	S. 142
Inklusiv	Bildung	<p>Überschrift: „Für jedes Kind einen KiTa-Platz in einer guten KiTa</p> <p>Egal, aus welcher Ecke Deutschlands und aus welchem Elternhaus, alle Kinder brauchen die Chance auf ein gutes und geborgenes Aufwachsen. KiTas haben einen entscheidenden Anteil daran. Als Orte früher Bildung schaffen sie Halt, wecken Neugier, vermitteln Freude am Zusammensein mit Gleichaltrigen und begleiten beim Großwerden. Aus Neugier und Entdeckungslust wird hier der Grundstein für Lernen und Kompetenzerwerb gelegt. Sie sind die erste Stufe des Bildungssystems. Jedes einzelne Kind hat eigene Bedürfnisse und braucht individuelle Förderung, auf die in der KiTa eingegangen wird. Mit einem Bundesqualitätsgesetz sorgen wir dafür, dass Spitzenqualität in die Einrichtungen kommt, denen wir unsere Kleinsten anvertrauen. Diese Spitzenqualität muss sich auch in einer entsprechenden Infrastruktur abbilden. Kinder brauchen Bewegung und ausreichende Bewegungsflächen. Die Zeit, die Fachkräfte für die</p>	S. 144 - 145

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<p>Kinder haben, ist entscheidend dafür, dass sich Kinder wohlfühlen und individuell gefördert werden können. Deshalb wollen wir mit Mindeststandards sicherstellen, dass sich Erzieher*innen und andere pädagogische Fachkräfte um höchstens vier unter Dreijährige oder neun Kinder ab drei Jahren gleichzeitig kümmern. Inklusive Einrichtungen benötigen abhängig vom Förderbedarf der Kinder einen besseren Betreuungsschlüssel. Darüber hinaus müssen sie genügend Zeit für Vor- und Nachbereitung, Zusammenarbeit mit Familien, Netzwerkarbeit im Sozialraum und Fortbildungen haben. Den Fachkräften in den KiTas stärken wir den Rücken mit Fachberatung, Supervisions- und Mentoring-Programmen, Lernortkooperationen und Unterstützung für berufliche Weiterentwicklung innerhalb des KiTa-Systems. Damit alle Kinder einen Platz in einer guten und inklusiven KiTa bekommen können, wollen wir das Engagement des Bundes beim Platzausbau weiterführen und verstärken. Eltern, insbesondere Alleinerziehenden, ermöglicht ein Kinderbetreuungsplatz gesellschaftliche wie berufliche Teilhabe. Der KiTa-Platz muss den Lebens- und Arbeitsrealitäten von Eltern gerecht werden. Auch bei Schicht- und Wochenendarbeit muss es Angebote geben.“</p>	
Inklusiv / Barrierefrei / Behinderung	Bildung	<p>Überschrift: „Recht auf einen Ganztagsplatz für jedes Grundschulkind und gute Lernbedingungen an weiterführenden Schulen</p> <p>Schulen sollen starke Orte der Bildung, der Begegnung und der Inspiration sein. Dafür brauchen sie motivierte Fachkräfte, gut ausgestattete barrierefreie Räume und Zeit. Zeit für gemeinsames Lernen und Spielen, Forschen und Entdecken, gemeinsame kulturelle, soziale und demokratische Erfahrungen, Sprach- und Bewegungsförderung, individuelle Förderung und Betreuung. Dafür sind Ganztagsplätze in einer Grundschule oder einem Hort und gute Lernbedingungen an weiterführenden Schulen wichtig. Unser Ziel ist, einen individuellen Rechtsanspruch für jedes Grundschulkind auf Ganztagsbildung und -betreuung mit Qualitätsstandards umzusetzen – mit genügend Fachkräften in multiprofessionellen Teams, anregenden Räumen und Schulhöfen, einem gesunden Mittagessen und einer breit gefächerten Zusammenarbeit mit Vereinen, Musikschulen und anderen Akteur*innen vor Ort. Derartige Kooperationen wollen wir finanziell unterstützen. In der Gestaltung des Ganztages ist die Jugendhilfe ein wichtige Partnerin der Schulen, da im Ganztage neben dem schulischen Lernen die informelle Bildung unerlässlich ist. Leitbild sind integrierte Ganztagskonzepte für eine umfassende Persönlichkeitsbildung. Es gilt, Ganztage und gute weiterführende Schulen für alle Kinder zu ermöglichen, ob mit Behinderungen oder ohne. Wir bekennen uns zum Bewegungsziel der WHO, die körperliche Inaktivität von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bis 2030 um 15 Prozent zu senken. In jedem Ganztage soll mindestens ein Bewegungsangebot zur Auswahl stehen. Der Anspruch auf Integrationshilfe muss überall gelten – über die individuelle Hilfe oder über eine Poollösung, gleich ob in der Ganztagschule oder bei Hortangeboten</p>	S. 145 - 146

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<p>durch die Jugendhilfe. Die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung der Integrationshelfer*innen sollen ihre anspruchsvollen Tätigkeit widerspiegeln. Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen dürfen keine zusätzlichen Kosten entstehen. Die Umsetzung des Rechtsanspruchs wird ein gesamtdeutscher Kraftakt. Das muss sich in der Beteiligung des Bundes an den Kosten widerspiegeln. Um alle Grundschulen auf ihrem Weg zu inklusiven Orten der Ganztagsbildung zu unterstützen, werden wir ein Begleitprogramm zur Förderung einer integrierten, professionsübergreifenden Schulentwicklung auf den Weg bringen und damit Koordinierungsstellen fördern. Langfristig wollen wir die Schulsozialarbeit ausbauen und flächendeckend als Bestandteil des Ganztags verankern.“</p>	
Inklusiv / Behinderung	Bildung	<p>Überschrift: „Bildungszusammenarbeit von Bund und Ländern</p> <p>Unser Ziel ist ein Bildungssystem, das überall und für alle gute Ausgangsbedingungen für eine gebührenfreie, zukunftsgerichtete und inklusive Bildung sichert und unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Aufenthaltstitel oder Behinderungen gleiche und gerechte Chancen garantiert. Für notwendige Maßnahmen braucht es einerseits eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Länder, andererseits wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen verfassungsrechtlich absichern. So sollen Schulen zu Orten werden, die – verankert in der Nachbarschaft – auf die Entwicklung der jeweiligen Potenziale der Kinder ausgerichtet sind. Schulen brauchen dafür eigene Entscheidungsspielräume. Grundlage all dessen ist jedoch eine kluge, vorausschauende, mehr Flexibilität ermöglichende Bildungsfinanzierung, vor allem in den Grundschulen und KiTas, da hier die Basis gelegt wird. In Abstimmung mit den Ländern setzen wir uns für moderne, nachhaltige und einheitlichere Bildungsziele und die Umsetzung des grundgesetzlich verbrieften Sonderschulverbots ein. In der KiTa sowie allen Schulformen müssen Kinder und Jugendliche sich frei entwickeln können und vor Diskriminierung geschützt sein. Sie brauchen dafür Ansprechpersonen und es braucht Bildungsprogramme zu Antidiskriminierung, Diversität, LSBTIQ* und Demokratieverständnis.“</p>	S. 149 - 150
Inklusiv	Leichte Sprache	<p>Überschrift: „Sichere Ausbildungsperspektiven</p> <p>Trotz enormen Fachkräftemangels sinkt die Zahl der jungen Menschen, die eine Berufsausbildung beginnen. Gleichzeitig landen immer mehr in den Warteschleifen des Übergangssystems. Die duale Ausbildung muss auf sichere Beine gestellt werden. Wir wollen mit der Ausbildungsgarantie allen jungen Menschen den Beginn einer anerkannten Ausbildung ermöglichen und das Recht auf Ausbildung absichern. Dafür fördern wir verstärkt Verbundausbildungen und nutzen, wo notwendig, auch außerbetriebliche Ausbildungen. Unternehmen, die ausbilden wollen, unterstützen wir über eine Umlagefinanzierung. So kann es gelingen, dass Betriebe ermutigt werden,</p>	S. 150 - 151

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		weiterhin und verstärkt auszubilden, und junge Menschen – gerade in ländlichen Regionen – erhalten eine Bleibeperspektive. Mit dem Ausbau und der Verbesserung der inklusiven assistierten Ausbildung und ausbildungsbegleitender Hilfen wollen wir mehr Jugendliche in Ausbildung unterstützen. Einzelne Ausbildungsbausteine sollen als Teilqualifikationen zertifiziert und anerkannt werden können, damit keine Leistung auf dem Weg zum vollwertigen Berufsabschluss verloren geht. Zudem wollen wir uns bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen, dass Prüfungen in leichter Sprache vermehrt möglich gemacht werden. Damit alle Jugendlichen am Übergang von der Schule in den Beruf gute Beratung und in der Anfangsphase ihrer Ausbildung eine gute Betreuung aus einer Hand und unter einem Dach erhalten, unterstützen wir den Ausbau flächendeckender Jugendberufsagenturen. Wir werden die Berufsberatung und die Leistungen zur Förderung der beruflichen Qualifizierung bis zur beruflichen Ersteingliederung bündeln und gemeinsam mit der Arbeitsagentur stärken.“	
Inklusiv	Digitalisierung / Verwaltung	Überschrift: „Zusammen leben Die Pandemie hat etliche Defizite bei ihrer Bekämpfung wie unter dem Brennglas offenbart: Faxgeräte im Dauerbetrieb, fehlendes Personal und überbordende Bürokratie verhindern ein effektives staatliches Handeln. Unser Ziel ist ein moderner, engagierter Staat, der mit einer effizienten, zugänglichen Verwaltung transparent, offen und in der Lage ist, Krisen effektiv zu managen, digitale Teilhabe zu sichern und es den Bürger*innen insgesamt leicht macht, ihren Alltag zu bewältigen und ihre Rechte in Anspruch zu nehmen. Gewohnte Traditionen und Prinzipien müssen überdacht werden, denn eine inklusive digitale Transformation und die Modernisierung von Verfahren sind zentrale Bausteine, um Demokratie, Teilhabe und Zusammenarbeit zu stärken. Um diese Aufgabe zu stemmen, ist eine bessere strukturelle Verankerung der Digitalisierung auf allen Verwaltungsebenen notwendig. Wir wollen mit Anstand und Transparenz regieren. Gleichberechtigung, Kooperation sowie der Zusammenhalt in Vielfalt sind Maßstäbe, um einen bürger*innennahen Staat zu verwirklichen	S. 162
Inklusiv / Barrierefrei / Barrierefreiheit / Behinderung / /	Gesellschaft Wohnen Mobilität	Überschrift: „Für eine inklusive und barrierefreie Gesellschaft Wir treten für eine inklusive Gesellschaft gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention ein, in der Menschen mit Behinderung ihre Fähigkeiten und Talente selbst einbringen können. Stufen, zu enge Türen oder schwer lesbare Webseiten – in unserem Alltag gibt es viele unterschiedliche Dinge, die für Menschen mit Behinderung, aber auch für ältere Menschen, Eltern mit Kinderwagen oder Verletzte mit Gipsbein eine Barriere darstellen. Es ist mühsam, manchmal unmöglich, Angebote zu nutzen, die für andere selbstverständlich sind. Wir wollen Barrierefreiheit schaffen, damit Menschen mit	S. 173

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Behindert		<p>unterschiedlichen Behinderungen, auch psychischen Erkrankungen, gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben und selbstbestimmt, gemeinsam mit nichtbehinderten Menschen leben, lernen und arbeiten können. Das wollen wir mit einem „Barrierefreiheits-Gesetz“ erreichen, das private wie öffentliche Anbieter*innen öffentlich zugänglicher Angebote und Dienstleistungen zu umfassender Barrierefreiheit und den Bund innerhalb von zehn Jahren zur Herstellung der Barrierefreiheit seiner Gebäude verpflichtet. Kleine Unternehmen werden durch eine Überforderungsklausel geschützt, aber zu angemessenen Vorkehrungen verpflichtet. Durch eine Erhöhung der Bundesförderung soll der Anteil barrierefreier Wohnungen deutlich erhöht werden. Um selbstbestimmte Mobilität und selbstbestimmtes Wohnen zu ermöglichen, wollen wir außerdem die Städtebauförderung für inklusive Stadtquartiere stärken und die soziale Wohnraumförderung an Barrierefreiheit binden. Im ÖPNV, den alle Menschen mit Schwerbehinderung kostenfrei nutzen sollen können, in öffentlichen Einrichtungen, Ladengeschäften, Gewerbe- und Bürogebäuden soll Barrierefreiheit zum Standard werden. Die Verbrechen der deutschen Geschichte gegenüber Menschen mit Behinderung wollen wir weiter aufarbeiten und die Opfer angemessen entschädigen.“</p>	
Inklusiv / Barrierefrei	Digitalisierung	<p>Überschrift: „Software für die Allgemeinheit</p> <p>Unser Alltag wird immer häufiger von Teilhabe an und Zugang zu Software geprägt. Freie und offene Software bildet dabei die Grundlage unzähliger Anwendungen, seien es digitale Lernplattformen, sichere Anwendungen für die Heimarbeit, Stärkung der IT-Sicherheit mit guter Verschlüsselung oder sichere und einfache Abstimmungsmöglichkeiten in der Vereins- und Parteiarbeit. Sie spielt in immer mehr gesellschaftlich relevanten Bereichen eine entscheidende Rolle und ist Grundlage für unsere Anforderungen in Bezug auf Offenheit, Teilhabe und Sicherheit. Doch oftmals fehlt es den Entwickler*innen an Unterstützung, diese dauerhaft auf dem neuesten Stand der Technik zu halten und anwendungsfreundlich, barrierefrei und inklusiv zu gestalten. Wir treten daher dafür ein, eine eigenständige öffentliche Förderstiftung zu schaffen, die gesellschaftlich relevante, freie und offene Software fördert, deren Ergebnisse Gesellschaft, Wissenschaft, Schulen, Wirtschaft und Verwaltung zur Verfügung stehen und barrierefrei zugänglich sind. Durchgehende Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen schützen Grundrechte, schaffen Vertrauen in digitale Anwendungen und müssen zum Standard bei allen staatlichen IT-Vorhaben werden.“</p>	S. 181
Inklusiv	Bildung Gesellschaft	<p>Überschrift: „Freiwilligendienste ausbauen und für alle ermöglichen</p> <p>Freiwilligendienste stärken den Zusammenhalt und fördern die aktive Teilhabe an unserer Gesellschaft. Jeder Mensch, der das möchte, soll garantiert einen Freiwilligendienst in Deutschland oder</p>	S. 183

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<p>Europa machen können. Wir wollen die Jugendfreiwilligendienste (wie das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr) und den Bundesfreiwilligendienst auf 200.000 Plätze jährlich verdoppeln. Die Freiwilligendienste sollen besser ausfinanziert werden, damit sich junge Menschen unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern engagieren können. Dafür wollen wir die Taschengeldsätze auf ein einheitliches Niveau anheben und kostenlose ÖPNV-Tickets ermöglichen. Die Rahmenbedingungen sollen inklusiver werden, damit jede*r, egal ob jung oder alt, ob zu Beginn, in einer Orientierungsphase oder nach Beendigung des Berufslebens, einen passenden Freiwilligendienstplatz für sich finden.“</p>	
Inklusiv	Gesellschaft	<p>Überschrift: „Queerfeindlichkeit bekämpfen</p> <p>Lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen sollen selbstbestimmt und diskriminierungsfrei ihr Leben leben können. Dafür und gegen gesetzliche Diskriminierungen sowie Benachteiligungen und Anfeindungen im Alltag werden wir ein starkes Signal setzen und den Schutz von Menschen aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität durch die Ergänzung des Artikels 3 Absatz 3 des Grundgesetzes sicherstellen. Wir werden gemeinsam mit den Organisationen der Community einen bundesweiten ressortübergreifenden Aktionsplan „Vielfalt leben!“ für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt vorlegen – mit dem Ziel, LSBTIQ* gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu garantieren, um die Akzeptanz von Vielfalt zu fördern. Dazu gehören auch Maßnahmen zur LSBTIQ*-inklusive Gesellschaftspolitik sowie die institutionelle Förderung und Projektförderung der LSBTIQ*-Verbände, -Organisationen und -Stiftungen. Das diskriminierende Blutspende-Verbot für schwule und bisexuelle Männer sowie transgeschlechtliche Personen wollen wir aufheben. LSBTIQ* sind besonders oft von sexualisierter Gewalt betroffen. Gegen LSBTIQ* gerichtete Hasskriminalität werden wir entschieden bekämpfen. Um queere Jugendliche insbesondere auch im ländlichen Raum zu schützen und zu stärken, wollen wir mit einer bundesweiten Aufklärungskampagne für junge Menschen über die Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten informieren und bezüglich Homo-, Bi-, Trans*- und Queerfeindlichkeit sensibilisieren. Wir werden uns gemeinsam mit den Ländern dafür einsetzen, dass sich geschlechtliche und sexuelle Vielfalt und Diversität in den Lehr- und Bildungsplänen wiederfinden und diese konsequent umgesetzt werden. Queerfeindliche Straftaten sollen statistisch gesondert erfasst werden.“</p>	S. 192
Inklusiv	Kultur	<p>Überschrift: „Krisenfeste Strukturen für die Kultur</p> <p>Die Künste sind frei und müssen keinen Zweck erfüllen. Sie sind gleichzeitig von zentraler Bedeutung für die Selbstreflexion der Gesellschaft, den Zusammenhalt und die Persönlichkeitsbildung der/</p>	S. 205

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<p>des Einzelnen. Wir wollen, dass die Kulturlandschaft nach der Pandemie mit ihren monatelangen Schließungen zu neuer Lebendigkeit, Vielfalt und Reichhaltigkeit findet und Kultur und kulturelle Bildung endlich selbstverständlicher Teil der Daseinsvorsorge werden. Deswegen wollen wir Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern. Eine nachhaltige (Wiederaufbau-)Strategie muss die Kommunalfinanzen als eine wichtige Grundlage für das Kulturleben stärken, das Zuwendungsrecht reformieren, mehr Kooperationen zwischen Bund, Ländern und Kommunen bei der Finanzierung von Kultureinrichtungen und -projekten ermöglichen sowie einen Fonds zum Schutz von Kultureinrichtungen vor Verdrängung und Abriss einrichten, der Kulturorte wie beispielsweise Clubs langfristig absichert. Die öffentliche Kulturförderung soll künftig partizipativ, inklusiv und geschlechtergerecht abgestimmt sowie nach transparenten Kriterien angelegt sein. Ebenso braucht es eine gleiche Wertschätzung bei der Finanzierung und den Rahmenbedingungen für alle Kulturformen und -sparten, für die freie Szene und institutionell geförderte Kultureinrichtungen.“</p>	
Inklusiv	Kultur	<p>Überschrift: „Kultur in der Gesellschaft</p> <p>Aktives Kulturleben ist die Basis von demokratischen Gesellschaften. Hier findet die Auseinandersetzung darüber statt, wie wir leben wollen. Deshalb muss die Gesellschaft in ihrer ganzen Vielfalt im Kulturschaffen sichtbar sein. Wir wollen Kultureinrichtungen öffnen und stärken, damit jede*r einfachen Zugang zu ihnen hat und ihre Angebote nutzen und gestalten kann. Bestehende soziale, finanzielle oder bauliche Hürden müssen dafür abgebaut werden, etwa durch den kostenlosen Eintritt für Schüler*innen in staatlichen Museen, durch die Sonntagsöffnung von öffentlichen Bibliotheken oder durch einen Kulturpass für Menschen mit geringem Einkommen. Wir wollen gerade solche Kulturangebote kontinuierlich und flächendeckend fördern, die die Situation und die Bedürfnisse in ihrer Stadt oder ihrer Gemeinde mitdenken und das als ihre zentrale Zukunftsaufgabe verstehen. In ländlichen Regionen, aber auch in urbanen Zentren sollen Kultureinrichtungen Knotenpunkte von Begegnungen und zu sogenannten „Dritten Orten“ werden, die auch Menschen einen Zugang zu Kultur ermöglichen, die davon bislang wenig profitieren. Bei der Besetzung von Intendanzen, bei der Zusammensetzung von staatlich geförderten Kulturbetrieben, bei der Vergabe von Stipendien und Werksaufträgen und bei staatlichen Jurys wollen wir eine Quotenregelung einführen, um Geschlechtergerechtigkeit zu gewährleisten, sowie flache Hierarchien und partizipative Strukturen fördern. Zudem muss auf angemessene Repräsentanz der vielfältigen Gesellschaft geachtet werden. Themen wie Nachhaltigkeit, Diversität und inklusive Teilhabe müssen fester Bestandteil der Ausbildung zu Kulturberufen sein. Auch kulturelle Vielfalt sowie Transkulturalität, also die gegenseitige Durchdringung von Kulturen, wollen wir fördern.“</p>	S. 206 - 207

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Inklusion	Arbeit	<p>Überschrift: „Bessere Arbeitsbedingungen und sichere Berufswege</p> <p>Sichere Arbeitsbedingungen und gleiche Karrierechancen für alle sind die Voraussetzungen für eine lebendige und innovative Wissenschaftslandschaft, die auch für Wissenschaftler*innen aus dem Ausland attraktiv ist. Für Nachwuchswissenschaftler*innen gibt es vor allem an Hochschulen jedoch kaum planbare und sichere Berufswege. Das gefährdet den Forschergeist und verschleudert Potenziale bei Innovation, Leistung und Qualität. Und es ist für die Betroffenen eine Zumutung. Wir wollen das Wissenschaftszeitvertragsgesetz weiterentwickeln und den Anteil der unbefristeten Mitarbeiter*innen-Stellen, insbesondere im Mittelbau, substanziell erhöhen. Daueraufgaben sollen auch mit Dauerstellen gesichert sein. Hierzu gehören unbefristete Berufswege neben der Professur, um Hierarchien abzubauen und die kooperativen Arbeitsweisen in der Wissenschaft zu stärken. Die Qualifizierung im Rahmen der Sachgrundbefristung wollen wir klar definieren und die familienpolitische Komponente verbindlich ausgestalten. Die Tarifsperre soll entfallen. Das Tenure-Track-Programm wollen wir weiterentwickeln, damit frühzeitig nach der Promotion sichere Berufswege entstehen. Gerade in der Lehre werden viele Aufgaben weiterhin oft über schlecht bezahlte Lehraufträge abgedeckt. Wir wollen den Stellenwert der Lehre erhöhen und dafür entfristete Stellen schaffen. Die Wissenschafts- und Hochschullandschaft ist immer noch vorwiegend männlich, weiß, westdeutsch und von Menschen aus akademischen Elternhäusern geprägt und bildet somit die Vielfalt der Gesellschaft nur unzureichend ab. Dadurch gehen wichtige Potenziale und Perspektiven verloren. Das wollen wir durch die gezielte Förderung von Diversität an Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen, Förderformate für Diversitäts- und Antidiskriminierungspolitik, chancengerechte Zugänge, gleichberechtigte Integration, Inklusion und Perspektivenvielfalt ändern, damit sich die gesellschaftliche Vielfalt auch auf dem Campus widerspiegelt (...).“</p>	S. 157 - 158
Inklusion	Verwaltung	<p>Überschrift: „Planungs- und Investitionsbeschleunigung: bessere Qualität für schnellere Umsetzung</p> <p>Deutschland braucht im nächsten Jahr eine Modernisierungsoffensive. Die Schieneninfrastruktur, erneuerbare Energien und die Energienetze müssen ausgebaut, Schulen, Straßen und Brücken saniert, digitale Infrastrukturen aufgebaut werden. Doch derzeit dauert es oft viel zu lange, solche Projekte zu realisieren, Investitionsmittel fließen nicht ab. Das wollen wir ändern. Für eine Planungsbeschleunigung schaffen wir mehr öffentliche Planungskapazitäten. Wir starten auf allen Ebenen eine Personaloffensive in Planungsbehörden und zuständigen Gerichten. Verfahren werden durch die Bündelung von Genehmigungen verschlankt und die vorhandenen Ansätze von „konzentrierten Genehmigungen“ auf alle zentralen</p>	S. 162 - 163

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<p>Infrastrukturprojekte ausgedehnt. Außerdem führen wir behördeninterne Fristen ein und achten bei allen Planungen auf Inklusion. Zudem soll der Bundestag mehr Verantwortung bei Infrastrukturprojekten übernehmen, wenn darüber Konfliktlösungen schneller erreicht werden können. Auch die frühzeitige Einbindung der Bürger*innen vor Ort führt in der Regel dazu, dass Projekte schneller und besser abgeschlossen werden können. Ziel ist, alle Planungs- und Umsetzungszeiten zu halbieren.“</p>	
Inklusion	Minderheiten	<p>Überschrift: „Antiziganismus entschlossen bekämpfen</p> <p>Immer noch werden Menschen mit Romani-Hintergrund in Europa und Deutschland aufgrund eines tiefsitzenden Rassismus diskriminiert, der bis in die Mitte der Gesellschaft reicht. Immer noch werden Angehörige der größten Minderheit in der Europäischen Union beim Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit benachteiligt. Wir wollen deshalb die neue EU-Roma-Rahmenstrategie (Post2020) umsetzen und die ambitionierten Inklusionsziele der EU erreichen. Dafür braucht es eine mit ausreichend finanziellen Mitteln und Befugnissen ausgestattete „Nationale Koordinierungsstelle“, die die Umsetzung und das Monitoring der deutschen Strategie in Abstimmung mit den Bundesländern, Verwaltungen und Selbstorganisationen übernimmt. Minderheitenrechte wie der Erhalt von Sprache, der Geschichte und Kulturen von Sinti*zze und Rom*nja müssen gewährleistet werden. Wir wollen eine unabhängige, zivilgesellschaftliche Monitoring- und Informationsstelle zur Dokumentation und Aufarbeitung rassistischer Vorfälle und zur Unterstützung der Betroffenen einrichten sowie die Empfehlungen der unabhängigen Expertenkommission Antiziganismus prüfen und umsetzen. Wir werden die Einrichtung eines Studierendenwerks für Sinti*zze und Rom*nja vorantreiben und setzen uns für ein Museum der Geschichte und Kulturen der Sinti*zze und Rom*nja in Deutschland ein. Noch immer werden Rom*nja aus Deutschland abgeschoben, selbst wenn sie seit Jahrzehnten hier leben und in ihren Herkunftsländern Diskriminierung erleiden. Deshalb soll die Situation von Rom*nja in ihren Herkunftsländern in Asylverfahren und bei der Prüfung asylunabhängiger Bleiberechte stärkere Berücksichtigung finden.“</p>	S. 173
Inklusion / Barrierefrei	Sport	<p>Überschrift: „Ein Entwicklungsplan für den Sport</p> <p>Im Sport, dem größten Träger der organisierten Zivilgesellschaft und des freiwilligen Engagements, werden täglich demokratische Werte wie Gemeinsamkeit, Toleranz, Integration, Inklusion, Engagement und Gesundheitsprävention gelebt und vermittelt. Damit übernimmt der Sport eine herausragende Rolle für das gesellschaftliche Zusammenleben. Dies werden wir fördern und bessere Rahmenbedingungen schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Teilhabe von Frauen im Sport und die Diversität von Sportler*innen und</p>	S. 209 - 210

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<p>Athlet*innen auch in der Besetzung von Entscheidungsgremien niederschlägt. Wir wollen Ideen und Energien bündeln und zusammen mit den Sportverbänden, Ländern, Kommunen, der Wissenschaft und unter Beteiligung der Bürger*innen einen Entwicklungsplan Sport erarbeiten und umsetzen – ähnlich dem Goldenen Plan aus den 1960ern. Ein besonderer Fokus muss dabei vor allem auf strukturschwachen Regionen, gerade in Ostdeutschland, liegen, denn die Diskrepanz zwischen Ost und West ist beim Breitensport auch 30 Jahre nach der friedlichen Revolution ein Problem. Ausreichend vorhandene und barrierefreie Sportstätten und Bewegungsräume zählen in Städten und ländlichen Räumen zur Daseinsvorsorge, deshalb wollen wir, dass Bewegungs- und Sportflächen in der Wohnungsbau- politik und Quartiersplanung fest verankert und die bestehenden Anlagen unter Beachtung der energetischen Vorschriften durch die Kommunen saniert werden können. Dazu gehören auch insbesondere Schwimmsportstätten, denn unser Anspruch ist, dass jedes Kind schwimmen lernen kann. Das wollen wir mit einem Bundesprogramm zur Sanierung und Instandsetzung von Schwimmstätten erreichen. Sportgroßveranstaltungen sollen klimaneutral, sozial, nachhaltig und menschenrechtskonform ermöglicht, ihre Kosten transparent dargestellt werden, sodass sie auch einen bleibenden Infrastrukturgewinn für die Bürger*innen vor Ort schaffen (...).“</p>	
Inklusion	Minderheiten	<p>Überschrift: Für eine aktive europäische Politik mit unseren Nachbarstaaten</p> <p>Die EU muss vor allem in ihrer direkten Nachbarschaft mehr Verantwortung übernehmen. Die EU-Erweiterungspolitik ist dabei eine Erfolgsgeschichte, die wir fortschreiben wollen. Deshalb treten wir für konkrete Fortschritte bei der europäischen Integration der Länder des westlichen Balkans ein. Wir wollen notwendige Reformen, unter anderem bei Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung sowie Inklusion und Schutz von Minderheiten, insbesondere der Rom*nja, aktiv unterstützen. Die Visaliberalisierung für Kosovo*innen ist als nächster Schritt genauso unerlässlich wie Fortschritte im Serbien-Kosovo-Dialog, die Eröffnung der ersten EU-Beitrittskapitel für Albanien und Nordmazedonien oder die Schaffung einer Bürger*innengesellschaft mit gleichen Rechten für alle Bürger*innen in Bosnien und Herzegowina (...).“</p>	S. 226 - 227
Barrierefrei / Barrierefreiheit	Mobilität	<p>Überschrift: „Investitionen für starke Bahnen</p> <p>(...) Bahnhöfe wollen wir zu modernen, barrierefreien Mobilitätsstationen aufwerten. Die Kombination von Bahn mit dem Fahrrad- und Busverkehr wird dadurch deutlich verbessert, dazu sollen auch die Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder im Zug erweitert werden. Den Lärmschutz auch an dichtbefahrenen Bestandsstrecken verstärken wir, Barrierefreiheit der Bahn wollen wir in zehn Jahren erreichen. Wir sorgen dafür, dass Bahnfahren für alle bezahlbar ist. Gerade junge Menschen in Ausbildung oder Studium wollen wir bei</p>	S. 29 - 30

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		klimatefreundlicher und bezahlbarer Mobilität besonders unterstützen (...).“	
Barrierefrei	Mobilität	Überschrift: „ÖPNV ausbauen Busse und Bahnen sind für alle da, bieten preiswerte Mobilität und verringern den Autoverkehr. Wir wollen die Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 verdoppeln. Dazu muss der öffentliche Personennahverkehr attraktiver, innovativer und vollständig barrierefrei werden (...).“	S. 31
Barrierefrei	Mobilität	Überschrift: „Deutschland wird Fahrradland und stärkt die Fußgänger*innen (...) Die Anzahl der Wege mit Rad und zu Fuß soll bis 2030 verdoppelt werden. Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir die Pro-Kopf-Investitionen gemeinsam mit Ländern und Kommunen deutlich erhöhen. (...) Mit einer nationalen Fußmobilitätsstrategie schaffen wir Barrierefreiheit, Verkehrssicherheit und mehr Aufenthaltsqualität für Fußgänger*innen.	S. 31 - 32
Barrierefrei	Mobilität	Überschrift: „Mobilpass einführen Autonomes Fahren, vernetzte Mobilitätsangebote, nutzen statt besitzen – der digitale Fortschritt wird unseren Alltag in den nächsten Jahren grundlegend verändern. Wir wollen die deutsche Mobilitätswirtschaft zur Vorreiterin für neue Mobilitätslösungen machen und die Digitalisierung nachhaltig, inklusiv und ausgewogen für die Verkehrswende nutzen. Echtzeitinformationen und ein einheitliches Ticketsystem müssen im ÖPNV Standard werden. Damit man problemlos überall von A nach B kommt, wollen wir mit dem Mobilpass die Angebote von 120 Verkehrs- und Tarifverbänden in Deutschland vereinfachen und verknüpfen und Sharing- und Ridepooling-Dienste so integrieren, dass Sozial- und Umweltdumping ausgeschlossen sind. Bei der Vernetzung sind das Open-Data-Prinzip und offene Schnittstellen zu beachten. Wir wollen den Wechsel zu Fahrrad, Bus und Bahn für alle attraktiv machen und auch finanziell fördern. Der Mobilpass soll ebenso Sozialtarife und ticketlose Nutzung fördern. Alle Mobilitätskonzepte müssen barrierefrei sein und eine Teilnahme auch ohne eigene digitale Endgeräte ermöglichen (...).“	S. 32
Barrierefrei	Mobilität	Überschrift: „Moderne Verkehrsinfrastruktur Die Verkehrspolitik hat jahrzehntelang einseitig Straßenbau und Pkw-Verkehr gefördert. Sie reißt damit alle Klima- und Nachhaltigkeitsziele und führt doch tagtäglich zu Staus. Das hat keine Zukunft – moderne Mobilität für dieses Jahrhundert verlangt neue Prioritäten. Deutschland braucht eine Infrastrukturentwicklung, die den 1,5-Grad-Pfad einhält und allen Menschen zukunftsfähige und sichere Mobilität ermöglicht. Wir legen den Fokus auf den Ausbau von Geh-, Rad- und Schienenwegen, eine gleichberechtigte Verteilung von	S. 34 - 35

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<p>Flächen, die Umnutzung bestehender Infrastrukturen sowie eine intelligente barrierefreie Vernetzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel. Auch die Vermeidung von Verkehr und daraus resultierenden Belastungen, unter anderem durch bessere Bedingungen für Homeoffice und die Wiederkehr der Nahversorgung in Orte und Stadtviertel, werden wir unterstützen (...).“</p>	
Barrierefrei	Mobilität	<p>Überschrift: „Mobil auf dem Land durch eine Mobilitätsgarantie</p> <p>In ländlichen Räumen ist die Mobilitätswende am anspruchsvollsten, denn viele Menschen sind dort auf das Auto angewiesen. Zugleich schränkt diese einseitige Autozentrierung die Autonomie von Kindern, Jugendlichen und Menschen ohne Auto besonders stark ein. Wir wollen erreichen, dass Mobilität auch auf dem Land ohne Auto und barrierefrei möglich ist. Wir wollen mit den Ländern eine Mobilitätsgarantie mit gesetzlich definierten Standards für Erreichbarkeit und Erschließung einführen, erweiterte Angebote an öffentlicher Mobilität in ländlichen Räumen entwickeln, lokale Initiativen unterstützen und Radwege ausbauen. Gerade in strukturschwachen Regionen braucht es eine regelmäßige, verlässliche und barrierefreie Anbindung an den ÖPNV, zum Beispiel durch Schnellbuslinien, und an Mobilitätsdienstleistungen wie Ridepooling- und On-Demand-Verkehre (...).“</p>	S. 36
Barrierefrei	Digitalisierung	<p>Überschrift: „Digitalisierung verbessert Gesundheitsversorgung</p> <p>Wir wollen die Chancen der Digitalisierung – ob Robotik zur Unterstützung in der Pflege, Telemedizin oder die elektronische Patientenakte – nutzen, um das Gesundheitssystem zukunftsfähig zu machen. Per App sollen Patient*innen sicher auf den digitalen Impfpass, Gesundheitsinformationen wie die eigene Blutgruppe, die Krankheitsgeschichte oder die neuesten Blutwerte zugreifen können. Zur Koordination all dieser Vorhaben wollen wir mit allen Nutzer*innen des Gesundheitswesens eine Strategie für die Digitalisierung entwickeln. Damit sie den Patient*innen wirklich nützt, muss die elektronische Patientenakte weiterentwickelt werden und für alle Patient*innen einfach zugänglich und verständlich sein; eine Informationskampagne soll Patient*innen auch unabhängig von sozialer Lage oder digitaler Gesundheitskompetenz erreichen. Dabei sind unter anderem Patient*innenorganisationen stärker einzubinden. Gesundheitsdaten sollen anonymisiert und wo nötig pseudonymisiert der Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden, um die Gesundheitsversorgung in Deutschland zu verbessern. Eine Weitergabe der Daten erfolgt dabei nicht gegen den Willen der Patient*innen. Die ärztliche Schweigepflicht und das Patient*innengeheimnis müssen auch für digitalisierte Gesundheitsdaten jederzeit gewahrt bleiben. Es braucht eine dezentrale Forschungsdateninfrastruktur. Die Ergebnisse, die aus weitergegebenen Gesundheitsdaten gewonnen</p>	S. 124 - 125

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		werden, sollen der Allgemeinheit nach dem Open-Data-Prinzip zur Verfügung stehen. Alle von der Solidargemeinschaft finanzierten digitalen Angebote müssen barrierefrei sein und den höchsten Ansprüchen an Datenschutz und Datensicherheit genügen (...).“	
Barrierefrei	Wohnen Mobilität	Überschrift: „Selbstbestimmt im Alter, in Stadt und Land Wir wollen Selbstbestimmung auch im Alter ermöglichen. Wir wollen den Abbau von Barrieren in Wohnungen und im Wohnumfeld stärker finanziell fördern und somit älteren Menschen ermöglichen, länger als bisher in ihrer vertrauten Umgebung selbstbestimmt wohnen zu bleiben. Gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht Selbstbestimmung. Wir verfolgen den generationenfreundlichen Ansatz der „Age-friendly Cities and Communities“ der Weltgesundheitsorganisation – auch für ältere Menschen in Stadt und Land und im digitalen Raum. Den wollen wir mit einem Programm fördern, bei dem Ansprechstellen und Gemeindezentren über altersgerechtes Wohnen, Weiterbildungsangebote, Pflege und soziale Sicherung sowie Möglichkeiten, sich im Dorf oder im Stadtteil zu engagieren, informieren. (...). Es braucht flächendeckend barrierefreie Zugänge zu allen öffentlichen Verkehrsmitteln und die Wege zu ÖPNV und Nahversorgung sollen mit genügend Möglichkeiten zum Ausruhen und „Kräftesammeln“ ausgestattet werden.“	S. 139 - 140
Barrierefrei	Bildung	Überschrift: „Alphabetisierung vorantreiben Immer noch können mehr als gut sechs Millionen Menschen ab 18 Jahren in Deutschland nicht ausreichend lesen und schreiben. Sie haben also Schwierigkeiten, ganze Texte zu verstehen und sind somit in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe beeinträchtigt. Diese Zahlen sind 100 Jahre nach Einführung der allgemeinen Schulpflicht und in einer der reichsten Industrienationen der Welt nicht hinnehmbar. Wir wollen Geld und Kurskapazitäten bereitstellen – für Erwachsene, aber auch für Kinder. Denn die Ursachen liegen oft schon im Vorschulalter. Wir wollen konkrete Reduktionsziele für Analphabetismus festlegen und evaluieren. In öffentlichen Bereichen wollen wir die barrierefreie Kommunikation fördern, um allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.“	S. 153
Barrierefrei / Barrierefreiheit	Bildung	Überschrift: Hochschule fit für morgen machen Wir wollen an Hochschulen eine nachhaltige, klimagerechte und barrierefreie Modernisierung ermöglichen, die auch digitale Infrastruktur und die IT-Sicherheit mit einschließt. Wir werden sie dabei unterstützen, neue Lösungen für den Klimaschutz zu entwickeln und vor Ort als Reallabore für Klimaneutralität Ideen praktisch erproben zu können. Darüber hinaus werden wir über eine Digitalisierungspauschale die IT-Infrastruktur an Hochschulen stärken und die IT-Barrierefreiheit einfordern, Aus- und Weiterbildung der Lehrenden	S. 156 - 157

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<p>ausbauen und digitale Beratungs- und Betreuungsangebote für Studierende ausweiten. Der Zugang zu Forschungs- und Bildungsdaten soll erleichtert und FAIR Data das Grundprinzip werden. Wir wollen zudem Open Access bei Publikationen zum Standard erklären und als wissenschaftliche Leitidee stärker fördern und zusammen mit der Wissenschaft vorantreiben. Die dadurch anstehende Reform der Finanzierung wissenschaftlicher Publikationen darf nicht zu Lasten der Forscher*innen oder ihrer Einrichtungen gehen. Hochschulen sind Zukunftslabore für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Als Schlüsselakteur*innen unseres Innovations- und Bildungssystemes tragen sie die Verantwortung für die Bildung der Gestalter*innen unserer Zukunft und für die Erneuerungsfähigkeit von Wissenschaft und Gesellschaft. Wir wollen die nationale Forschungsdateninfrastruktur stärken und die Chancen der europäischen Cloud für Wissenschaft und Forschung ergreifen. Zu einer zukunftsfesten Infrastruktur an den Hochschulen gehören moderne Bibliotheken, Lehr- und Lernräume, die klimafreundliche Sanierung von in die Jahre gekommenen Hochschulbauten sowie Nachhaltigkeit und Klimaschutz für Neubauten in der Wissenschaft. Auch wollen wir den Nationalen Aktionsplan „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ vollumfänglich umsetzen und auch an den Hochschulen die Entwicklung neuer Lehr- und Lernformate unterstützen, um den großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit begegnen zu können (...).“</p>	
Barrierefrei	Verwaltung	<p>Überschrift: „Digitale Ämter – serviceorientiert, schnell und zuvorkommend“</p> <p>Jeden Tag verrichten gut ausgebildete Fachleute in den Behörden ihre Arbeit, um das Land am Laufen zu halten. Dennoch ist für viele Menschen der Kontakt zu deutschen Behörden unkomfortabel und unzeitgemäß. Ein Grund dafür sind unzureichende Technik und veraltete und überkommene Abläufe. Mit barrierefreien E-Government-Dienstleistungen, sicheren digitalen Beteiligungsformaten und Open Government wollen wir unsere Verwaltung modernisieren und unnötige Bürokratie wie Schriftformerfordernisse abbauen. (...) Wir verfolgen dabei die Vision eines digitalen, antragslosen und proaktiven Sozialstaats. In diesem werden Leistungen des Staates ohne komplizierte Anträge geprüft und automatisch den Berechtigten bereitgestellt.“</p>	S. 163
Barrierefrei / Barrierefreiheit / Behinderung	Frauenrechte	<p>Überschrift: „Frauenhäuser absichern“</p> <p>Jeder Mensch hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Es ist die Pflicht des Staates, Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen. Frauenhäusern kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Deshalb müssen deutlich mehr Frauenhausplätze geschaffen werden, auch im ländlichen Raum. Denn jede von Gewalt betroffene Frau, ob mit oder ohne Kinder, braucht eine Anlaufstelle und Schutz – unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status, ihrer Wohnsituation</p>	S. 189 - 190

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<p>oder davon, ob sie eine Beeinträchtigung hat. Mit einem gesetzlichen Rechtsanspruch auf Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt sichern wir über eine Geldleistung des Bundes Betroffene unabhängig von ihrem Einkommen ab und verbessern den Zugang zu Schutzeinrichtungen und deren Angeboten für alle Frauen. Länder und Kommunen müssen weiterhin ihrerseits ihrer Finanzierungsverantwortung nachkommen. Für die Aufenthaltszeit in einem Frauenhaus sollen Betroffene, die Sozialleistungen erhalten, nicht schlechtergestellt werden. Wir brauchen Frauenhäuser, in denen Kinder, auch wenn sie älter sind, mit aufgenommen werden können. Auch Männer, die Opfer von Partnerschaftsgewalt geworden sind, brauchen Unterstützung und Zufluchtsräume. Dieses Angebot wollen wir ausbauen. Zudem müssen intersektionale Schutzkonzepte und Zufluchtsräume, insbesondere auch für queere, nichtbinäre Menschen, entwickelt und bereitgestellt werden. Wir fördern die Barrierefreiheit von Frauenhäusern und Beratungseinrichtungen, damit auch für von Gewalt betroffene Frauen mit Behinderungen Schutzmöglichkeiten zur Verfügung stehen.“</p>	
Behinderung	Mobilität	<p>Überschrift: „Mehr Sicherheit durch die Mobilitätswende</p> <p>Alle Menschen sollen sich in ihrem Alltag angstfrei fortbewegen und unversehrt ihre Ziele erreichen können. Gerade Kinder, ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung brauchen eine besondere Aufmerksamkeit bei der Verkehrsplanung. Damit mehr Menschen auf das Fahrrad steigen oder öfter zu Fuß gehen, sind zeitgemäße Verkehrsregeln, eine sichere Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur und eine Neuverteilung der Flächen entscheidend. Unser Ziel ist die Vision Zero, d. h. keine Toten und Schwerverletzten mehr im Straßenverkehr (...).“</p>	
Behinderung	Arbeit	<p>Überschrift: „Fachkräftemangel bekämpfen</p> <p>Durch den demografischen Wandel wird in den kommenden 15 Jahren die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter um sechs Millionen schrumpfen. Gleichzeitig erfordern die Berufe der Zukunft ganz neue Fähigkeiten. Der Arbeits- und Fachkräftemangel wird sich verstärken. Dem wollen wir entgegenwirken. Dafür investieren wir mehr in berufliche und berufs begleitende Bildung. Die duale Berufsausbildung soll durch eine Weiterentwicklung und Modernisierung insbesondere der Lehrinhalte und der Ausstattung aufgewertet werden. Die Finanzierung bedarf der Anpassung. Der Meisterbrief soll wie ein Studium kostenfrei werden. Wir lassen keine Potenziale mehr ungenutzt: Hürden, die Frauen, Älteren, Menschen mit Behinderungen, Jugendlichen aus einkommensarmen Elternhäusern oder Menschen mit Migrationsgeschichte oft noch im Weg stehen, bauen wir ab und werden Geschlechterstereotypen entgegenwirken (...).“</p>	S. 67 - 68

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Behinderung	Familie	<p>Mehr Zeit für Familien</p> <p>„Den Kopf frei haben für die Familie und die Kinder, auch wenn sie krank sind, das ist unser Ziel. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, der wir uns gemeinsam mit Wirtschaft und öffentlichen Institutionen stellen. Alle Eltern sollen Elternzeit unkompliziert in Anspruch nehmen können. Mit der Kinder-Zeit Plus wollen wir das Elterngeld auf 24 Monate ausweiten: Pro Elternteil je acht Monate, weitere acht Monate können flexibel untereinander aufgeteilt werden. Wird die Kinder-Zeit Plus Teilzeit in Anspruch genommen, verlängert dies entsprechend den Bezugszeitraum. Sie kann bis zum 14. Geburtstag des Kindes genommen werden, denn auch bei älteren Kindern kann zeitweise mehr Aufmerksamkeit nötig sein. Die Bedarfe der Familien von Kindern mit Behinderung sollen zusätzlich Berücksichtigung finden. Wir unterstützen Eltern dabei, Familie und Arbeit mit einer neuen Arbeitszeitkultur und einem flexiblen Vollzeitkorridor in eine ausgewogene Balance zu bringen, Familien- und Hausarbeit partnerschaftlich zu teilen und Teilzeitfallen zu vermeiden (...).“</p>	S. 101 - 102
Behinderung	Arbeit	<p>Überschrift: „Arbeitsversicherung stärkt Chancen</p> <p>Wir wollen die Arbeitsmarktpolitik auf die Zukunft ausrichten und die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung umbauen. Zentral dafür sind ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung und die Stärkung der beruflichen Qualifikation. In einer Welt, in der häufige Berufswechsel für Viele Normalität sind und man nicht mehr automatisch 40 Jahre im gleichen Betrieb arbeitet, brauchen alle Menschen Anlaufstellen und Unterstützung, um ihr Berufsleben selbstbestimmt zu gestalten. Überall dort, wo es eine Arbeitsagentur gibt, sollen Bildungsagenturen zentrale Anlaufstellen werden und Menschen bei der Neuorientierung unterstützen, Weiterbildungsberatung und -förderung sollen damit vereinfacht werden. Die Förderung des lebensbegleitenden Lernens für Menschen mit Behinderungen wollen wir ausbauen. Den Zugang zur Arbeitsversicherung werden wir deutlich erleichtern und bereits ab vier Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung einen Anspruch auf Arbeitslosengeld einführen (...).“</p>	S. 107
Behinderung	Pflege	<p>Überschrift: „Arbeitsbedingungen in der Pflege und der Gesundheitsversorgung verbessern</p> <p>Pflegekräfte leisten einen unschätzbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Menschen, die im Alter, aufgrund einer Behinderung oder bei Krankheit Unterstützung brauchen, wünschen sich zu Recht Pflegekräfte, die sich professionell und mit Sorgfalt um sie kümmern können. Aktuell müssen Beschäftigte in medizinischen Berufen zu oft über ihre Belastungsgrenzen hinaus arbeiten. Unterbesetzung, Überstunden, physische und psychische Überforderung sind Alltag,</p>	S. 127 - 128

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		nicht nur in Pandemiezeiten. Darunter leiden alle, Patient*innen wie Pflegende. Diese Arbeitsbedingungen wollen wir verbessern (...).“	
Behinderung	Wohnen	<p>Überschrift: „Ein Recht auf Wohnen ins Grundgesetz</p> <p>Alle Menschen brauchen angemessenen Wohnraum. Wohnen ist ein Menschenrecht. Aber es wird immer schwieriger, überhaupt Wohnungen zu finden. Und die Mieten und Immobilienpreise steigen vielerorts immer noch weiter. Großstädte teilen sich immer stärker in Einkommensstadtteile auf, Innenstädten geht das Leben verloren. Viele Städte brauchen eine Neuausrichtung hin zu einem gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt. Deshalb gilt es zu handeln, damit gerade auch Familien, Studierende, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen oder Geringverdiener*innen nicht in Bedrängnis geraten, sondern gut und sicher wohnen können. Wir wollen das Recht auf Wohnen ins Grundgesetz aufnehmen. In Deutschland sind derzeit – nach Schätzungen – etwa 700.000 Menschen wohnungslos, 40.000 von ihnen leben ohne Obdach auf der Straße, mehr und mehr junge Menschen, Frauen und Familien. Um diesen Zustand zu beenden, wollen wir ein nationales Aktionsprogramm zur Vermeidung und Bewältigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit auflegen (...).“</p>	S. 130
Behinderung	Bildung	<p>Überschrift: „Eine Grundsicherung in Ausbildung und Studium</p> <p>Wir wollen, dass sich jede*r eine schulische Ausbildung oder ein Studium leisten kann, unabhängig von der Einkommens- und Vermögenssituation der Eltern. Dafür wollen wir das BAföG neu aufsetzen und zu einer Grundsicherung für alle Studierenden und Auszubildenden umbauen. Sie soll in einem ersten Schritt aus einem Garantietrag und einem Bedarfzuschuss bestehen, der den Gesamtbeitrag im Vergleich zum heutigen BAföG substanziell erhöht und dem Großteil des in Frage kommenden Personenkreises zugutekommt. Studierende oder Auszubildende bekommen den Betrag direkt überwiesen. Perspektivisch soll sie elternunabhängig gestaltet sein. Da nicht jeder Bildungsweg linear ist oder zum Teil berufsbegleitend verläuft, wollen wir die Bildungsfinanzierung noch stärker altersunabhängig konzipieren. Ein Schritt in diese Richtung ist die Einführung eines Weiterbildungs-BAföGs. Menschen mit Behinderung erhalten weiter gehende, unbürokratische Unterstützung. Studien- und Verwaltungsgebühren an staatlichen Hochschulen lehnen wir ab (...).“</p>	S. 152
Behinderung	Bildung	<p>Überschrift: „Ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung</p> <p>Die Möglichkeit zur beruflichen Neuorientierung und der Freiraum, Neues zu lernen, sind in einer modernen Wissensgesellschaft und Arbeitswelt im Umbruch, die Chancen bieten soll, unerlässlich. Auch durch die Corona-Pandemie ist bei vielen die Notwendigkeit entstanden, sich neue Arbeitsfelder zu erschließen. Wir wollen, dass jede*r,</p>	S. 152

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<p>egal ob arbeitslos, selbständig oder angestellt, künftig selbstbestimmt neue berufliche Perspektiven entwickeln kann. Wir treten daher für einen individuellen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Qualifizierung ein. Zur sozialen Absicherung ist für arbeitsmarktbedingte Weiterbildungen und Qualifizierungen ein auskömmliches Weiterbildungsgeld nötig, für alle anderen, die sich beruflich entwickeln oder neuorientieren wollen, ein Weiterbildungs-BAföG. So profitieren auch diejenigen, die bei der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung bislang das Nachsehen haben, etwa Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte oder Behinderungen und alle prekär Beschäftigten. Um abhängig Beschäftigten die Zeit für eine berufliche Qualifizierung und Weiterbildung einzuräumen, wollen wir einen Freistellungsanspruch mit Rückkehrrecht auf den vorherigen Stundenumfang einführen. Daneben werden wir für eine verbesserte und gebündelte Beratung und Unterstützung Bildungsagenturen aufbauen. Dort sollen sich die relevanten regionalen Träger von Weiterbildung vernetzen. Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen und faire Vergütung in der Weiterbildung ein und wollen die Volkshochschulen und ähnliche öffentliche und gemeinnützige Bildungseinrichtungen als wichtige Partner*innen der Weiterbildung unterstützen.“</p>	
Behinderung	Gesellschaft	<p>Überschrift: „Zusammen leben</p> <p>Menschen sind unterschiedlich, aber gleich in ihrer Würde und ihren Rechten. Nur wenn Würde und gleiche Rechte unverhandelbar sind, wenn alle Menschen in unserer Gesellschaft, in unserem Europa gleichen Schutz und gleiche Chancen haben und ihre Rechte in Anspruch nehmen können, kommen Freiheit und Sicherheit – individuelle und gesellschaftliche – heraus und wird Gerechtigkeit befördert. Dieser Anspruch ist jedoch noch nicht voll verwirklicht. Wenn mit Frauen die Hälfte der Bevölkerung nicht gleichberechtigt beteiligt, repräsentiert und bezahlt wird und Menschen noch immer Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus erleben, ist die Demokratie nicht vollkommen. Nötig sind mehr Zugänge, mehr Teilhabe, mehr Selbstwirksamkeit und mehr Repräsentanz, zum Beispiel für Menschen in prekären Lebensverhältnissen, Menschen mit Migrationsgeschichte oder mit Behinderung. Eine gleichberechtigte Gesellschaft braucht Politik, die Strukturen verändert.“</p>	S. 160 - 161
Behinderung	Kirche	<p>Überschrift: „Verhältnis Staat und Kirchen weiterentwickeln</p> <p>Die christlichen Kirchen und Gemeinden sind wichtige Akteur*innen der Zivilgesellschaft. Sie verleihen unserer Gesellschaft vielfältige Impulse und leisten einen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Für die Arbeit mit Pflegebedürftigen, Menschen mit Behinderungen und Kindern sind auch die kirchlichen Träger von großer Bedeutung. Ihre tatkräftige Unterstützung, wenn es um Seenotrettung und die Integration von Geflüchteten geht, ist ein wichtiger</p>	S. 174 - 175

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<p>gesellschaftlicher Beitrag. Das Grundrecht auf Religions-, Gewissens- Weltanschauungsfreiheit wollen wir, auch weltweit, weiter stärken und religiös oder weltanschaulich Verfolgte schützen. Wir wahren das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften, suchen die Kooperation und den Dialog mit allen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die das Grundgesetz achten, und stehen dabei stets zum säkularen Staat und seinem Neutralitätsprinzip. Auch Konfessionsfreie haben einen Anspruch auf umfassende Berücksichtigung ihrer Belange und auf gleichberechtigte Teilhabe (...).“</p>	
Behinderung	Repräsentation	<p>Überschrift: „Macht fair teilen, auch in den Parlamenten“</p> <p>Es ist höchste Zeit für eine faire Verteilung von Macht. Unsere repräsentative Demokratie muss diverser werden, unsere Parlamente brauchen die Vielfalt der Herkunft und Lebenswege, die Debatten brauchen die Perspektiven, die daraus entstehen. Wir werden Hürden abbauen damit auch queere Menschen, Nicht-Akademiker*innen, Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationsgeschichte gleichberechtigt und selbstverständlich vertreten sind. Macht fair teilen heißt auch, dass es dringend mehr Frauen in den Parlamenten und Kommunalvertretungen braucht, denn sie stellen 51 Prozent der Wahlberechtigten. Gleichberechtigung von Frauen ist ein historischer und verfassungsrechtlicher Auftrag für uns alle und soll sich bereits bei den Nominierungsverfahren niederschlagen. Dass Parität per Gesetz wirksam und angemessen ist, zeigen Beispiele aus dem europäischen Ausland. Dass verfassungsrechtlich hohe Hürden bestehen, haben Urteile von Verfassungsgerichten aus zwei Bundesländern aufgezeigt. Diese Hürden gilt es abzubauen, um rechtlich gute Lösungen zu finden. Wir setzen uns daher auch im Bund für ein Paritätsgesetz ein und werden entsprechende Gesetzesänderungen auf den Weg bringen. Um Frauen das politische Engagement zu erleichtern, braucht es auch Maßnahmen und Angebote, die Frauen den Einstieg in und die Gestaltung von Politik erleichtern.“</p>	S. 177 - 178
Behinderung	Minderheitenschutz UN-BRK	<p>Überschrift: „Rechte von Minderheiten schützen“</p> <p>Der Umgang mit Minderheiten ist der Gradmesser für den Menschenrechtsschutz in einer Gesellschaft. Wir setzen uns dafür ein, die Rechte von Minderheiten auf internationaler Ebene zu stärken – auch innerhalb der EU. Nach wie vor setzen die einzelnen Staaten den durch die Vereinten Nationen vorgegebenen Minderheitenschutz in nationales Recht um, ohne dass einheitlich kontrolliert wird, ob das umfassend genug ist. Damit ist der Schutz lückenhaft. Wir werden außenpolitisch für die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien um Schutz von LSBTIQ* eintreten. In der Entwicklungspolitik wollen wir hier einen neuen Fokus setzen und unser Engagement deutlich steigern. Selbst innerhalb der EU gibt es große Unterschiede: Es existieren keine gemeinsamen EU-</p>	S. 237 - 238

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
		<p>Mindeststandards, kein einheitlicher Rechtsrahmen, der den Schutz und die Förderung von Minderheiten gewährt. Das wollen wir ändern. Wir werden uns für die Verabschiedung der 5. Antidiskriminierungsrichtlinie einsetzen, damit international anerkannte Menschenrechte in der EU eine Rechtsgrundlage erhalten und die VN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf europäischer Ebene rechtlich umgesetzt wird. Den EU-Aktionsplan gegen Rassismus treiben wir national und international voran.“</p>	

Anhang 9: Auszüge Wahlprogramm Die Linke

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Inklusiv	Gesellschaft	„Menschlichkeit ist für uns unteilbar: Viele Menschen werden wegen ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft ihrer Armut, ihres Geschlechts, ihres Alters, Glaubens oder ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert, von sozialer und politischer Teilhabe ausgegrenzt. Oft sind sie psychischer und körperliche Gewalt ausgesetzt. Wir aber wollen ein Land, in dem alle gleichberechtigt zusammenleben und an den demokratischen Entscheidungen beteiligt werden. Wir setzen Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt unser Modell einer inklusiven und sozialistischen Gesellschaft entgegen. Deshalb setzen wir uns für Bleiberecht und gleiche Rechte ein. Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, nicht Geflüchtete. Elend und Sterben an den europäischen Außengrenzen müssen ein Ende haben: Seenotrettung und die Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen einzuhalten, muss selbstverständlich sein. Wir wollen die Lager evakuieren, in denen Geflüchtete unter unmenschlichen Bedingungen eingesperrt sind und kämpfen gemeinsam für die vollständige Wiederherstellung des Rechts auf Asyl.“	S. 13
Inklusiv / Behinderung / Barrierefreiheit	Arbeit Frauenrechte	„Gute Arbeit und Einkommen, von denen man leben kann, auch für Menschen mit Behinderung. Menschen mit Behinderung sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen – aufgrund fehlender Barrierefreiheit und aufgrund anderer Diskriminierungen. Wir kämpfen für einen inklusiven Arbeitsmarkt ohne Sonderstrukturen.“	S. 19
Inklusiv	Staatliche Leistungen	„Mit unserem Konzept der Solidarischen Erwerbstätigenversicherung stellen wir die Weichen für eine gerechte, stabile und inklusive Alterssicherung der Zukunft, die für alle Erwerbstätigen da ist. Sie wird von folgenden Einzelmaßnahmen flankiert (...).“	S. 23
Inklusiv	Wohnen	„Altersgerechte, gemeinnützige (zum Beispiel genossenschaftliche), inklusive und vielfältige Wohn- und Betreuungsformen schaffen. Sie sollen das Zusammenleben unterschiedlicher Generationen, Nationalitäten, Religionen, Geschlechter, von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung oder Befähigung ermöglichen. Ältere Menschen sollen so lange wie gewünscht in ihrer eigenen Wohnung und im gewohnten Wohnumfeld bleiben können.“	S. 30
Inklusiv	Arbeit	„Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen wollen wir vor dem Gesetz und in den Sozialversicherungen gleichstellen und ihnen Zugang zu einem inklusiven Arbeitsmarkt ermöglichen.“	S. 36

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Inklusiv	Bildung	„Wir stellen sozialer Spaltung in der Bildung, Leistungsdruck und Unterfinanzierung eine andere Idee entgegen. Durch den Zugang zu Bildung sollen soziale Benachteiligungen abgebaut, nicht noch verstärkt werden. Wir wollen gemeinsames solidarisches Lernen statt Konkurrenz und Notendruck. DIE LINKE setzt sich für ein inklusives Bildungssystem ein, in dem Menschen individuell gefördert werden. Wir wollen Bildung und Wissenschaft, die den Einzelnen gerecht wird und dazu beiträgt, gesellschaftliche Fragen zu beantworten. Wie stoppen wir die Klimakrise? Wie können wir so leben und produzieren, dass alle genug zum Leben haben und die Umwelt geschont wird? Mit neuen Herausforderungen entstehen neue Anforderungen an Bildung. Wir wollen die Hochschulen öffnen, die Weiterbildung und den Rechtsanspruch auf berufliche Bildung stärken und Programme auflegen, damit alle eine berufliche Zukunftsperspektive haben.“	S. 46
Inklusiv	Bildung	„Wir wollen die Gebäude sanieren, ausbauen und dem Bedarf für inklusive Bildung anpassen.“	S. 46
Inklusiv / Behinderung	Bildung	„Eine Schule für alle: inklusiv Wesentliche Ursache der sozialen Spaltung in der Bildung ist die frühe Aufteilung der Schüler*innen in unterschiedliche Schulformen. In der Coronazeit hat sich gezeigt, wie unterschiedlich die Voraussetzungen der Schüler*innen sind: Einige haben ein eigenes Zimmer und einen Laptop, andere müssen sich beides teilen. Nicht alle bekommen wertvolle Unterstützung zu Hause. Schüler*innen mit Behinderungen kämpfen mit zusätzlichen Barrieren. Wir wollen eine Schule für alle: Eine Gemeinschaftsschule, die kein Kind zurücklässt und sozialer Ungleichheit entgegenwirkt. Die Gemeinschaftsschule fördert die Kinder individuell und umfassend. Sie ist ganztägig organisiert und bietet alle Schulabschlüsse an.“	S. 48

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Inklusiv / Inklusion / Barrierefrei / Behinderung	Bildung	<p>„Der Rechtsanspruch auf inklusive Bildung und das Recht auf das gemeinsame Lernen in einer Regelschule gehört in jedes Schulgesetz. Alle Schulen müssen über barrierefreie Zugänge für alle Kinder verfügen, die nicht nur auf die baulichen Voraussetzungen beschränkt werden dürfen. Sie müssen über adäquate Ausstattung und Qualifizierung bei Personal, Assistenzleistungen, Lehr- und Lernmittel sowie sonstige Hilfsmittel für jedes Kind verfügen. Wir wollen ein Zwei-Lehrer*innen-System umsetzen, als eine der Rahmenbedingungen, mit der wir Förderschulen überflüssig machen. Inklusion darf nicht davon abhängig gemacht werden, wie viel sie kostet! Bund, Länder und Kommunen müssen ein Investitionsprogramm »Inklusive Bildung« auflegen, um Bildungseinrichtungen umfassend barrierefrei umzubauen und auszustatten. DIE LINKE will eine inklusive Schule, in der alle Kinder und Jugendlichen willkommen sind und gemeinsam mit- und voneinander lernen. Inklusion ist eine Aufgabe, die sich nicht auf einzelne Gruppen bezieht – weder auf Schüler*innen mit Behinderungen, noch auf diejenigen nicht deutscher Herkunft noch auf solche, die aus anderen Gründen von Teilhabe ausgeschlossen werden. Heute wird vielfach besonderer Förderbedarf festgestellt. Es werden aber zu wenige und ungenügende Hilfen für diesen Förderbedarf angeboten. Das muss sich ändern. Statt immer mehr Kindern den Stempel eines Förderbedarfes aufzudrücken, wollen wir das mehrgliedrige Schulsystem Schritt für Schritt abbauen und alle Kinder ohne abwertende Etikettierung umfassend fördern.“</p>	S. 48

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Inklusiv	Bildung	<p>„Gutes Studium, gute Arbeitsbedingungen, gute Forschung Das Studium ist von Leistungsdruck und Zeitdruck geprägt. Das führt zu Stress bei Studierenden und Beschäftigten. Dazu kommt: Viele Studierende haben in der Coronakrise ihre Nebenjobs verloren und wissen nicht, wie sie die Miete aufbringen sollen. Das trifft vor allem diejenigen hart, die nicht aus wohlhabenden Familien stammen. Viele werden von vornherein durch Zugangshürden vom Studium ausgeschlossen. Weiter hat die pandemiebedingte Schließung der Hochschulen die seit Jahren andauernde Konkurrenz und Vereinzelung im Studium weiter befördert. Das ist politisch gewollt. Es muss aber nicht so bleiben. DIE LINKE setzt sich für eine soziale, demokratische, offene und inklusive Hochschule und Wissenschaftslandschaft ein. Wir stehen an der Seite von Initiativen und Bewegungen, die für bessere Bedingungen kämpfen: für eine Entfristung und faire Bezahlung von wissenschaftlichem Personal, gute Studien- und Lebensbedingungen für Studierende und dafür, dass die Coronakrise auch an den Hochschulen solidarisch bewältigt wird. Es bleibt viel zu tun. Seit Jahren werden die Hochschulen und Universitäten unter dem Druck der öffentlichen Finanzierungssysteme zur unternehmerischen Hochschule ausgebaut. Das Ziel ist es, Wissen, Bildung und Forschung wirtschaftlich verwertbar zu machen. Durch die chronische Unterfinanzierung bleibt der Raum für unabhängige und gesellschaftskritische Forschung und Lehre und damit eine wesentliche Funktion von Wissenschaft auf der Strecke. Forschung ohne Drittmittel ist kaum noch möglich. DIE LINKE fordert eine ausreichende Finanzierung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen durch den Staat.“</p>	S. 52
Inklusiv	Mobilität Arbeit	<p>„Die Infrastruktur in vielen Kommunen und Regionen wurde kaputtgespart. Es mangelt an Einrichtungen, Dienstleistungen und Personal. Das betrifft besonders gering verdienende Menschen und führt im Alltag bei vielen zu Stress. Mit einer sozialökologischen Investitionsoffensive wollen wir das ändern. Wir wollen attraktive Dienstleistungen und öffentliche Angebote für Gute Arbeit schaffen – inklusiv, demokratisch und gemeinwohlorientiert. Wir setzen dabei auf eine Erneuerbare-Energien und Mobilitätswende für ökologische und bezahlbare Energieversorgung und Mobilität für alle. Auf Investitionen in bezahlbare, energieeffiziente Wohnungen, die von gut bezahlten Beschäftigten gebaut werden. Auf einen klimaneutralen Umbau der Kommunen, der wohnortnahe Versorgung, funktionierende Infrastruktur und mehr Lebensqualität ermöglicht.“</p>	S. 57

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Inklusiv / Behinderung	Digitalisierung	„DIE LINKE will die digitalen Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen in allen Lebensbereichen erhöhen, um der zunehmenden Ausgrenzung insbesondere von Menschen mit Behinderung, alten Menschen sowie Menschen aus armen Verhältnissen entgegenzuwirken. Dazu braucht es inklusive digitale Formate und die ausreichende Bereitstellung der dafür benötigten finanziellen Mittel, um den gleichberechtigten und chancengerechten Zugang zu Produkten und Dienstleistungen für alle sicherzustellen.“	S. 94 - 95
Inklusiv / Barrierefrei	Gesellschaft	„Selbstbestimmt leben in einer inklusiven und barrierefreien Gesellschaft Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen gleichberechtigt zusammenleben und an den demokratischen Entscheidungen beteiligt werden – unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und sozialen Stellung, ihrem Geschlecht, Alter oder ihrer sexuellen Orientierung. Eine inklusive Gesellschaft, in der niemand ausgegrenzt wird.“	S. 110
Inklusiv / Behinderung / Behindert / Barrierefrei	Arbeit	Die Realität sieht anders aus. Rund 16 Prozent der Bevölkerung leben mit anerkannten Behinderungen und chronischen Erkrankungen. Durch vielfältige Barrieren im Alltag – zum Beispiel in Verkehrsmitteln, Arbeitsstätten, Bildungseinrichtungen, Arztpraxen, Behörden oder im digitalen Bereich – ist Teilhabe für sie nur eingeschränkt möglich. Der allgemeine Arbeitsmarkt ist auch über zehn Jahre nach Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) nicht barrierefrei und inklusiv. Vielmehr droht den Betroffenen eine Armutsspirale. Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung sind überproportional oft erwerbslos, von Sozialhilfe abhängig und in Heimen untergebracht.“	S. 110
Inklusiv	Arbeit Frauenrechte	„Gute Arbeit und Einkommen, von dem man leben kann, müssen auch für Menschen mit Behinderung auf einem inklusiven Arbeitsmarkt stärker gefördert werden. Das schließt die Beschäftigten in Werkstätten ein! Menschen mit Behinderungen sind überdurchschnittlich von Erwerbslosigkeit betroffen: Weil es zu viele Barrieren gibt und aufgrund anderer Diskriminierungen. Wir brauchen einen inklusiven Arbeitsmarkt. Die gesetzliche Beschäftigungspflicht von Unternehmen muss wieder auf sechs Prozent angehoben und konsequent – unter der Maßgabe von Sanktionen – umgesetzt werden. Initiativen zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit müssen gezielt auch Menschen mit Behinderungen einschließen. Dabei sind Frauen mit Behinderungen besonders zu berücksichtigen.“	S. 111

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Inklusiv	Arbeit	„Die Ausgleichsabgabe wollen wir deutlich anheben. Alle Regelungen sollen beseitigt werden, die es Unternehmen ermöglichen, die Zahlung der Ausgleichsabgabe zu reduzieren und so die Beschäftigungspflicht faktisch auszuhebeln. Wir stellen sicher, dass die Mittel der Ausgleichsabgabe nur für die Schaffung und Sicherung inklusiver Bedingungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt und nicht für institutionelle Förderungen verwendet werden.“	S. 111
Inklusiv / Barrierefreiheit / Behindert	Wohnen	Für den Wohnungsbau gilt zukünftig ein grundsätzliches Gebot der Barrierefreiheit. Für die Umsetzung eines sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbaus mit barrierefreien Wohnungen und inklusiven Wohnangeboten – auch im Bestand – bedarf es einer Investitionsoffensive. Vermieter*innen dürfen die Zustimmung zu einem behindertengerechten Umbau ihrer Wohnung nicht mehr verweigern können.“	S. 111 - 112
Inklusiv / Barrierefrei / behindert	UN-BRK	Die Städtebauförderung muss auf die Entwicklung von inklusiven und umfassend barrierefreien Lebensräumen und Stadtquartieren ausgerichtet werden, in denen ein gleichberechtigtes, am Sozialraum orientiertes Zusammenleben aller Menschen mit und ohne Behinderung erreicht wird: ein universelles Design (Design für alle bzw. Nutzen-für-alle-Konzept) gemäß Artikel 2 der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen.“	S. 112
Inklusiv / Behinderung	Bildung	„Eine Schule für alle! Wir wollen inklusive Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung in allen Entwicklungsphasen mit entsprechender Qualifizierung des Personals und ausreichender Personal- und Sachausstattung der Einrichtungen (vgl. Kapitel »Gute Bildung«).“	S. 112
Inklusiv / Barrierefrei	Kultur	„Kultureinrichtungen müssen barrierefrei sein und inklusive Angebote unterbreiten.“	S. 127
Inklusiv / Barrierefrei	Medien	„Ob bei privaten oder öffentlich-rechtlichen Medienhäusern: für DIE LINKE muss sich die Vielfalt der Gesellschaft in der Personalstruktur und im Programm wiederfinden, damit mehr Lebensrealitäten widerspiegelt werden. Journalismus und Medienarbeit dürfen nicht zu einem Berufsfeld werden, das man sich leisten können muss. Wir wollen daher gute Arbeitsbedingungen, Geschlechtergerechtigkeit und Diversität in der Medien- und Filmbranche schaffen. Medienarbeit und -bildung müssen inklusiv sein und die Mediennutzungsmöglichkeiten vielfältig und barrierefrei.“	S. 129

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Inklusiv	Sport	Überschrift: „Sport ist kein Luxus Sport ist für alle da. Dafür müssen wir die Zugangsbedingungen zum Sport verbessern. Sport treiben zu können, soll nicht vom Einkommen und sozialen Status abhängen. Sportvereine sind auch Orte erfolgreicher Integration. Wir fördern inklusiven, integrativen, natur- und umweltverträglichen Sport. Sportangebote und die Sportförderung müssen geschlechtergerecht sein und alle Altersgruppen angemessen berücksichtigen.“	S. 131
Inklusiv	Gesellschaft	Überschrift: „Wie wir das Land verändern DIE LINKE kämpft für soziale Gerechtigkeit und Frieden, wir streiten für einen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, der die Menschen überall auf dieser Welt in den Mittelpunkt stellt: die Beschäftigten, Rentner*innen, die Erwerbslosen – und die Menschen von morgen, unsere Kinder und Enkel. Ihnen wollen wir eine lebenswerte, inklusive und klimagerechte Gesellschaft übergeben.“	S. 153
Inklusion	Bildung	„Gute Bildung für alle: Wir stellen 200 000 zusätzliche Erzieher*innen ein, um allen Kindern einen guten Kita-platz zu garantieren und flächendeckende Ganztagsbetreuung zu gewährleisten. An den Schulen wollen wir zudem 100000 neue Stellen für Lehrer*innen und Sozialpädagogen*innen schaffen. Wir wollen Gebäude sanieren, Kitas, Schulen und Unis bedarfsgerecht und zukunftsfähig ausstatten und Inklusion fördern – pro Jahr 58 Milliarden Euro (vgl. Kapitel »Bildung«).“	S. 58
Inklusion / Behinderung	Gesellschaft Minderheitschutz	„Wir verstehen Inklusion als einen Prozess zum Abbau von gesellschaftlichen Ungleichheiten. Er bezieht sich auf all die Menschen, die von Teilhabe ausgeschlossen und an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden: Menschen mit Behinderung, alte Menschen, Geflüchtete, Sinti*zze und Rom*nja, sprachliche und kulturelle Minderheiten, Menschen mit anderen Glaubensbekenntnissen und anderer sexueller Orientierung und viele mehr. Inklusion eröffnet allen Menschen die Möglichkeit, überall im politischen, sozialen und kulturellen Leben nicht nur dabei zu sein, sondern es selbstbestimmt aktiv mitgestalten zu können.“	S. 110
Inklusion / Behinderung	Arbeit	„Inklusionsunternehmen mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen wollen wir deutlich stärker fördern und ausweiten.“	S. 111

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Inklusion / Barrierefrei- heit	Gesundheit	„Auf Dolmetscher*innen-Leistungen soll es im Rahmen medizinischer Leistungen einen gesetzlichen Anspruch geben. Auch Inklusion, Teilhabe und Barrierefreiheit dürfen keine Frage des Aufenthaltstitels mehr sein.“	S. 113
Inklusion	Kultur	„Länder und Kommunen müssen ausreichend Mittel erhalten, damit sie ihren Aufgaben in der Kulturpflege und Kulturförderung nachkommen, um Tarifflicht zu vermeiden und eine große Vielfalt der kulturellen Angebote im Bestand samt den notwendigen Investitionen dafür sichern können. DIE LINKE will »Kultur für alle« und kulturelle Teilhabegerechtigkeit realisieren. Um Chancengleichheit, Inklusion und Vielfalt zu stärken, muss sich ein diversitätsorientierter Strukturwandel im Kulturbereich an macht- und diskriminierungskritischen Kriterien orientieren. Vielfalt im Kulturbereich wirkt sich auf das Programm aus, sodass neue Perspektiven und Zugänge zu Kultur eröffnet und Besucher*innen dazugewonnen werden.“	S. 127
Barrierefrei	Mobilität	„mit infrastrukturellen Angeboten (ÖPNV, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen, Bibliotheken etc.) werden Türen geöffnet und es wird Teilnahme am gesellschaftlichen Leben hergestellt – niedrigschwellig, barrierefrei, wohnortnah im Lebensumfeld und möglichst gebührenfrei.“	S. 28
Barrierefrei	Kinder	„Die Angebote für Kinder und Jugendliche zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und zur persönlichen Entwicklung wollen wir ausbauen – barrierefrei, lebensnah und möglichst gebührenfrei. Die Kommunen sind entsprechend finanziell zu unterstützen, um Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, Sportanlagen, Frei- und Hallenbäder, Kultur- und Bildungseinrichtungen vorzuhalten sowie den ÖPNV stärker auf die Bedürfnisse der jungen Menschen auszurichten. Wir wollen ein wirkliches Teilhabegesetz für Kinder und Jugendliche. Die jetzigen Bestimmungen in Paragraph 13 SGB VIII sind bloße Absichtserklärungen. Wir wollen sie zu einem Rechtsanspruch auf soziale Teilhabe machen.“	S. 29

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Barrierefrei	Ältere Menschen	„Selbstbestimmt im Alter Wie die Menschen im Alter leben wollen, in wohlverdienter Ruhe, aktiv und sozial engagiert, einbezogen in die Familie oder in andere solidarische Beziehungen, muss ihre freie Entscheidung sein. Dabei müssen ältere Menschen in alle sie betreffenden Lebensbereiche einbezogen werden – als Expert*innen ihres Lebens. Die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe älterer Menschen muss unter Beachtung der Besonderheiten dieses Lebensabschnittes uneingeschränkt gewährleistet werden. Kommunikations-, Verwaltungs- und Gemeinschaftsangebote sollen altersgerecht und barrierefrei verfügbar sein. Wir streiten für eine solidarische Gesellschaft, in der die Jungen und Alten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Eine Gesellschaft, in der Menschen in Würde altern können (vgl. Kapitel »Rente«).“	S. 30
Barrierefrei	Staatliche Leistungen	„Wir wollen ein eigenständiges Teilhabegesetz für Senior*innen, das den Rechtsanspruch auf volle soziale Teilhabe festschreibt, zum Beispiel den Anspruch auf barrierefreies Wohnen und wohnortnahe Gesundheitsversorgung im Alter, und die Kommunen dafür in die Pflicht nimmt. Es soll die bisherigen Leistungen und Angebote aus Paragraph 71 SGB XII aufnehmen und unter den Aspekten der Selbstbestimmung und Selbstermächtigung weiterentwickeln.“	S. 31
Barrierefrei / Barrierefreiheit	Mobilität	„Deutschland hat durchschnittlich eine hohe Arztdichte, trotzdem müssen nicht nur in ländlichen Regionen teils lange Wege und lange Wartezeiten in Kauf genommen werden. DIE LINKE tritt für eine gute, flächendeckende, barrierefreie und bedarfsdeckende gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land ein. Kriterien für eine gute gesundheitliche Versorgung müssen sein: Wohnortnähe und Erreichbarkeit mit ÖPNV, kurze Wartezeiten auf einen Termin und eine gute Notfallversorgung, Barrierefreiheit und Altersgerechtigkeit.“	S. 37
Barrierefrei	Wohnen	„Für den sozialökologischen Umbau und die Belebung von Innenstädten und Dorfkernen brauchen wir eine neue Ausrichtung von Regionalpolitik und Städtebauförderung des Bundes. Schwerpunkt der Investitionen soll auf Zukunftsaufgaben liegen, wie der Gebäudesanierung, der Verbesserung des Wohnumfelds, dem altersgerechten und barrierefreien Umbau von Gebäuden sowie der Förderung nachhaltiger Mobilität.“	S. 45

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Barrierefrei	Sport	„Viele Schüler*innen lernen nicht mehr Schwimmen, weil viele Schwimmbäder baufällig sind und gesperrt werden müssen. Hier wollen wir sanieren. Schulschwimmen und Sportunterricht müssen wieder gesichert werden. Wir wollen in barrierefreie, energieeffiziente und schön gestaltete Schulräume und Sportstätten investieren.“	S. 49
Barrierefreiheit	Mobilität Wohnen	„Starke Kommunen mit klimaneutraler, sozialer Infrastruktur für ein besseres Leben: Wir entlasten die Kommunen, fördern benachteiligte Regionen und investieren in gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, in allen Regionen des Landes. Bei Investitionsmitteln wird ein Vorrang für strukturschwache Regionen und sozial abgehängte Kommunen und Stadtteile eingeführt. Wir schaffen Zugang zu schnellem Internet überall und investieren in Barrierefreiheit: im Verkehr, in öffentlichen Gebäuden und beim Wohnungsbau. Regionale Wirtschaftsförderung und Wirtschaftskreisläufe schaffen Arbeitsplätze, soziale Infrastrukturen erleichtern das Leben. Durch Strom-, Mobilitäts- und Wärmewende entstehen sozial gerechte und klimaneutrale Kommunen mit mehr Lebensqualität für alle: bezahlbares Wohnen, gute wohnortnahe Gesundheitsversorgung, kurze Wege, weniger Lärm, mehr Parks und Urban Gardening, Spielplätze und Sportanlagen, preiswerte und klimafreundliche Naherholungsangebote.“	S. 59
Barrierefrei	Mobilität	„Mobilität für alle – mit weniger Verkehr Wir wollen bezahlbare und wirklich barrierefreie Mobilität für alle – mit wenig Aufwand an Zeit und Energie. Im Mittelpunkt steht für uns deshalb das öffentliche Mobilitätsangebot. Diejenigen, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind, brauchen bessere Bedingungen. Niemand soll auf das (eigene) Auto angewiesen sein.“	S. 62
Barrierefrei	Mobilität	„Der ÖPNV muss flächendeckend und barrierefrei ausgebaut werden. Bis 2030 wollen wir die Zahl der Nutzer*innen verdoppeln (im Vergleich zu vor Corona). Dafür brauchen wir wesentlich mehr Mittel vom Bund. Es braucht neben Schienen und Fahrzeugen mehr Stellen, gute Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Knapp 200000 Beschäftigte müssen innerhalb der nächsten zehn Jahre im Fahrdienst, in der Instandhaltung und in weiteren Bereichen der Verkehrsbetriebe eingestellt werden, damit der Ausbau des Angebots und eine ökologische Mobilitätswende gelingen.“	S. 62 - 63

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Barrierefrei	Mobilität	„DIE LINKE tritt für eine bedarfsdeckende Finanzierung der Bahn und für den Ausbau ein. Wir fordern verlässliche, getaktete Fahrpläne und barrierefreie und nutzerfreundliche Bahnhöfe und Züge mit Servicepersonal. Wir setzen uns für Gute Arbeit der Beschäftigten ein, mit guten Löhnen und Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen.“	S. 63
Barrierefrei	Wohnen	„In vielen ostdeutschen Kommunen besteht erheblicher Investitionsbedarf beim altersgerechten und barrierefreien Umbau von Wohnungen. Der altersgerechte Umbau von Wohnungen wird zu einer großen Aufgabe für viele ostdeutsche Städte und Gemeinden. In vielen ostdeutschen Kommunen fehlt ein ausreichendes Angebot an barrierefreien Wohnungen und Wohnungen für Menschen mit Behinderung. Oft sind durch den Abriss von Plattenbauten ganze Nachbarschaften und Stadtteile verschwunden. Wir wollen die soziale Durchmischung in den bestehenden Wohnungsbeständen in industrieller Bauweise generationsübergreifend fördern, etwa durch flexible Wohnungsgrundrisse mit der Option, Wohnungen vertikal und horizontal zusammenzulegen, und mit Gemeinschaftsräumen ausstatten (Fitness, Bibliothek, Kleinkino, Co-Working-Spaces.“	S. 83
Barrierefreiheit	Gesellschaft	„Mit diesen Mehreinnahmen können wir den Einstieg in eine solidarische Gesellschaft finanzieren: bessere soziale Sicherheit, mehr Personal in Bildung, Gesundheit und Pflege und einen Neustart im gemeinnützigen Wohnungsbau, Barrierefreiheit und den Einstieg in einen sozialökologischen Umbau der Wirtschaft. Unsere Forderungen sind gegengerechnet und realistisch.“ → Mehreinnahmen durch Wegfall der Ausgaben für Militär (Anmerk. d. Verf.)	S. 88
Barrierefreiheit	Digitalisierung	Überschrift: „Digitale Infrastruktur für alle barrierefrei ausbauen Die beschleunigte Digitalisierung der Gesellschaft und die damit in Zusammenhang stehende wachsende mediale Abhängigkeit von profitorientierten Unternehmen bergen hohe Risiken für das gleichberechtigte Zusammenleben der Menschen. Immer mehr Menschen werden ausgegrenzt – Menschen mit Behinderung, alte Menschen und Menschen – darunter viele Kinder und Jugendliche – aus armen Verhältnissen. DIE LINKE macht sich gegen den immer stärkeren Trend stark, Menschen auszugrenzen, und will stattdessen Chancen nutzen, die digitalen Beteiligungsmöglichkeiten in allen Lebensbereichen zu erhöhen.“	S. 94

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Barrierefrei	Datenschutz	„Die Nutzung öffentlich zugänglicher Angebote muss möglich sein, ohne dass die dabei entstehenden Daten wirtschaftlich verwertet werden, wie derzeit durch Tracking, Profilbildung und personalisierte Werbung. Geschäftsbedingungen müssen allgemeinverständlich sein und die Möglichkeit beinhalten, die Weiterverwendung der anfallenden Daten auszuschließen. Den Geschäftsbedingungen muss eine vereinfachte und barrierefreie Fassung beigelegt sein.“	S. 95
Barrierefrei	Digitalisierung Gesundheit	„Digitale Gesundheitstechnologien sollen barrierefrei gestaltet und allen Menschen diskriminierungsfrei zugänglich sein, dies geht Hand in Hand mit angemessenen Weiterbildungs- und Informationsmöglichkeiten für die Versicherten, Patient*innen und Heilmittelerbringer*innen. Die Mitsprache der betroffenen Menschen mit Pflegebedarf, einschließlich eines Vetorechts für zum Beispiel den Robotereinsatz, ist zu definieren.“	S. 99
Barrierefrei / Behinderung	Frauenrechte	„Frauen mit Behinderung haben ein Recht auf reproduktive Selbstbestimmung und Elternschaft. Dazu gehören das Recht auf Erhalt und Förderung ihrer Fruchtbarkeit sowie der Zugang zu Unterstützungsangeboten, zum Beispiel Assistenz zur Elternschaft, und der barrierefreie Zugang zu umfassender, unabhängiger Beratung. Zur Umsetzung des Rechts auf Elternschaft müssen flächendeckend Wohn- und Unterstützungsleistungen im Rahmen der begleiteten Elternschaft zur Verfügung gestellt werden.“	S. 106
Barrierefrei	Minderheitenschutz	„Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes soll finanziell so ausgestattet werden, dass sie Beratungsangebote zielgruppengerecht, mehrsprachig und barrierefrei in die Arbeitswelt hineinbringen kann. Wir wollen den Diskriminierungsschutz für trans* und intergeschlechtliche Personen stärken.“	S. 108
Barrierefrei	Minderheitenschutz	„Wir fordern dezentrale Unterbringung von queeren Geflüchteten (wie insgesamt von geflüchteten Menschen), Zugang zum Internet, Recht auf barrierefreie, gesundheitliche Versorgung unabhängig vom Aufenthaltsstatus und den Ausbau spezifischer Vernetzungs- und Hilfsangebote für queere Geflüchtete.“	S. 109
Barrierefrei / Barrierefreiheit / Behinderung	Gesellschaft	„DIE LINKE tritt für die volle und wirksame Teilhabe aller Menschen auch mit Behinderung ein. Grundvoraussetzung dafür ist Barrierefreiheit – in baulicher, kommunikativer und struktureller Hinsicht. Barrierefreiheit nützt allen Menschen. Sie muss deshalb sowohl für den öffentlichen als auch den privatwirtschaftlichen Bereich als bindende Verpflichtung gelten.“	S. 110

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Barrierefrei / Behinderung / Behindert	Menschen- rechte	„Politik für Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung muss als menschenrechtliche Aufgabe gestaltet werden– die der Vereinten Nationen macht hier klare Vorgaben. Die sind auch für Deutschland verbindlich und müssen umgesetzt werden. Menschenrechte dürfen nicht unter Kostenvorbehalt gestellt werden. Deshalb wollen wir Selbstbestimmung als wichtigstes Prinzip in der Behindertenpolitik verankern und einklagbar machen. Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung haben einen Anspruch auf Selbstverwirklichung. Barrieren müssen abgebaut werden – auch in den Köpfen und in der digitalen Welt. Barrierefreiheit ist Grundlage für gleiche Teilhabe und fördert den solidarischen Zusammenhalt.“	S. 110
Barrierefrei / Behinderung	Staatliche Leistungen Arbeit	„Wir wollen die bundesweit circa 500 Beratungsstellen der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB), finanziell und personell so ausstatten, dass sie ihre Beratungsdienste langfristig und barrierefrei anbieten können. Die dort tätigen Beschäftigten wollen wir nach Tarif entlohnen. Insbesondere Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung sollen als sozialversicherungspflichtig beschäftigte Berater*innen tätig sein. Die Antragsverfahren zur Mittelbewilligung müssen vereinfacht werden.“	S. 111
Barrierefrei- heit	Gesundheit	„Öffentliche Investitionen und Fördergelder müssen an das Kriterium der Barrierefreiheit gebunden werden, unter anderem in Arztpraxen, medizinischen Einrichtungen und bei Umbaumaßnahmen.“	S. 111
Barrierefrei- heit / Behindert	UN-BRK	„Auch die Privatwirtschaft muss umfassende Barrierefreiheit ermöglichen. Wir wollen dazu verbindliche und wirksame Regelungen in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und in das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) sowie in alle Gesetze aufnehmen, mit denen private Anbieter*innen von öffentlich zugänglichen Gütern und Dienstleistungen zur Herstellung von Barrierefreiheit gemäß UN-BRK verpflichtet werden. Wir wollen ein Verbandsklagerecht einführen, damit Antidiskriminierungsverbände klagen können.“	S. 111
Barrierefrei- heit	Wahlrecht	„Eine (automatische) Mitgliedschaft von Kindern in Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften der Eltern lehnen wir ab. Ein Beitritt darf nur selbst und nach Erreichen der Religionsmündigkeit erfolgen. Menschen, die unter Vollbetreuung stehen, dürfen nicht von Wahlen ausgeschlossen werden. Die Barrierefreiheit von Wahllokalen und Wahlvorgängen muss gewährleistet werden.“	S.124
Barrierefrei	Kultur	„Wir wollen Räume für Dialog und Austausch schaffen und einen Perspektivwechsel befördern.“	S. 127

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Barrierefrei	Sport	„Viele Sporthallen, Sportplätze und Schwimmbäder sind baufällig, teilweise bereits gesperrt. Der Sanierungsbedarf beträgt rund 31 Milliarden Euro. Unser Zukunftsprogramm sieht ausreichende Investitionen vor, um die Einrichtungen barrierefrei und ökologisch sinnvoll zu sanieren. Die Eintrittspreise für Schwimmbäder müssen für alle erschwinglich sein.“	S. 131
Behinderung	Gesundheit Wohnen Staatliche Leistungen	„Sonderbedarf, zum Beispiel für chronisch Kranke oder Menschen mit Behinderung, wird im Rahmen der Solidarischen Gesundheitsversicherung bzw. des Bundesteilhabegesetzes gewährt. In Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt werden zusätzlich zur Mindestsicherung auch höhere Wohnkosten übernommen.“	S. 26
Behinderung	Pflege	Überschrift: „Eine solidarische Pflegevollversicherung Die Pflegeversicherung deckt die Kosten der Pflege nicht, sie ist eine Teilleistungsversicherung. Immer mehr Menschen können sich gute Pflege nicht leisten, müssen sich verschulden oder geraten in die Sozialhilfe. Wir wollen die Pflegeversicherung grundlegend umbauen: Mit einer verlässlichen, gerechten und zukunftsfesten Finanzierung können wir gute Arbeitsbedingungen und gute Pflege nach wissenschaftlichen Standards sicherstellen. Die Kommunen werden entlastet, weil weniger Menschen durch die Pflegekosten von Sozialhilfe abhängig werden. Wir stehen zum teilhabeorientierten Pflegebegriff: Zeit für aktivierende Pflege und zum Zuhören, für Zuwendung und Förderung muss sein. Zu den Pflegeleistungen gehört Assistenz für Menschen mit Behinderung. Assistenzleistungen sollen möglichst lang die Teilhabe am öffentlichen Leben sichern.“	S. 33 - 34
Behinderung	Leichte Sprache	Das Gesundheitswesen wollen wir konsequent von Barrieren befreien. Das bedeutet nicht nur, Hindernisse beim Zugang zu Arztpraxen, Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen zu beseitigen, sondern auch, Untersuchungstechniken und Kommunikation den besonderen Bedürfnissen von älteren Patient*innen und Menschen mit Behinderung anzupassen. Leichte Sprache, lesbare und verständliche Patient*inneninformationen sowie entsprechende Beratungsleistungen müssen selbstverständlich werden. Um medizinischem und pflegerischem Fachpersonal mehr Sicherheit im selbstverständlichen, bedarfsgerechten und diskriminierungsfreien Umgang mit Menschen mit Behinderungen zu vermitteln, setzen wir uns für die Implementierung spezieller Module in Aus-, Fort- und Weiterbildung ein. Sie sollen von fachkundigen Peerkräften durchgeführt werden.“	S. 36

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Behinderung	Pflege	„Die Selbstbestimmungsrechte von Menschen mit Behinderung in der Pflege und in (teil-) stationären Einrichtungen müssen garantiert werden. Das schließt auch die Mitnahme persönlicher Assistenz zu medizinischen Untersuchungen und stationären Krankenhausaufenthalten sowie zum Besuch von Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen ein, auch wenn sie nicht über das Arbeitgebermodell organisiert wird.“	S. 36
Behinderung	Mobilität	„Die Zugänglichkeit zu allen Verkehrsangeboten auch ohne Smartphone und App muss möglich bleiben, um nicht Menschen auszuschließen, die Smartphones und Computer nicht nutzen können oder möchten. In zu regelmäßigen Zeiten verkehrende Straßenbahnen und Busse können auch Kinder und Menschen mit Behinderung selbstständig einsteigen. Das muss auch in einer digitalisierten Verkehrswelt erhalten bleiben.“	S. 100
Behinderung	Mobilität	„Soweit selbstfahrende Fahrzeuge eingesetzt werden, muss die Begleitung durch menschliches Personal zwingend sichergestellt werden, das in Notsituationen unmittelbar Hilfe leisten kann und Menschen mit Behinderung beim Besteigen und Verlassen des Fahrzeugs helfen kann. Wir brauchen auch endlich wieder Personal auf allen Bahnhöfen. Kameras und Informationssäulen bieten keine Unterstützung und keinen Schutz in Notfällen!“	S. 100
Behinderung / behindert	Arbeit	„Sonderarbeitswelten (Werkstätten für behinderte Menschen) wollen wir Schritt für Schritt überflüssig machen – mithilfe von sofort durchsetzbaren Ausstiegsstrategien und Zeitplänen sowie durch Anreize für die Beschäftigung bei öffentlichen und privaten Arbeitgebern im allgemeinen Arbeitsmarkt. Dabei wollen wir sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen keine Minderung ihres sozialen Schutzes bzw. der Alterssicherung erfahren, die gegenwärtig an die Werkstätten für behinderte Menschen geknüpft sind. Als einen Zwischenschritt für Beschäftigte der Werkstätten für behinderte Menschen betrachten wir die sofortige Einführung des Tarif- bzw. des gesetzlichen Mindestlohnes.“	S. 111
Behinderung / behindert	Arbeit Repräsentation	„Zur Umsetzung dieser Forderungen wollen wir die Rechte der Schwerbehindertenvertretungen und der Werkstatträte an die Rechte der Betriebs- und Personalräte angleichen. Menschen mit Behinderungen müssen für ihre politische Arbeit eine Arbeitsassistenz bereitgestellt bekommen. Die Tätigkeiten der Frauenbeauftragten und der Werkstatträte müssen bedarfsdeckend finanziert und abgesichert werden.“	S. 111

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
Behinderung	UN-BRK	„Alle Gesetze und Verordnungen müssen überprüft werden, ob sie der UN-BRK entsprechen und bei Bedarf entsprechend geändert werden. Dabei soll auch die Stellung von Menschen mit schwerer sogenannter geistiger und Mehrfachbehinderung, psychischer Beeinträchtigung und chronischer Erkrankung verbessert werden.“	S. 112
Behinderung	Staatliche Leistungen	„Ein menschenrechtskonformes Bundesteilhabegesetz, das keine Kostenvorbehalte, Einkommens- sowie Vermögensanrechnungen und Zumutbarkeitsprüfungen vorsieht und so tatsächliche Chancengerechtigkeit schafft. Wir wollen, dass die Teilhabeleistungen für Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung bedarfsdeckend sowie einkommens- und vermögensunabhängig in allen Lebensbereichen nach bundesweit einheitlichen Kriterien und durch Bundesmittel finanziert werden. Auch wollen wir ein Teilhabegeld einführen.“	S. 112
Behinderung	Minderheitenschutz	„Flucht ist kein Verbrechen! Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden. Frauen, Kranke, Alte, Kinder, religiöse und ethnische Minderheiten sowie Menschen mit Behinderung und queere Menschen sind besonders schutzbedürftige Personen. Sie müssen vor Gewalt, Elend und Ausbeutung sicher sein. Schnellverfahren und Inhaftierung von Schutzsuchenden (ob in sogenannten Rückkehr-, Transit-, kontrollierten Zentren oder »Hotspots«) lehnen wir ab.“	S. 115 - 116
Behinderung	Kultur	„Hierfür müssen flächendeckend Antidiskriminierungsstrategien wirksam werden. Strukturelle Benachteiligung aufgrund der sozialen und ethnischen Herkunft, der Klasse, des Geschlechts, der sexuellen Identität, einer Behinderung, einer Religion oder Weltanschauung muss abgebaut werden.“	S. 127
Behinderung	Medien	„Die Beitragsbefreiungen für Berechtigte wollen wir mit öffentlichen Mitteln kompensieren und automatisieren sowie auf soziale Einrichtungen und Menschen mit Behinderungen umfassend ausweiten. Das leidige Mahnwesen gehört zurückgefahren.“	S. 128
Behinderung	Sport	„Die Rechte von Athlet*innen müssen weiter gestärkt, bestehende Ungleichheiten bei der Förderung des Sports von Menschen mit Behinderungen beseitigt werden.“	S. 131

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
behindert	Pflege	„In den Pflegeeinrichtungen wollen wir gute Arbeitsbedingungen durchsetzen. Dazu soll der Pflegevorsorgefonds in einen Pflegepersonalfonds umgewandelt werden. Medizinische Behandlungspflege, muss auch in stationären Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Behindertenhilfe vollständig von der gesetzlichen Krankenversicherung getragen werden. Zusätzliche Pflegekräfte können so regulär beschäftigt und besser bezahlt werden. Grundlage dafür muss ein allgemeinverbindlicher Flächentarifvertrag, mindestens auf dem Niveau der Tarifverträge des Öffentlichen Dienstes (TVÖD / TV-L), für alle Beschäftigten sein, der auch für private und kirchliche Träger wie Caritas und Diakonie gilt. DIE LINKE fordert ein bedarfsgerechtes, hohes Fachkraftniveau auch in der Nachtschicht in Pflegeeinrichtungen, das bundesweit verbindlich umgesetzt und dessen Einhaltung wirksam kontrolliert wird. Bis zur Einführung der wissenschaftlichen Personalbemessung in der Altenpflege gilt eine Fachkraftquote von mindestens 50 Prozent.“	S. 32
behindert	Arbeit	„DIE LINKE unterstützt das gewerkschaftliche Engagement für bundesweite Ausbildungsverordnungen und Ausbildungsvergütungen in der Gesundheitsbranche. Wir fordern bundeseinheitliche Regelungen für die Anerkennung von Heilerziehungspfleger*innen als Fachkräfte in der Behindertenhilfe.“	S. 33
behindert	Wohnen	„Ein Schwerpunkt der Förderung soll künftig beim alters- und behindertengerechten Umbau von Gebäuden und der Verbesserung des Wohnumfelds in Stadtteilen liegen. Der kommunale Eigenanteil bei Aufwertungsmaßnahmen ist zu streichen. Hier muss wie beim sogenannten Rückbau, also dem Abriss, 100 Prozent Förderung möglich sein.“	S. 84
behindert	Minderheitenschutz	„Queere Menschen erleben noch immer Diskriminierung am Arbeitsplatz. Trans* Personen sind überdurchschnittlich häufig von Erwerbslosigkeit betroffen. Auch Menschen mit HIV erleben Diskriminierung im Beruf. Die strukturellen Ausschlüsse verstärken sich für Menschen, die Mehrfachdiskriminierung erleben, etwa Rassismus oder Behindertenfeindlichkeit.“	S. 108

Schlagwort	Kontext	Zitat (samt Maßnahme)	Seite
behindert	NS-Vergangenheit	„Deutschland hat wegen der beispiellosen Verbrechen der Deutschen an jüdischen Menschen und an Sinti*zze und Rom*nja wegen der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs und der Verbrechen an den Völkern Europas – besonders an Polen und den Völkern der Sowjetunion – an politisch Andersdenkenden, behinderten Menschen und Homosexuellen – eine besondere Verantwortung und muss jeder Art von Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischem und anderem Rassismus und Sexismus entgegenzutreten.“	S. 119